R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o n e y.

Wien, Samstag, den 1. September 1923.

231

Ein Rundgang durch die fünfte Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung. Morgen um ½ 9 Uhr vormittags wird Bürgermeister Reumann die fünfte Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung eröffnen. Diese Ausstellung wird noch stärker als die vorgegangenen Veranstaltungen zeigen, daß die Wiener Stadtverwaltung im engsten Einvernehmen mit der Bevölkerung an der Bekämpfung der Nahrungs- und Wohnungsnot arbeitet.

Die Ausstellung zeigt uns

Die Ausstellungsleitung hat unter dem Präsidium des amtsführenden Stadtrates Weber und des Vorsitzenden Gemeinderates Hofbauer den Gesamtaufbau dieser großen Veranstaltung ausgearbeitet. Zum erstenmale zeigen nicht nur die Kleingärtner, sondern auch die Siedler ihre anerkennenswerten Leistungen. Auch das Wohnungsamt der Stadt Wien hat sich an der Ausstellung beteiligt.

Kommt man vom Burgtheater auf den Rathausplatz, so befindet man sich in einer Gruppe von Siedlungshäusern, Kernhausbauten und Kleingartenhütten, die ein übersichtliches Bild von den Bauten geben, die von der gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt im Rahmen der bekannten Kernhausaktion der Gemeinde Wien errichtet werden. Die Gemeinde Wien hat dieser Anstalt fünf Millionen Kronen zur Verfügung gestellt, damit jene Siedler, die zunächst etwa sieben bis zehn Millionen Kronen aufzubringen vermögen, ein sogenanntes Kernhaus erhalten, wenn sie eine Wohnung frei machen oder wohnungslos sind. Sind sie im Laufe von fünf bis sieben Jahren imstande, ungefähr 30 bis 40 Millionen Kronen zu bezahlen, dann gelangen sie in den Besitz einer annehmbaren Wohngelegenheit.

Die Bauten auf dem Rathausplatz.

Im linken Rondeau des Rathausplatzes steht ein voll ausgebautes Kernhaus, das nach einem Entwurf der Architektin Lihotzky erbaut worden ist. Es enthält drei bereits bewohnbare Räume und einen Zubau bestehend aus zwei Wohnräumen und einem auch als Wohnraum verwendbaren Bodenraum. Man sieht in diesem Hause, das vollständig eingerichtet ist, eingebaute Möbel

Neben diesem vollausgebauten Kernhaus steht ein Häuschen, das nur den sogenannten Kern enthält und später durch einen Zubau vergrössert werden kann. In dieser Type, die nach einem Entwurf des Baurates Münster ausgeführt wurde, ist die Heraklithbauweise vorgeführt, bei der Holzwolle mit Magnesit und Zement verwendet wird.

Auf der anderen Seite des Rathausplatzes ist eine Type zu sehen, die im Kernzustand nur als Sommerwohnung benützt werden kann, dagegen wenn sie ausgebaut wird, auch als Dauerwohnung geeignet ist. Dieses Häuschen wurde nach einem Entwurf der Architektin Lihotzky errichtet, wobei die sogenannte Staussbauweise angewendet worden ist. Es besteht diese Bauweise darin, daß ein durch Ziegelteile verstärktes Drahtgeflecht die Mauer bildet. Diese für technische Zwekke bewährte Bauweise, soll nun auch für die Siedlungsbauten versucht werden. Dieses Häuschen ist mit Kombinationsmöbeln, die von dem Architekten Karau entworfen wurden, eingerichtet. Da diese Möbel aus einigen wenigen gleichen Bestandteilen zusammengesetzt werden, sind sie bedeutend billiger als die gewöhnlichen Einrichtungsgegenstände. In diesem Häuschen ist auch die Post untergebracht, die alle in der Ausstellung aufgegebenen Briefe mit einem besonderen Stempel versieht.

Schliesslich befindet sich am Rathausplatze eine Kleingartenhütte, die versuchsweise nach den Angaben des Architekten Karau mit einem feuerfesten Strohdach gedeckt ist. Diese Hütte wurde von dem Architekten Waloschek entworfen und zeigt, wie durch geschickte Anordnung für eingebaute Möbel reichlich Raum gewonnen wird, so daß eine kleine Familie in einer solchen Hütte übernachten kann.

In der Mitte des Rathausplatzes befindet sich die vom Baubüro des Verbandes der Kleingärtner und Siedler entworfene Burgenlandtype. Dieses Haus ist für Bruchsteine bestimmt, doch wurde ein mehr villenartiger Bau von den Patentinhabern der Simplexbauweise, den Architekten Baurat Krauss und Ingenieur Upprecht errichtet, wobei die ursprüngliche Grundrisslösung beibehalten wurden ist. Dieses große Haus, dessen Dach überhöht wurde, besteht aus kistenartigen Elementen, die ungemein rasch übereinandergeschichtet werden können. Diese neue Bauweise wird gegenwärtig viel propagiert und soll auch für Siedlungsbauten versucht werden.

Links und rechts von der Burgenlandtype befinden sich die beiden kleinen Ausstellungsgebäude, die Kleingartenhütten in etwas veränderter Form darstellen. Sie werden Serienweise durch die Holzwerke Ges. m.b.H. erzeugt und durch die Kleingartenstelle verkauft. In diesen Ausstellungsgebäuden zeigt die Kleingartenstelle der Stadt Wien, die unter der Leitung ihres rührigen Direktor Siller den Kleingärtnern und Siedlern alle Bedarfsartikel billig liefert, ihre Tätigkeit.

Da die Siedlungsbewegung nicht allein gegen die Wohnungsnot ankämpfen soll, sondern auch wichtige Nahrungsmittel dem Boden abringt, hat die Ausstellungsleitung einen das Auge erfreuenden Mustergarten der Burgenlandtype angegliedert.

Die Ausstellung in der Volkshalle.

Die Kleingartenstelle der Gemeinde Wien führt in der Volkshalle vor, was die Gemeinde für die Kleingärtner getan hat und was dadurch für die gesamte Volkswirtschaft erzielt worden ist. Es ist dort die Obstausstellung untergebracht, die zeigt, welche wertvolle Produkte die Kleingärtner durch unermüdlichen Fleiß und sorgfältiges Studium erzielen. Während die große Gemüseausstellen im Arkadenhof nur von Vereinen beschickt ist, zeigt die Obstausstellung die individuelle Leistung des Kleingärtners. Neben der Obstausstellung ist auch die große Bienenzuchtausstellung zu erwähnen. Um die Bienenzucht zu fördern sind zweckentsprechende Geräte notwendig, die in der Volkshalle zu sehen sind. In einer besonderen Abteilung sind Arzneipflanzen zu sehen.

Die Ausstellung im Arkadenhof.

Den Mittelpunkt der Kleingartenausstellung bildet die Gemüseausstellung. Ueber 150 Vereine haben auf terassenartig angeordneten Ständern herrliches Gemüse ausgestellt. die Gemeinde Wien hat durch Preise die Vereinsleitungen angeeifert, daß sie alle ihre Mitgleider zu einer Steigerung des Bodenertrages veranlassen. Die Ausstellung zeigt die gewaltigen Erfolge, die von den Kleingärtnern auch auf schlechten Böden erzielt werden konnten. Besonders kommt hier der Vorteil der gemeinderätlichen Begehungen der Kleingärten zum Ausdruck. Im Hintergrunde des Arkadenhofes ist die Blumenausstellung untergebracht. Herrliche Schnitt- und Topfblumen sind hier zu sehen. Die Wiener Kleingärtner haben hier gezeigt, daß sie nicht nur für profane Dinge arbeiten, sondern daß sie auch für die Herz und Aug erfreuende Blumen Kultur Sinn und Verständnis besitzen. Die Blumenpflege unserer Kl

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

232

Wien,am Sonntag,den 2.September 1923.

Die Eröffnung der Kleingarten-,Siedlungs-und Wohnbauausstellung.Auf dem Rathausplatze vor dem prächtigen Mustergarten des grössten Siedlungshauses,das auf dem weiten Platze aufgestellt wurde,fand heute vormittags die Eröffnung der fünften Kleingarten-,Siedlungs-und Wohnbauausstellung statt.Zu der Eröffnungsfeier hatten die Ministerien für Forst-und Landwirtschaft,für Heerwesen,für Handel und Gewerbe und für soziale Verwaltung Vertreter entsendet.Polizeipräsident Schober war ebenfals erschinen.Sehr zahlreich hatten sich die Gemeindefunktionäre eingefunden.Erschienen waren auch alle Vertreter der Kleingärtner-und Siedlerorganisationen.

Amtsführender Stadtrat Weber,in dessen Verwaltunggruppe die Ausstellung gehört,begrüsste die Erschienenen.Er fürhte aus: Während die ersten vier Ausstellungen sich darauf beschränkten,zu zeigen,was die Schrebergärtner geleistet haben,ist diese Ausstellung um das Siedlungs-und Wohnungswesen erweitert worden.In erster Reihe aber stehen die Leistungen der Kleingärtner.Diese Bewegung schreitet unaufhaltsam vorwärts,sie ist eine Kultur-und Volksbewegung geworden. Mehr als 70.000 Personen besitzen in Wien Schrebergärten,mit ihren Familienmitgliedern werden es wohl rund 300.000 Menschen,also ein Sechstel unserer Bevölkerung sein,die sich mit viel Liebe und Fleiss dieser Bewegung widmen.Die Produktion dieser Kleingärtner beträgt in diesem Jahre mehr als 6000 Waggon Gemüse und ungefähr 120 Waggon Obst edelster Sorte. Es ist also keine Uebertreibung,wenn ich sage,dass diese mächtige Bewegung volkswirtschaftlich für Wien und für den Staat von gewaltiger Bedeutung ist.Dass die Gemeindeverwaltung diese nützliche Bewegung sofort in ihrer grossen Bedeutung erkannt hat und sie nach besten Kräften fördert,ist wohl selbstverständlich. Die Gemeinde hat den Kleingärtnern billigen Grund überlassen,sie hat ihnen ein eigenes Kleingartenamt zur Verfügung gestellt,sie hat den grossen Reservegarten in Kagran diesem Amte für die Anlegung einer Obstbaumschule überlassen,sie hat den Schrebergärtnern in ihre Grundstücke das unentbehrliche Wasser und die Einzäunungen besorgt und sie fördert die Kleingärtner durch Prämien zu immer grösseren und besseren Leistungen an.Durch die Gewährung von Krediten ermöglicht die Gemeinde den Kleingärtnern die weitere Ausgestaltung des Gartens und die Errichtung von Kleingartenhütten.Die Kleingärtner haben ihr Bestes aufgewendet,um zu zeigen,was sie unter schwierigen Verhältnissen vollbracht haben.Eng verknüpft mit der Kleingartenbewegung ist auch die Siedlungsbewegung.Lange Zeit war sie bei uns unbekannt,während sie in England,Deutschland und in den nordischen Staaten einen mächtigen Aufschwung genommen hat.Die Siedlungsbewegung ist ein Kind der Kleingartenbewegung.Während erstere ihren Impuls durch die Möglichkeit der Beschaffung von Nahrungsmitteln,also durch die Nahrungsnot,erhielt,ist letztre von der Sehnsucht nach einem eigenen Heim mit einem Garten getragen.Zuerst wurden kleine Hütten errichtet,Brett auf Brett gelegt.Auch da ist die Gemeinde nicht tatenlos gewesen.Sie hat ein eigenes Siedlungsamt geschaffen und es ist ihr gelungen,diese Bewegung in Bahnen zu lenken,die ihr eine gesicherte Zukunft gewährleisten.Verdient doch eine Bewegung,die gegen die dumpfen und lichtlosen Zinskasernen,die eine schlechte Bauordnung ermöglicht hat,ankämpft jede Förderung.Die Gemeinde hat zusammen mit den Siedlern und dem Bund die Gesiba gegründet,die die Aufgabe hat den Siedlern billige Materialien zu verschaffen und die Baukredite zu vermitteln.Sie ist heute die Treuhandstelle der Gemeinde,die auch die Kernhauskredite,die in der Höhe von fünf Milliarden Kronen von der Gemeinde gewährt worden sind,verteilt.Nicht mehr Brett an Brett,sondern Stein an Stein wird nun gefügt,so dass eine dauerhafte und billige Bauweise gewährleistet ist.Zum ersten Male wird auf der Ausstellung auch das grosse Problem der Wohnungsnot aufgezeigt. Ueber die Ursachen und über den Umfang der Wohnungsnot gebt die Ausstellung übersichtlich Aufschluss.Das Wohnungsamt hat versucht durch die Anforderung überzähliger Wohnräume das Wohnungselend zu lindern.Das konnte nicht restlos gelingen,aber essteht fest,dass diese Art der Wohnungsfürsorge für tausende von Menschen die Erlösung vom Wohnungselend bedeutete.Nur dadurch war es möglich,die Obdachlosigkeit in allen ihren Formen hinanzuhalten und eine Preisanarchie auf dem Wohnungsmarkt zu verhüten und den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten.Die Gemeinde hat aber längst erkannt,dass diese Art der Wohnungsfürsorge nicht genügt.Sie hat daher mit aller Energie den Bau neuer Wohnungen aufgenommen.Die Gemeinde wird alle Anstrengungen machen,um in diesem Bestreben rasche Fortschritte zu erzielen.So bietet diese Ausstellung in allen ihren Teilen ein Ganzes,dass sich sehen lassen kann und ich darf wohl nicht nur im Namen der Gemeindevertretung,sondern im Namen der Bevölkerung allen,die dieses grosse Werk zu schaffen mitgeholfen haben,den herzlichsten Dank aussprechen.

Bürgermeister Reumann erklärte sodann die Ausstellung für eröffnet und sagte:Wie gewaltig diese Austellung geworden ist, zeigt wohl am besten die Tatsache,dass sie den Raum des Rathauses bereits gesprengt hat und auch den grossen Platz beansprucht.Es taucht da schon die Frage auf,ob die Gemeinde überhaupt in der Lage sein wird,den erforderlichen Raum zu beschaffen.Darin liegt ein erfreuliches Zeichen für den grossen Fortschritt,denn diese wichtige und Nützliche Bewegung erzielt hat.Nicht allein in der Masse der Produktion liegt die Bedeutung der Kleingärtner und Siedler, sondern vor allem darin,dass in ihnen der Grundgedanke lebt,der die breiten Massen einer höheren Wohnkultur zuführt.Es kann nur begrüßt werden,dass auch das Wohnungsamt der Stadt Wien auf dieser Ausstellung vertreten ist.Das Problem der Wohnungsnot wird nicht dazu führen,dass wir nur Flachbauten aufführen können,aber die Bestrebungen der Siedler haben dazu beigetragen,dass auch eine gewisse Revolution auf dem Gebiete der Hochbauten eingetreten ist.Die neuen Hochbauten der Gemeinde sind so gebaut,dass in alle Wohnungen Licht und Luft hineinkann und dadurch auch ein Stück Bekämpfung der Tuberkulose erfolgt.Es ist in der letzten Zeit,als die Gemeinde ihre grossen Investionen durchzuführen begann,oft von der finannziellen Besserung der Lage der Gemeinde gesprochen werden und es wurde verlangt,dass die Steuerlasten abgebaut werden sollen.Solange aber tausende Menschen kein Heim haben,ist ein solche Abbau unmöglich. In dem Aufbauprogramm der Gemeindeverwaltung nimmt der Wohnungsbau einen hervorragenden Raum ein.Es wird aber notwendig sein,noch mehr zu tun,als bis jetzt getan worden ist.In dieser Zeit kann natürlich ein Abbau der Einkünfte unserer Stadt nicht erfolgen,dass ist erst möglich,bis diese dringendste Aufgabe gelöst ist.(Beifall.)

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o n a y .

233

Wien, Montag, den 3. September 1923.

Starker Besuch der Kleingartenausstellung. Am gestrigen Sonntag wurde die fünfte Kleingartenausstellung von rund 120.000 Personen besucht. Es hat also jeder fünfzehnte Einwohner Wiens, die Kinder mit eingerechnet, die Ausstellung besichtigt. Trotz dieses riesigen Besuches hat sich keinerlei Unfall ereignet. Die Einnahmen des Ausstellungskomitees aus den Eintrittsgeldern betragen rund 160 Millionen Kronen. Stark benützt wurde auch die Poststelle der Ausstellung, die in einem besonderen Raume bei der Feststiege II untergebracht ist. Die dort zur Beförderung übergebenen Briefe werden mit einem eigenen Stempel versehen. Die Ausstellung bleibt bekanntlich bis einschliesslich Sonntag, den 9. ds. geöffnet.

Die Mauten in Niederösterreich werden aufgehoben. Durch das Eingreifen der Gemeinde Wien wird es möglich sein, daß schon im Laufe dieses Monates die niederösterreichischen Mauten, die allerorten wie Pilze nach einem Regen aus dem Boden geschossen sind, völlig verschwinden. Diese Mauten haben sich insbesonders in der unmittelbaren Umgebung Wiens als eine arge Belästigung des Fremden- und Ausflugsverkehrs und auch als eine unerwünschte Verteuerung der Zufuhren nach Wien erwiesen. Es wurden nämlich nicht nur von Personen, sondern auch von Lastenfuhrwerk ganz erhebliche Beträge verlangt. Sogar von Leerfahrten wurden die Mautgebühren eingehoben. Dieser Rückfall in mittelalterliche Zeiten wurde mit dem schlechten Zustand der meisten Strassen Niederösterreichs begründet. Durch die Mautgebühren sollten die Mittel zur Verbesserung des Strassennetzes erzielt werden. Es hat sich aber, wie ein kürzlich erhobener Protest der Klosterneuburger Geschäftsleute beweist, bald herausgestellt, daß es keineswegs immer die Wiener Bevölkerung ist, die den Nachteil der Mauten zu tragen hat, sondern tatsächlich manche Transporte auf die Bahn abgedrängt werden und auch viele Ortschaften, die auf den Besuch der Wiener angewiesen sind, einen Rückgang der Frequenz zu verzeichnen hatten. Alle diese Erwägungen führten dazu, daß zwischen Wien und Niederösterreich wegen der Mauten verhandelt wurde. Diese Verhandlungen sind nunmehr beendet. Die niederösterreichische Landesregierung, der die Mauten keineswegs sympathisch sind und die sich ausdrücklich dagegen verwahrt, daß darin ein Akt der Unfreundlichkeit gegen Wien erblickt werde, verwiesauf den ungewöhnlich schlechten Zustand der Strassen, der sich zur Zeit der Trennung der beiden Länder als eine Folge der Verwüstungen des Krieges ergeben hatte. Die Notwendigkeit außerordentlich hoher Aufwendungen im Zusammenhang mit den allgemein schwierigen Finanzverhältnissen habe eben die Mauten als ein Auskunftsmittel zur Erlangung neuer Einnahmen entstehen lassen. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich nun in Würdigung dieser Verhältnisse und mit Rücksicht darauf, daß durch die sehr umfangreichen Volkszufuhren in der Nachkriegszeit viele Strassen Niederösterreichs arg mitgenommen wurden, zu einer einmaligen Beitragsleistung von zwei Milliarden Kronen bereit erklärt. Die Zahlung dieser Summe setzt voraus, daß die niederösterreichische Landesregierung dafür sorgt, daß noch im September die bestehenden Einhebestellen für die Mautgebühren aufgelassen werden. Der gemeinderätliche Finanzausschuß hat heute nach einem Referate des Stadtrates Breitner dieser Regelung einhellig zugestimmt.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Montag,den 3.September 1923. Abendausgabe.

-.-

Die Erdbebenkatastrophe in Japan. Bürgermeister Reumann hat heute an den japanischen Gesandten ein Schreiben gerichtet, in dem er namens der Stadt Wien,anlässlich der schrecklichen Katastrophe,von der die Städte Tokio und Yokohama heimgesucht worden sind, die tiefste Teilnahme ausspricht und aufrichtig wünscht, daß die erste Kunde von der Größe des Unglücks durch spätere Nachrichten gemildert werden möge.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Teilnehmer des Polizeikongresses im Rathause. Heute hat bekanntlich im Sitzungssaale der Polizeidirektion der internationale Polizeikongress begonnen. Bürgermeister Reumann hat die Kongressteilnehmer für den 5.September in das Rathaus geladen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Arbeitersänger im Rathause. Heute nachmittags besuchte der Arbeitergesangverein Rottenmann und Arbeitersänger aus Steyr das Wiener Rathaus.Sie wurden von Bürgermeister Reumann begrüsst und besichtigten dann unter sachkundiger Führung die Räume des Rathauses.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Meldungen für den freiwilligen Lehrerabbau.Der Wiener Stadtschulrat hat einvernehmlich mit der Gemeinde bestimmt,dass die Gesuche um Ausscheidung aus dem aktiven Schuldienst mit Ende September bis längstens 1o.September einzubringen sind.Es ist erwünscht,dass diese Ansuchen möglich bald und nicht erst in den letzten Tagen eingebracht werden.Die Gesuch sind im Dienstwege sofort an den Stadtschulrat zu leiten.Die Gesuche haben den Vor-und Zunamen,die Diensteseigenschaft, die Bezugsklasse-und Bezugsstufe,eine Erklärung ob eine Disziplinaruntersuchung anhängig ist,ferner die bis 3o.d.anrechenbare Dienstzeit in Jahren,Monaten und Tagen,die Anzahl der für die Abfertigung in Betracht kommenden Monatsbezüge zu enthalten.Anzugeben ist auch ob die Lehrperson eine Strassenbahnerkennungskarte besitzt.Alle Ansuchen sind von der Schulleitung zu überprüfen und zu bestätigen.Alle bereits jetzt beim Stadtschulrate eingebrachten Gesuche werden,wenn sie nicht bis 1o.d.zurückgezogen werden,als ordnungsgemäss eingebracht betrachtet und erledigt.Es wird aufmerksam gemacht,dass jene Lehrpersonen,die um Ausscheidung aus dem Schuldienst angesucht haben,sich trotzdem zum Schulantritt melden müssen,es sei denn,sie wären beurlaubt oder aus anderen Gründen berechtigt,dem Schuldienst fernzubleiben.Bemerkt wird auch,daß sich bei Berücksichtigung der Kriegsmehrdienstzeit für den Normalfall ergibt,dass Lehrpersonen,die am 1.Julim 1915 oder früher in den Schuldienst getreten sind,vom Zwangsabbau freibleiben.

-.-.-.-.-.-.-.-

Eine Ausstellung im Volksbildungshause Die Teilnehmer des im Wiener Volksbildungshause V.Stöbergasse 13 unter der Leitung des Malers Josef Wawra abgehaltenen Zeichenkurses,veranstalten so wie im vergangenen Jahre,auch heuer eine Ausstellung.Ausgestellt wurden im Volksbildungshause ungefähr achthundert Arbeiten der Graphik,Malerei und Plastik.Die Ausstellung ist täglich geöffnet.Besuchszeit vom 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittag.Eintrittspreis 2ooo Kronen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Bahnhofrundverkehr. Vom 4.d.wird auf dem Sechshausergürtel bei der Gumpendorferstrasse im Gleis gearbeitet.Es muss daher die Bahnhofrundlinie abgelenkt und ab Matzleinsdorferplatz über die Linie 6 zur Mariahilferstrasse geleitet werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenbahnfahrpreis am Samstag. Am Samstag, den 8.Septe mber (Feiertag) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Werktagspreis. Demnach haben an diesem Tage die Hin- und Rückfahrscheine, Frühfahrscheine und Wochenkarten Giltigkeit. Fürsorgefahrscheine haben keine Giltigkeit.

-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl Honay.
234
Wien, Dienstag, den 4. September 1923.

Die Vorauszahlungen für Gas und Strom. Der gestrige Tag brachte zwei Veröffentlichungen, die sich zufällig auf gleichartige Unternehmungen beziehen. Das Wiener Gaswerk konnte mitteilen, daß zwar die Zufuhren aus der Tschechoslovakei seit 14 Tagen vollständig aufgehört haben und auch durch irgend welche andere Kohlenbezüge nicht ersetzt werden können, daß aber trotzdem infolge der außerordentlich weitgehenden und vorsichtigen Vorratswirtschaft die Gefahr einer Stockung der Gasabgabe nicht zu befürchten sei. Aus Prag wurde gemeldet, daß die dortigen städtischen Betriebe, sowohl das Gaswerk, als auch die Strassenbahn binnen wenigen Tagen zur Einstellung zwx gezwungen sein würden, weil ihre Kohlenvorräte rasch zu Ende gehen. Das heisst mit anderen Worten, daß die Wiener Gaswerke, gewitzigt durch die Erfahrungen seit Kriegsende sich unausgesetzt für Zwischenfälle aller Art rüsten, weil wir eben keine Kohle im eigenen Lande haben und von tausend Zufälligkeiten abhängen. Mögen diese Zufälligkeiten nun große politische Ereignisse betreffen, wie seinerzeit die Vorgänge in Oberschlesien und nun die Ruhrbesetzungen, oder die vielfältigen wirtschaftlichen Kämpfe, wie Streiks von Eisenbahnern oder Bergleuten. Das Beispiel der Stadt Prag beweist, daß selbst so gewaltige Kohlenvorkommen, wie sie die Tschechoslovakei aufweist, noch keinen ausreichenden Schutz gegen sehr unangenehme Ueberraschungen bieten. Der beste Schutz dagegen ist eine starke Anhäufung von Kohlenvorräten. In demselben Zusammenhang sei daran erinnert, daß im vorigen Winter bei einer ausähnlichen Gründen entstandenen Stockung der Kohlenzufuhr die Bundesverwaltung sogar genötigt war, den Universitätsbetrieb stark einzuschränken, während Gas- und Elektrizitätswerk sich zu keinerlei Sparmaßnahmen gezwungen sahen. Das kostet nun Geld! Sämtliche Unternehmungen der Gemeinde Wien- Strassenbahnen, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Lagerhaus, Brauhaus, Leichenbestattung -/ verfügten bei Kriegsausbruch über ein Betriebskapital von zusammen 10½ Millionen Kronen, das aus seinerzeitigen Anleihen für diesen bestimmten Zweck gebildet worden war. Zu welch völliger Nullifizierung dieser Summen es gekommen ist, braucht wohl nicht eingehend bewiesen zu werden. Die in gleicher Lage befindliche Großindustrie hilft sich durch unausgesetzte Vermehrung des Aktienkapitals, durch Umformung in Aktiengesellschaften, wobei noch vielfach sehr kostspielige Kredite aufgenommen werden. Der Gemeinde stehen diese Wege nicht offen und sie will sieauch im Interesse der Bevölkerung nicht gehen. Eine Vermehrung des Betriebskapitals der städtischen Unternehmungen könnte nur durch die Aufnahme einer besonderen Anleihe, die lediglich diesem Zwecke dient, erfolgen. Jeder Kenner der Verhältnisse des Geldmarktes muß bestätigen, daß es gegenwärtig ungeachtet der vollsten Sicherheit, die von der Gemeinde zweifellos geboten werden kann, nicht möglich ist, etwa sechzig Milliarden Kronen zu erträglichen Bedingungen im Anleihenswege unterzubringen. Das ist eine Wirkung des überaus hohen Zinsfusses und eine Erscheinung, die selbstverständlich keineswegs auf Wien allein beschränkt ist. Ob nun die Geldbeschaffung durch Anleihen oder durch die Aufnahme von Krediten geschieht, immer kann naturgemäss die Folge nur die sein, daß die sich ergebenden Zinsen, ganz genau so wie Kohle und Löhne bei der Ermittlung der Selbstkosten zum Ausdruck kommen müssen und eine Erhöhung von Gas- und Elektrizitätspreis nach sich ziehen. Das ist völlig unvermeidbar und selbstverständlich. Wenn es also sogar gelingen sollte, diese Beträge auf irgendeine Art aufzubringen und die Vorauszahlungen zurückzuerstatten, so wäre das Vergnügen der Abnehmer nur ein ganz kurzes. Schon die nächste Monatsrechnung über den Gas- und Stromverbrauch müsste die Enttäuschung bringen, die eben in den durch die Zinsenlast gestiegenen Preisen bestehen würde. Im Gegensatze zu den früheren Zeiten verzichtet die gegenwärtige Gemeindeverwaltung darauf, die städtischen Monopolbetriebe als Steuerinstrumente zu benützen. Gas-, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen sind aktiv und es würde also nur, genau so wie es die frühere Verwaltung gemacht hat, erforderlich sein, zu den Selbstkosten gewisse Zuschläge zu machen, um Reingewinne zu erzielen und diese in die Gemeindekasse zu überführen. Im letzten Friedensjahre haben die Monopole auf diese Weise achtzehn Milliarden Goldkronen an die Gemeinde abgeliefert, was heute rund zweihundertsiebzig Milliarden Papierkronen entsprechen würde. Tatsächlich fliesst aber nicht ein einziger Heller aus den Monopolbetrieben der Gemeinde zu. Es kann also gewiss nicht der Vorwurf fiskalischer Gebarung gemacht werden. Richtig ist nur, daß die Tarife sogehalten werden, daß die Erneuerung der seit Kriegsausbruch vielfach furchtbar abgenützten oder durch zwischenzeitig erfolgte Fortschritte der Technik nicht mehr auf der Höhe befindlichen Werke ermöglicht wird. Diese Investitionstätigkeit ist aber im eminentesten Interesse der Abnehmer gelegen und müsste angesichts des früher geschilderten Versagens des Anleihemarktes sonst zum großen Teil unterbleiben. Aber auch in dieser Beziehung sind gewisse Schranken gezogen, um die Tarife nicht allzuhoch zu schrauben. Die Gemeinde hat daher aus ihren eigenen Geldern in den letzten zwei Jahren wiederholt Summen, die durch Anleihe aufgebracht werden sollten, den Unternehmungen bis zu einer Aenderung der bezüglichen Verhältnisse als Erhöhung der Geschäftseinlage vorschussweise zur Verfügung gestellt. Genau so wird es sich auch bezüglich jener 170 Milliarden Kronen verhalten, die für die Elektrifizierung der Stadtbahn benötigt werden. Die Strassenbahnen wären völlig außerstande, eine solche Summe selbst aufzubringen. Auch hier muß die Gemeinde unter völliger Umkehrung des einstigen Zustandes, daß die Monopole eine finanzielle Erleichterung für die Hoheitsverwaltung darstellen, einspringen. Im Laufe der für dreissig Jahre berechneten Pachtdauer wird erst die Verzinsung und Amortisierung dieser 170 Milliarden vorsich gehen. Es wäre also angesichts dieser Tatsachen nur eine demagogische Maßnahme, die Rückzahlung der Vorauszahlungen früher vorzunehmen oder in Aussicht zu stellen, ehe es möglich ist, dieses Betriebskapital durch eine Anleihe, die zu wirklich günstigen Bedingungen aufgenommen werden kann, zu ersetzen oder bei den Unternehmungen durch allmähliche Rücklagen die notwendigen Betriebsmitteln anzusammeln. Der letzte Vorgang wird durch den Verzicht der Gemeinde, die Monopole für sich als Einnahmsquellen auszunützen sehr erleichtert und ist in langsamer Entwicklung begriffen. In dem Maße nur, als sich diese Kapitalsbildung allmählich vollzieht, kann daran geschritten werden, die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen zurückzuzahlen.

Subventionen der Gemeinde. Der Stadtsenat hat heute eine Reihe von Subventionen bewilligt. Es erhielten je 50 Millionen Kronen der Wiener Volksbildungsverein, der Verein Volksheim und die Wiener Urania. Dem Vereine „Bereitschaft" wurden anlässlich seines zehnjährigen Bestandes 25 Millionen Kronen gewidmet. Der österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen erhielt zur Förderung seiner vielfachen Arbeitsgebiete den Betrag von 50 Millionen Kronen. Den internationalen Hochschulkursen wurde eine Subvention von 20 Millionen und dem Verein zur Erziehung und Beschäftigung erwachsener Blinder in der Josefstadt eine Subvention von 10 Millionen Kronen bewilligt.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o n s y .

Wien, Dienstag, den 4.September 1923. Abendausgabe.

Die Erhöhung der Erhaltungsbeiträge. Bekanntlich würde auf Grund einer Verfügung des Bürgermeisters vom 1.September an der niedrigste Erhaltungsbeitrag mit 90.000 K festgesetzt. Wir haben bereits mitgeteilt, daß diese Erhöhung automatisch erfolgt und daher vom September an niedrigere Unterhaltsbeiträge uberhaupt nicht ausbezahlt werden. Während bei den früher erfolgten Erhöhungen der Erhaltungsbeiträge vorher die Bedürftigkeit der Ansuchenden überprüft worden ist, wird bei der jetzt durchgeführten Erhöhung eine solche Ueberprüfung nicht durchgeführt. Es haben also alle Personen, die gegenwärtig einen niedrigeren Erhaltungsbeitrag als 90.000 K beziehen, sich weder bei einem Fürsorgerat, noch sonst wo zu melden, da er automatisch auf diesen Betrag erhöht wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.

Ausländische Gäste in der Kleingartenausstellung. Der Besuch der fünften Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung war am Montag außerordentlich zufriedenstellend. Wie groß auch das Interesse des Auslandes an dieser Ausstellung ist, geht daraus hervor, daß viele Fachleute, besonders aus den Nachfolgestaaten, die Einrichtungen der Kleingärtner, Siedler und des Wiener Wohnungsamtes, studieren. So besuchten gestern der Verbandsdirektor der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Mährens und Schlesiens, Franz Hilmer und Direktor F.Langenecker von den Victoriabaumschulen in Schöllschitz, Mähren, die Ausstellung, die sich beide über die Leistungen und Einrichtungen der Kleingärtner und Siedlerorganisationen anerkennend aussprachen. Der Reichsverband der deutschen Kleingärtner, Gau Berlin, hat durch seinen Leiter Förster der Ausstellungsleitung ein herzliches Glückwunschtelegramm übermittelt.

Die Ausstellungsleitung richtet an alle Vereine, Körperschaften und die Bezirksvertretungen das Ersuchen, daß sie die unverkauften Eintrittskarten noch vor Samstag an die Kanzlei im Rathause abliefern.

-.-.-.-.-.-.-.-.

Die geplante Verlängerung der Strassenbahnlinie 2.In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde auch die Verlängerung der Linie 2,die im dritten Notstandsprogramm vorgsehen ist,besprochen.Diese Linie soll von der Schwarzspanierstrasse durch die Günther-und Hörlgasse bis zur Liechtensteinstrasse geführt und dadurch die direkte Verbindung über den Schottenring und Franz Josefskai geschaffen werden.Es wurde vor allem auf die Bedenken verwiesen,die von den Bewohnern dieses Stadtteiles vom Standpunkt einer Verunzierung des Freiheitsplatzes gegen die neue Linienführung erhoben worden sind.Vizebürgermeister Emmerling teilte mit,dass durch die von der Gemeinde geplante Elektrifizierung der Stadtbahn der Verkehr über den Franz Josefskai stark verdichtet werde,was auch der Zweck der Verlängerung der Strassenbahnlinie 2 war.Vorausgesetzt,dass es der Gemeinde möglich gemacht wird,die Stadtbahn rasch zu elektrifizieren,könnte daher von einem Ausbau der Linie 2 abgesehen werde

-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Verkehr auf der Strecke Mauer-Mödling. Da nunmehr die Betriebsausweiche Brunnergasse - Felsenkeller auf der Strecke Mauer-Mödling der Strassenbahnen fertiggestellt ist, wird an verkehrsstarken Sonn- und Feiertagen auf dieser Strecke ein Zwölfminutenverkehr durchgeführt.

-.-.-.-.-.-.-.-.

Unveränderte Gas- und Strompreise. Der Stadtsenat hat heute für den Ablesungsabschnitt vom 8. bis 14.ds. den Preis eines Kubikmeters Gas unverändert mit 2140 K bestimmt. Unverändert blieben auch die Preise für den Lichtstrom mit 500 und den Kraftstrom mit 300 K für eine Hektowattstunde.

-.-.-.-.-.-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

235

Wien, Mittwoch, den 5. September 1923.

.-.

Die Teilnehmer der Postwertzeichenausstellung im Rathause. Heute Vormittag erschienen unter Führung des Präsidenten Dr. Karl Willer und der Vorstandsmitglieder Friedl, Baumgarten und Felsenburg die Teilnehmer an dem internationalen Postwertzeichenausstellung bei Bürgermeister Reumann. Nach einer Ansprache des Präsidenten an den Bürgermeister überreichten die Erschienenen die Festschrift über die Ausstellung. Bürgermeister Reumann dankte in herzlichen Worten, worauf Herr Klein aus Philadelphia erwiderte.

.-.-.-.-.-.-.-.

Ein Siedlungsmuseum. Das schöne Ergebnis, das in den ersten vier Tagen die fünfte Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung, aufzuweisen hat, ließ den Wunsch entstehen, das wirklich belehrende und wertvolle Ausstellungsmaterial zu erhalten und zu ergänzen. Während bisher die so mühsam entworfenen Tafeln und Schaubilder, Modelle und sonstige Ausstellungsgegenstände in alle Richtungen zerstreut wurden, wird diesmal das vom Verbande für Siedlungs- und Kleingartenwesen begründete Siedlungsmuseum die wichtigsten Gegenstände aufbewahren und durch Wanderausstellungen auf den einzelnen Bezirken und Bundesländern zugänglich machen. Es soll überall gezeigt werden, was die organisierte Arbeit der Stadtgemeinden und Siedlungsgenossenschaften zu leisten vermag. Als Präsident ist an die Spitze dieses Museums Bürgermeister Reumann getreten. Es stehen auch bereits provisorische Räumlichkeiten bereit. Es ist damit zu rechnen, daß viele Gegenstände von der Kleingartenausstellung und wohl auch von der Wiener Messe, die für dieses Museum geeignet sind, unmittelbar in diese Räume überführt werden können. Das Museum soll zunächst folgende Abteilungen umfassen: Gewinnung und Verarbeitung der Rohstoffe für Bauzwecke, Bau- und Gartenwirtschaft, Kleingartenwesen, Siedlungswesen, Städtebau, Kleinwohnungsbau, Siedlungsgeographie, Wohnungshygiene, Wohnungseinrichtungen. Es werden vor allem Modelle, Schaubilder und Uebersichten ausgestellt. Auch ist geplant, vollständig eingerichtete Musterhäuser zu zeigen. Ein Teil des Museums wird in Wohnräumen die Gegenstände vorführen, die von der Warentreuhand des Siedlungsverbandes jenen Personen vermittelt werden, die sich nach fachmännischer Beratung ihren Hausrat ergänzen wollen. Das Siedlungsmuseum soll der Volksbildung im weitesten Umfange dienen und wird sicherlich in kurzer Zeit eine sehr populäre Einrichtung werden. Neben das Museum tritt ein Archiv und eine Lichtbildabteilung, die auch Filme umfassen wird. Die Gemeinde Wien tritt durch die Förderung dieses Museums wieder an die Spitze einer wichtigen Volksbildungseinrichtung. Alle Zuschriften, die für das Museum bestimmt sind, mögen an das Sekretariat des Verbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen, XV., Moeringgasse 7 gerichtet werden.

.-.-.-.-.-.-.-.

Keine Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten. Am Donnerstag den 6. d. entfällt die Sprechstunde bei dem städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 5. September 1923. Abendausgabe.

-.-

Eine Bitte an die Besucher des Leuchtbrunnens. Am Montag, dem ersten Betriebstag des Leuchtbrunnes, war der Schwarzenbergplatz, das Ziel vieler Tausender, die das prachtvolle Farbenspiel sehen wollten. Aber auch am Dienstag war der Andrang der Menschenmassen nicht geringer. Leider nehmen die Besucher des Leuchtbrunnes keinerlei Rücksicht auf die Gartenanlagen des weiten Platzes und es bietet der Rasenbelag ein Bild der Verwüstung. Auch die Parkanlagen um den Leuchtbrunnen haben in diesen zwei Tagen arg gelitten. Die Gemeinde bittet daher alle Besucher des Leuchtbrunnens auf die Rasenflächen und die Parkanlage Rücksicht zu nehmen. Es wäre sonst nicht zu vermeiden, dass der Platz um den Brunnen abgesperrt werden müsste, so dass dadurch diesen Anlagen der erforderliche Schutz gesichert wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ein Führer durch die Kleingartenausstellung. Für die fünfte Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung wurde ein vortrefflich ausgestatteter 80 Seiten starker Führer herausgegeben, der bei allen Besuchern der Ausstellung besondere Beachtung findet. Das schmucke Bändchen enthält ein Geleitwort von Bürgermeister Reumann, weiters interessante Beiträge von amtsführenden Stadtrat Weber, Gemeinderat Hofbauer, Inspektor Siller, Regierungsrat Dr. Kampffmeyer, Magistratsrat Dr. Pawlik, Obmann Adolf Müller und von dem Direktor der Gesiba Ing. Dr. Neubacher. Daran schliesst sich nun eine übersichtlich zusammengestellte Führung durch die gesammten Ausstellungsräume - sowie ein Verzeichnis jener Vereine und Einzelpersonen, die die Ausstellung beschickt haben. Das Büchlein ist an sämtlichen Kassen der Ausstellung erhältlich.

-.-.-.-.-.-.-.-

Verlegung der Viehmärkte. Infolge der Feiertage müssen im zweiten Halbjahre einige Viehmärkte auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx und auf dem Wiener Kontumazmarkte verlegt werden. Im Einvernehmen mit den beteiligten Genossenschaften hat der Magistrat verfügt, daß der Rinderhauptmarkt am Montag, den 17. ds. und der Rindernachmarkt bereits am Mittwoch, den 19. ds. stattfindet. Die übrigen Märkte in dieser Woche finden an den nach der Marktordnung bestimmten Tagen statt. Es werden die Jung- und Stechviehmärkte am Montag, den 17. ds. und Donnerstag, den 20. ds. die Schweinemärkte am Dienstag, den 18. ds. und Donnerstag, den 20. ds. abgehalten.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Teilnehmer des Polizeikongresses im Rathause. Heute abends fanden sich die Teilnehmer des Internationalen Polizeikongresses im Wiener Rathause ein. Sie wurden von Bürgermeister Reumann in seinem Empfangssaal begrüsst. Der Bürgermeister hob in seiner Begrüssungsansprache hervor, dass die Gemeinde an den Beratungen des Kongresses den allerwärmsten Anteil nehme. Es handle sich dabei um nicht weniger, als um die gegenseitige/internationale Hilfe, bei der Bekämpfung jener traurigen Erscheinungen, die durch die Greuel des Krieges schier ins Ungemessene geraten sind, um den internationalen Schutz des Kulturmenschen gegen das Verbrechertum, die modernen Raubritter, die sich oft umso sicherer fühlen können, je breiter die internationale Basis ist, auf der sie ihr unseliges Handwerk betreiben. Es sei daher eine Tat, dass sich die Polizeifachmänner so vieler Länder zusammengetan haben, diesem Uebel abzuhelfen. Die Erfahrungen, die bei dem Kongress ausgetauscht werden, bilden eine wertvolle Grundlage für die weiteren Bestrebungen. Der Zweck des Kongresses, die noch bestehenden Schranken der internationalen Bekämpfung der Kriminalität zu beseitigen und so dem internationalen Verbrechertum international wirkende Polizeieinrichtungen entgegenzustellen, ist im Interesse der gesamten gesitteten Menschheit gelegen und daher aufs Wärmste zu begrüssen. Doppelt willkommen muss dieser Gedanke sein in einer Zeit, in der auch sonst der Wunsch nach Beseitigung anderer, die Völker trennenden Schranken verfochten wird. Unter diesen Schranken muss auch der Passzwang, der insbesondere im Verkehr zwischen den Nachfolgestaaten der österreichische-ungarischen Monarchie untereinander und mit den Nachbatstaaten nicht nur grosse Ausgaben verursacht, sondern auch eine arge Belästigung und Zeitversäumnis für die Reisenden bedeutet. Allerdings steht dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung des Kongresses wie dieser sich überhaupt mit weiser Einschränkung fast nur mit dem kriminalistischen Aufgabenkreise der Polizei befasst und von den administrativen Agenden nur ein Gebiet berührt, auf dem gleichfalls internationale Einigkeit allseits gewünscht werden dürfte, das ist die Bekämpfung des Alkoholismus, Morphinismus und Kokainismus. Der Bürgermeister dankte dann der Kongressleitung, dass die Tagung in Wien abgehalten wird und schloss mit dem Wunsche, es mögen sich die Teilnehmer in Wien wohlbefinden und ihnen die Wiener Tage, wenn sie wieder in die Heimat zurückgekehrt sein werden, in angenehmer Erinnerung bleiben.

Auf diese Ansprache antwortete Polizeipräsident Schober mit folgenden Worten: Vor allem danke ich dem verehrten Herrn Bürgermeister und Landeshauptmann für die freundliche Einladung. Ich fühle mich aber auch verpflichtet zu danken für die warmen Worte, die der Herr Bürgermeister für das Wirken der Polizei gefunden hat. Wir sind hier zusammengekommen, um eine ernste Arbeit zu leisten. Ich kann versichern, dass der bisherige Verlauf der Verhandlungen gezeigt hat, dass sie von diesem Geiste getragen sind. Wir empfinden es freilich sehr drückend, dass wir in der Internationale leider noch nicht so weit sind, als die Verbrecher und werden alles daran setzen, dies nachzuholen. Dieser Kongress bedeutet sicherlich einen Fortschritt in der Geschichte der Menschheit und wird eine Kulturtat sein.

Die Gäste wurden sodann vom Bürgermeister in den Stadtratssitzungssaal geleitet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.
Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y.

236

Wien, Donnerstag, den 6. September 1923.

-.-

Städtische Schulbäder. Das Jugenrotkreuz hat im vergangenen Schuljahre die in den Schulgebäuden Albertgasse, Kauergasse, Diefenbachgasse, Odoackergasse und Rötzergasse eingerichteten Schulbäder betrieben. Der Gemeinderatsausschuß für technische Angelegenheiten hat in s einer gestrigen Sitzung einen Antrag des GR. Schmid angenommen, nach dem diese Bäder im neuen Schuljahre von der Gemeinde betrieben werden. Außerdem wurde beschlossen in der Schule Deublergasse ein neues Bad zu errichten.

-.-.-.-.-.-.-

Einleitung des Hochquellenwassers in Strandbäder. Wie bereits mitgeteilt, hat die Gemeindeverwaltung in die Siedlung Bruckhaufen Hochquellenwasser eingeleitet. Im Zuge dieser Arbeiten wird nunmehr auch für die beiden Donaubäder, die sich in der Nähe befinden, das Hochquellenwasser eingeleitet. Es sind dies das städtische Strandbad „Alte Donau" und das Arbeiterstrandbad. Es wird dort für die Duschanlagen und für die Trinkwasserversorgung nur mehr Hochquellenwasser verwendet. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 150 Millionen Kronen.

-.-.-.-.-.-.-

Strassenbahnlinien 57, 58, 60 und U8. Vom Samstag, den 8. ds. an wird der Verkehr in der Linken Wienzeile zwischen Winckelmannstrasse und Schönbrunner Schloßallee wieder aufgenommen und die Züge der Strassenbahnlinien 57, 58 und 60, sowie der Sonntagslinie U8 werden in beiden Fahrtrichtungen wieder normal geführt.

-.-.-.-.-.-.-

Eine Medaille für die Kleingartenausstellung. Die Gemeinde Wien hat für die fünfte Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung eine Medaille gewidmet, die von dem künstlerischen Leiter der Ausstellung akademischen Architekt Gottlieb Michael entworfen wurde. Der Entwurf wurde vom Ausstellungskomitee einstimmig genehmigt. Die Medaille ist vom akademischen Bildhauer Karl Perl modelliert. Sie wird sicherlich allen Ausstellern, die infolge ihrer Leistungen damit beteilt werden, eine besondere Freude bereiten.

-.-.-.-.-.-.-

Die Teilnehmer der internationalen Postwertzeichenausstellung im Rathause. Heute vormittags erschienen unter Führung der Vorstandsmitglieder Fridl, Baumgarten, Felsenburg, Fleischmann und Dr. Karl Willer die ausländischen Teilnehmer an der internationalen Postwertzeichenausstellung bei Bürgermeister Reumann. In Vertretung des erkrankten Präsidenten Ludwig Hesshaimer richtete Dr. Willer eine Ansprache an den Bürgermeister, der in herzlichen Worten dankte, worauf nahmens der ausländischen Teilnehmer Herr Klein aus Philadelphia erwiderte. Die vom Verbandsorgan der österreichischen Philadelistenvereine „Die Postmarke" herausgegebene Festschrift wurde dem Bürgermeister überreicht.

-.-.-.-.-.-.-

Bad nur 236.245 Personen. In diesem Jahre hat das Gänsehäufel übrigens seinen stärksten Tag zu verzeichnen. Während von der am 12.Mai erfolgten Eröffnung bis zum 30. Juni nur 26.758 Badegäste sich einfanden, besuchten am Sonntag, den 15.Juli allein 19.298 Personen dieses Bad. Aber auch die drei anderen städtischen Strandbäder haben ihre Besucherzahl gegenüber dem Jahre 1922 stark vermehrt. Das von der Gemeinde in diesem Jahre errichtete Sonnen- und Luftbad „Krapfenwaldl" wurde am 14.Juli eröffnet und hatte bis 31.August 12.627 Besucher aufzuweisen. Beachtenswert sind die Besucherzahlen der städtischen Kinderfreibäder. Wie notwendig die Errichtung des Kinderfreibades für die Favoritener Jugend war, geht daraus hervor, daß dieses im Schweizergarten befindliche Bad mit 213.611 Kindern die grösste Besucherzahlt aufweist. An nächster Stelle steht das Kinderfreibad „Hietzing" mit 146.725 jugendlichen Badegästen, an dritter Stelle das Kinderfreibad Hütteldorf mit 114.424 Gästen und das erst am 15.Juli eröffnete Ottakringer Kinderfreibad „Galitzinberg" hat bis 31.August, also in sechs Wochen, schon 51.140 Besucher aufzuweisen. Gegenüber dem vergangenen Jahre weisen die drei schon vorhandenen Kinderfreibäder in diesem Jahre einen bedeutenden Zuwachs an Badegästen auf. Insgesamt wurden in diesem Jahre alle städtischen Sommerbäder von 1,354.151 Personen besucht. Im Jahre 1922 zählten diese Bäder nur 1,111.399 Gäste. Bei Beurteilung dieser Zahlen, muß darauf hingewiesen werden, daß infolge der schlechten Witterung vom 12.Mai 1923 bis 30.Juni 1923 sämtliche städtische Sommerbäder nur von 135.667 Personen besucht wurden. In den folgenden acht Wochen hat sich dann der große Sturm auf die Badeanstalten abgespielt. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß sich in den städtischen Sommerbädern infolge der aufopferungsvollen Dienstleistung des gesamten Badepersonals keinerlei Unglücksfälle ereigneten und der Betrieb sich vollkommen klaglos abwickelte.

In diesem Jahre werden die städtischen Sommerbäder nurmehr bis einschliesslich Sonntag, den 9. September offen gehalten. Nur das städtische Sonnen-, Luft- und Strombad Aspernbrücke bleibt bis auf weiteres geöffnet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Das Wohnungsamt auf der Kleingartenausstellung. In der Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung, die in den ersten fünf Tagen von rund 403.000 Personen besucht wurde, erregt auch die Abteilung des Wohnungsamtes der Stadt Wien, allgemeine Aufmerksamkeit. Das Wohnungsamt hat zum erstenmale seine Tätigkeit, insbesondere seine Entwicklung von den kleinsten Anfängen bis zu seinem heutigen Umfange in graphische Darstellungen ausgestellt. Außerdem enthält der „Amtliche Wiener Anzeiger für Wohnungstausch und Untermiete" einen diese Ausstellungsabteilung besprechenden Aufsatz, der einen sehr brauchbaren Führer durch die Ausstellung des Wohnungsamtes darstellt. Das wöchentlich erscheinende Blatt ist als eigene Ausstellungsnummer erschienen und bei allen Ausstellungskassen um 700 K erhältlich.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .
Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .
Wien, Freitag, den 6. September 1923.

-.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am Dienstag, den 11. September vormittags eine Sitzung ab. - In der kommenden Woche findet k e i n e Gemeinderatssitzung statt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Wählerlisten werden aufgelegt. Nach § 91 der Wahlordnung für den Nationalrat werden die Wählerlisten in Wien von Mittwoch, den 12. September an bis einschliesslich Dienstag, den 25. September täglich von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und an Werktagen auch von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Innerhalb dieser Frist ist jedermann berechtigt in die Wählerlisten Einsicht zu nehmen. Wo die Wählerlisten aufliegen und die Einsprüche (Reklamationen) eingebracht werden können, ist aus der an den städtischen Amtstafeln angeschlagenen Kundmachung über die Auflegung der Wählerverzeichnisse zu entnehmen. Außerdem wird in jedem Haus an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen und sichtbaren Stelle (Haustor, oder dgl.) eine Kundmachung angeschlagen, die die Zahl der Wahlberechtigten einer jeden Wohnung, sowie den Amtsraum angibt, in dem die Wählerliste aufliegt. Dadurch ist es den Hausbewohnern möglich, ohne erst in der an den städtischen Amtstafeln angeschlagenen Kundmachung nachschauen zu müssen, den Ort, an dem das Wählerverzeichnis des betreffenden Hauses aufliegt zu erfahren. Reklamationen gegen die Wählerlisten wegen der Aufnahme vermeintlich Nichtberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Berechtigter kann jeder Bundesbürger innerhalb der Frist, in der die Listen aufliegen, mündlich oder schriftlich bei den Auflegungsstellen einbringen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Bekämpfung der Staubplage. Die Gemeinde Wien hat in diesem Sommer einen energischen Kampf gegen die Staubplage geführt und es muss festgestellt werden, dass diese Arbeit sehr erfolgreich war. Es wurden die Wiener Strassen täglich zweimal bespritzt und sofort nach dem Einsetzen der günstigeren Witterung wurde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Strassenölung begonnen. Bis Ende August waren bereits 3o6.o85 Quadratmeter Strassenflächen geölt, wovon allein auf den zweiten Bezirk 99.22o Quadratmeter entfallen. Dieser grosse Anteil ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Prater nicht weniger als 84.43o Quadratmeter Strassenflächen geölt worden sind. An zweiter Stelle steht der neunzehnte Bezirk mit 5o.53o Quadratmeter geölter Strassenflächen, an dritter Stelle Favoriten mit 42.385, an vierter Stelle Hietzing mit 27.9oo, an fünfter Stelle Ottakring mit 26.27o und an fünfter Stelle Hernals mit 24.65o Quadratmetern. Die übrigen Bezirke sind schwächer bedacht worden, da für die Oelung vor allem gut erhaltene Schotterfahrbahnen in nicht geschlossen verbauten Strassen berücksichtigt wurden. Die Strassenölungen kosteten der Gemeinde 1.7 Milliarden Kronen. Aber auch die übrigen Mittel zur Bekämpfung der Staubplage erforderten gewaltige Ausgaben. So wurde allein für Inventarnachschaffungen ein Betrag von 6.1 Milliarden Kronen vorgesehen und dafür 26 neue Schlauchkarren und 24 Benzinsprengautos angekauft, sowie die Pferdesprengwagen instandgesetzt und Patentsprengwagen angeschafft. Nur durch diese umfangreiche Automobilisierung des Strassenreinigungsbetriebes konnte der Kampf gegen den Wiener Strassenstaub erfolgreich geführt werden. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten berichtete der Leiter des städtischen Fuhrwerksbetriebes Oberstadtbaurat Ingenieur Brabbee über die während der Sommermonate durchgeführten Arbeiten zur Bekämpfung der Staubplage in Wien und wurde der Bericht mit Befriedigung genehmigt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die städtischen Sommerbäder. Die Gemeinde Wien hat in diesem Jahre die städtischen Sommerbäder bedeutend erweitert und ausgestaltet. Diese Arbeiten übertreffen bereits an Umfang jene der Vorkriegszeit. Es wurden im städtischen Strandbad „Gänsehäufel" 100 neue Kabinen aufgestellt, der Frauenbadestrand erweitert, das Familienbad vergrössert und den Strandflächen mehr als 1000 Kubikmeter Wellsand zugeführt. Außerdem wurde noch eine Notgarderobe mit 196 Plätzen geschaffen. Im Strandbade „Alte Donau" wurden 50 Kabinen und 100 Umkleidekästchen sowie ein Kaffeepavillon neu aufgestellt. Gegenwärtig werden eine Trinkwasserzuleitung, die mehr als 900 Meter lang ist, eine Sprungvorrichtung und eigene Turngeräte für dieses Bad beschafft. Im städtischen Strandbade „Mühlschüttel" wurde eine mit Eternitschiefer gedeckte Umkleidehütte, die 212 Quadratmeter groß ist, neu erbaut. Auch diese Anlage wurde erheblich vergrössert. Die Badeanlage liegt auf einer mit Schotter angeschütteten Insel in der Alten Donau und es wurden die gesamten Sandflächen des Bades mit Wellsand überzogen. Überdies gelangten 100 neue Kästchen zur Aufstellung und ist auch eine Brauseeinrichtung und eine neue Abortanlage mit Senkgruben geschaffen worden. Auch dieses Bad erhält eine eigene Trinkwasserzuleitung. Eine bedeutende Vergörsserung, nämlich um mehr als 2000 Quadratmeter, wurde bei dem städtischen Strandbad „Stadlau" vorgenommen. Im Strom-, Sonnen- und Luftbade „Kuchelau" ist gegen den Donaudamm zu ein eigenes eisernes Abfriedungsgitter hergestellt worden. Ein grosser Teil der Badanlage wurde mit Sand überzogen und auch ein eigener Sandplatz für die Badegäste geschaffen. Die Umkleidegelegenheiten sind um 100 Kästchen vermehrt worden, die von einem Schirmdache geschützt werden. Die Strombäder „Augartenbrücke" und „Aspernbrücke", die seit ungefähr 10 Jahren nur notdürftig instandgesetzt wurden, haben durch das Wasser bereits arg gelitten. Da besonders die Tragrohre stark beschädigt waren, mussten die beiden Anlagen auf dem Doock im Freudenauer Winterhafen gründlich repariert werden. Anschliessend an das Hütteldorfer Voll- und Schwimmbad ist ein neues Sonnen- und Luftbad errichtet worden, in dem ein Teil des Ferdinand Wolfparkes in die Badeanlage einbezogen wurde. Im Kinderfreibad „Hietzing" wird gegenwärtig um die ausgedehnte Anlage ein eigenes eisernes Einfriedungsgitter hergestellt und die Garderobestellen erweitert. Die Gemeinde hat in diesem Jahre zwei neue Kinderfreibäder errichtet. Es sind dies die Kinderfreibäder „Schweizergarten" in Favoriten, das am 20. Mai eröffnet wurde und „Galitzinberg" in Ottakring, das am 15. Juli der Benützung übergeben wurde. Im Czartoryskipark in Währing wird gegenwärtig ein neues Kinderfreibad errichtet. Dieses Bad wird Umkleidegelegenheiten für 200 Kinder aufweisen. Die Kosten betragen 190 Millionen Kronen, wobei zu bemerken ist, daß von der Bezirksvorstehung unentgeltliche sich freiwillig zur Verfügung stellende Arbeitskräfte mitwirken werden. Schliesslich wurden in allen städtischen Bädern eine große Anzahl neuer Gartenbänke aufgestellt und auch die Badewäsche wesentlich vermehrt.

Interessant ist, daß der Besuch der städtischen Sommerbäder in diesem Jahre ganz außerordentlich zugenommen hat. An der Spitze steht das städtische Strandbad „Gänsehäufel", das bis 31. August nicht weniger als 282.758 Besucher zählte. Im vergangenen Jahre besuchten dieses

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Freitag,den 7.September 1923.

237

-.-

Das Ausland auf der Kleingarten-,Siedlungs-und Wohnbauausstellung.Das von dem Leiter des Siedlungsamtes der Stadt Wien Dr.Kampffmeyer zusammengetragene ausländische Material über das Siedlungswesen gehört zu den interessantesten Teilen dieser Ausstellung.Aus Deutschland stammen viele Pläne und Ansichten von Gartenvorstädten und Siedlungen,die während des Krieges oder nachher entstanden sind.Der bekannte Architekt Städtbaurat B.Taut aus Magdeburg zeigt eine interessante Lösung für das Kernhausproblem.Von der gemeinnützigen Heimstättengesellschaft in Magdeburg und der schlesichen Heimstättengesellschaft sind ausgezeichnete Siedlungspläne und gute Grundrisse von Siedlungshäusern ausgestellt.Aufmerksames Studium verdient auch das Gartendorf Friedrichshafen,nach Entwürfen von Bonatz,sowie die Gartenvorstadt Staaken,die das Reichsministerium des Innern während des Krieges nach Entwürfen von Professor Schmidtheimer für ungefähr 8oo Arbeiter-und Angestelltenfamilien errichtet hat und die eine der besten Leistungen neudeutscher Baukunst darstellt.Aus England interessieren neben einigen vortrefflichen Bebauungsplänen,Grundrissen und Ansichten verschiedener Gartenvorstädte,besonders die Pläne der beiden ersten Gartenstädte.Die erste Gartenstadt Lethworth ist für 3o.ooo Menschen geplant und zählt bereits 12.ooo Einwohner,die nahezu sämtlich in dem nahe dem Bahnhofe befindlichen Industrieviertel beschäftigt sind.Die neueste Gartenstadt Welwyn ist für 5o.ooo Menschen geplant und wird ihre Entwicklung durch die gegenwärtige Krise aufgehalten.Aber auch sie zählt bereits einige Tausend Einwohner.Aus Holland dürfte die gewaltige von der Stadt Rotterdam gegründete Gartenvorstadt interessieren,in der innerhalb von zwei Jahren gegen 46oo Wohnungen in Kleinhäusern geschaffen wurden.Es entstand dadurch eine mittelgrosse Stadt mit rund 2o.ooo Einwohnern.Schweden ist durch eine Anzahl sehr beachtenswerter Typenhäuser vertreten,die von grossen Holzfirmen fabrikmässig hergestellt werden.Auf der Gotenburger Städtebauausstellung wurde ein solche Holzhaus innerhalb 14 Tagen schlüsselfertig gebaut. Wenn auch die ausländischen Erfahrungen auf diesem Gebiete bei unseren anders gearteten Verhältnissen nicht ohneweiters übernommen werden können,so bieten sie doch vielerlei wertvolle Anregungen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Schlichtungsstellen der Gemeinde.Das Wohnungsamt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungsstellen im Monat Juli.Die Zahl der Anträgeist von 1254 im Juni auf 1172 im Juli gesunken.Von diesen Anträgen verlangen 7oo eineErhöhung des Instandhaltungszinses,2o7 behandeln das Entgelt bei Untermieten und 265 sonstige Streitgegenstände aus dem Mietverhältnis.In 43o Fällen wurden Vergleiche abgeschlossen oder die Anträge zurückgezogen.Von den Schlichtungsstellen wurden 579 Vorentscheidungen getroffen.Vereinbart oder zugebilligt wurden 374 Mietzinserhöhungen.Davon sehen 66 eine Erhöhung des Friedenszinses bis zum Zweihundertfachen,247 bis zum Fünfhundertfachen und 61 darüber hinaus vor.In 111 Fällen wurden die Anträge auf eine Erhöhung des Instandhaltungszinses abgewiesen.Einzele Anträge auf Erhöhung des Instandhaltungszinses wurden dadurch erledigt,dass die Mieter die Kosten der notwendigen Instandhaltungsarbeiten unmittelbar zahlten,so dass der Instandhaltungszins nicht erhöht werden musste.Am meisten beschäftigt die Leopoldstadt die Schlichtungsstelle,da die Anzahl der Wohnungen dieses Bezirkes nur 7 Prozent aller Wiener Wohnungen beträgt,während 11 Prozent aller eingelaufenen Anträge aus diesem Bezirke stammen.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Freitag,den 7.September 1923.Abendausgabe.

-.-

Milchverschleiss an Sonntagen.Der Wiener Magistrat hat durch eine Verordnung vom 26.Mai d.J.den Sonntagsverschleiss von Milch und Milchprodukten,letztere,soweit sie nicht,wie Butter,als tierische Fettwaren zu betrachten sind,den Molkereien und Milchverschleissern von 8 bis 10 Uhr vormittags,den Milchmeiern von 7 bis 8 Uhr früh und von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags,letzteren jedoch nur ohne Verwendung von Arbeitnehmern,gestattet.Da seither Beschwerde geführt wurde,dass die einheitliche Verschleisszeit von 8 bis 10 Uhr nicht überall den Bedürfnissen der Bevölkerung entspreche,hat der Magistrat heute verordnet,dass die Molkereien und Milchverschleisser auch schon vor 8 Uhr früh Milch abgeben dürfen.Es darf aber die gesetzlich festgelegte zweistündige Sonntagsarbeit nicht überschritten werden.Die einheitliche Festsetzung der Verkaufsstunden,etwa von 7 bis 9 Uhr,konnte nicht erfolgen,weil sonst die in den ersten Vormittagsstunden in Wien einlangenden Milchsendungen nicht mehr verkauft werden könnten.Es ist aber durch die neue Regelung nunmehr einerseits jedem Milchverschleisser möglich,die Bedürfnisse seiner Kunden zu befriedigen,andererseits können die Milchverschleisser , die ihre Milchsendungen erst später beziehen,die Verkaufsstunden darnach einrichten.Nach 10 Uhr dürfen die Molkereien und Milchverschleisser aber nicht mehr verkaufen.Um eine Ueberschreitung der zweistündigen Verkaufszeit zu verhindern,sind sie verpflichtet,die ein für allmal gewählten Verkaufsstunden an und in den Geschäftslokalen sichtbar anzuschlagen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Schliessung der Kleingartenausstellung. Die Leitung der fünften Kleingarten-,Siedlungs-und Wohnbauausstellung macht aufmerksam,dass diese Ausstellung nicht verlängert werden kann.Sie wird daher unwiderruflich am Sonntag den 9.d.um 7 Uhr abends geschlossen.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Freitag,den 7.September 1923.Zweite Abendausgabe.

-.-

Die Hotelbesitzer für einen weiteren Betrieb des Leuchtbrunnens.Die Vereinigung Wiener Hotelbesitzer,hat an den Magistrat eine Zuschrift gerichtet,in der darauf verwiesen wird,dass die Vorführungen des Leuchtbrunnens am Schwarzenbergplatz eine so grosse Zahl der einheimischen Bevölkerung herangezogen hat,dass es dem in Wien anwesenden Fremdenpublikum unmöglich ist,dieses tatsächlich glänzende Schauspiel ungestört zu geniessen.Es wurde daher von vielen Hotelgästen gewünscht,dass dafür gesorgt werden soll,ihnen die Möglichkeit zu bieten,diesen aberdlichen Produktionen beiwohnen zu können,ohne dass sie den Unahnnehmlichkeiten des Stossens und Drängens ausgesetzt sind. Die Vereinigung der Wiener Hotelbesitzer ist uberzeugt,dass sich die Gemeinde Wien die Förderung des Fremdenverkehrs stets angelegen sein lässt und ersucht daher die Gemeindeverwaltung,den Leuchtbrunnen,der bei den Fremden rückhaltslose Bewunderung findet,auch weiterhin in Tätigkeit zu halten.Die Fremden,heisst es in dem Schreiben,werden sich gewiss gerne bereitfinden für ihnen zur Verfügung gestellte Plätze ein Eintrittsgeld zu bezahlen,wodurch die Kosten des Leuchtbrunnenbetriebes wohl zum grössten Teile hereingebracht werden könnten.Die Gemeindeverwaltung wird zu diesem Vorschlage noch Steilung nehmen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Eine Frauenabordnung im Rathaus.Heute erschienen im Rathause ungefähr achtzig Frauen,die sich dagegen verwahren wollten,dass weltliche Schwestern in den Kindergärten und Waisenhäusern anstatt der Nonnen angestellt werden.Bürgermeister Reumann empfing eine Abordnung und erklärte,dass der Beschluss die Nonnen aus den vier Kindergärten und zwei Waisenhäusern,in denen sie noch tätig sind,durch weltliche Pflegerinnen zu ersetzen,auch für ihn bindend sei.Jedenfalls werde die sittliche Erziehung der Kinder in keiner Weise leiden.Die Aussprache war stellenweise erregt,doch erklärte der Bürgermeister,dass die Kündigung der Nonnen nicht zurückgenommen werden kann.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl Honay.

238

Wien, Montag, den 10. September 1923.

.-.

Eine Rekordleistung der Strassenbahnen. Durch den starken Besuch der Wiener Messe, der zwischen 6 und 7 Uhr abends die grössten Anforderungen an die städtischen Strassenbahnen stellte, wurden am Freitag, den 7. ds. die Betriebsmittel stärker als sonst in Anspruch genommen. Dazu kam noch ein weiterer erhöhter Bedarf beim Schluß der sehr gut besuchten Siedlungsausstellung, der mit einer lebhaften Zufahrt zum Beginne der Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens zusammenfiel. Auf der Ringstrasse wurde zu dieser Tagesstunde der Verkehr in einem solchen Maße verdichtet, daß zusammen mit dem um diese Zeit bestehenden Abendverkehr die Verkehrsdichte des stärksten Frühverkehrs, wie er zwischen ½ 8 und 8 Uhr notwendig ist, erreicht wurde. Außerdem wurden auch die Linien über die Lastenstrasse, die sowohl von den Besuchern der Siedlungsausstellung, wie auch von jenendes Leuchtbrunnens zur Fahrt benützt wurden, sowie schließlich die wichtigsten Radiallinien aus dem gleichen Anlasse in der gegebenen Zeit entsprechend verstärkt. Alle diese Verkehrsmaßnahmen erforderten einen Wagenpark, über den zu dieser Zeit bestehenden gewöhnlichen Fahrplan im Ausmaßevon 263 Wagen. Für den Verkehr zum Feuerwerk auf der Hohen Warte, das ebenfalls Freitag abends stattfand, wurde mit Aufgebot aller verfügbaren Wagen und Mannschaften ein Verkehrsausmaß auf den dorthinführenden Linien durchgeführt, das den stärksten bisher bei den grössten Länderwettspielen veranstalteten Verkehr weitaus übertraf. Der hiefür erforderliche Wagenpark belief sich auf 329 Wagen über den gewöhnlichen Abendverkehr Der Gesamtaufwand von außerfahrplanmässigen Betriebsmitteln betrug demnach an diesem Abend 592 Wagen. Schon um ½ 6 Uhr abends begann der Verkehr zur Hohen Warte und blieb bis ungefähr ½ 9 Uhr abends ohne Unterbrechung überaus stark, so daß trotz des großen Wagenaufgebotes dem Ansturm nicht klaglos entsprochen werden konnte. Der riesige Andrang brachte es mit sich, daß in dieser Zeit auch sämtliche nach Grinzing und Sievering, also in die Nähe der Hohen Warte führenden Züge überfüllt waren. Zugleich mit dem Ende der Hinfahrt setzte auch schon wieder die Rückfahrt von der Hohen Warte ein, obwohl der Schluß des Feuerwerkes erst um 10 Uhr abends erfolgte. Die Rückbeförderung konnte trotz der großen Menschenmassen, die eine übermässige Ausnützung der Betriebsmitteln zur Folge hatten, glatt abgewickelt werden und war auf dem Döblinger Gürtel bei der Einmündung der Heiligenstädterstraße und der Döblinger Hauptstraße erst nach dem normalen Betriebsschluß, der um 11 Uhr 10 Minuten erfolgt, beendet. Erwähnt sei noch, daß sowohl bei der Hinfahrt wegen einer Entgleisung auf einem Kletterwechsel in der Porzellangasse, wie auch bei der Rückfahrt durch einen Drahtbruch auf dem Gürtel nächst der Kliebergasse die Verkehrsabwicklung ungünstig beeinflußt wurde, was aber zu keinen besonderen Anständen geführt hat.

.-.-.-.-.-.-.-.

Die Besucherzahl der Kleingartenausstellung. Die gestern geschlossene fünfte Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung wurde zusammen von rund 497.000 Personen besucht. Die Zahl der verkauften Eintrittskarten betrug 350.000 und ist deswegen geringer als die Zahl der Besucher, da die Aussteller, die Mitglieder der Kleingarten- und Siedlungsvereine und ihre Familienangehörigen freien Eintritt hatten. Der grösste Besuch war am ersten Tage der Ausstellung mit 120.000 Personen zu verzeichnen. Gestern besuchte auch Bundeskanzler Dr. Seipel die Ausstellung. Er wurde von Bürgermeister Reumann und den Fachreferenten durch die Ausstellungsräume geleitet und war über das Gesehene sehr befriedigt. Die Ausstellung hat einen vollen Erfolg aufzuweisen, der durch das Zusammenwirken aller Beteiligten Faktoren erzielt worden ist. Besonders Stadtrat Weber, Gemeinderat Hofbauer und Inspektor Siller haben unermüdlich an einer klaglosen Durchführung dieser großen Veranstaltung gewirkt. Leider konnte Inspektor Siller das große Werk nicht mehr persönlich mitleiten, da er schwer erkrankt ist. Bürgermeister Reumann hat den verdienten Beamten in einem Schreiben für seine hingebungsvolle Tätigkeit gedankt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er ehestens genesen und seine große Arbeitskraft wieder in die Dienste des Kleingarten- und Siedlungswesens stellen werde.

.-.-.-.-.-.-.-.

Die Lyoner Ausstellungsgegenstände der Gemeinde Wien. Wie bereits mitgeteilt hat Bürgermeister Reumann am 28. v.M. an den Bürgermeister von Lyon ein Schreiben gerichtet, in dem um Mitteilung ersucht ward, welche Schäden die österreichischen Ausstellungsobjekte durch den Brand erlitten haben. Bürgermeister Herriot hat nun am 6. ds. geantwortet, daß er befürchte, daß ein beträchtlicher Teil der österreichischen Ausstellungsgüter durch diesen Brand zerstört worden sei. Da aber seit der Sequestrierung die deutschen und österreichischen Ausstellungsgüter vom Jahre 1914 nicht mehr der Stadt Lyon unterstehen, legt Bürgermeister Harriot der Wiener Gemeindeverwaltung nahe, sie möge sich an den Minister des Aeusseren wenden, der über das Schicksal dieser Gegenstände genaue Auskunft erteilen könne. Bürgermeister Reumann hat sofort an den Minister eine entsprechende Zuschrift gerichtet.

.-.-.-.-.-.-.-.

Internationale Kraftsportler im Rathause. Heute vormittags erschienen unter der Führung des Ehrenpräsidenten Charles Kammerer die Mitglieder des an der Weltmeisterschaft beteiligten Kraftsportverbandes. Sie wurden vom Bürgermeister Reumann empfangen, der in seiner Begrüssungsansprache darauf verwies, daß die Stadt Wien alles daransetze, um den Körpersport zu fördern. In dem Voranschlag der Gemeinde sind bedeutende Summen für die Förderung des Körpersportes eingestellt und mit der fortschreitenden finanziellen Gesundung werde die Gemeinde noch mehr tun. Der Wille dazu ist vorhanden. Die Gemeinde habe das grösste Interesse, daß der Körpersport sich auch in Wien entwickle. Direktor Hermann, der Leiter der Weltmeisterschaft dankte dem Bürgermeister für die freundlichen Worte und überreichte für das Museum der Stadt Wien eine Erinnerungmedaille der Weltmeisterschaften, die in Bronce ausgeführt ist. Die Gäste, es waren auch Holländer, Ungarn, Engländer, Tschechoslovaken, Russen, Lettländer, Jugoslaven und Reichsdeutsche erschienen, wurden sodann durch die Räume des Rathauses geführt.

.-.-.-.-.-.-.-.

Entfallende Sprechstunde. Am Donnerstag, den 13. ds. entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur.
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 10. September 1923. Abendausgabe.

25.000 neue Wohnungen in fünf Jahren. Dem Finanzausschuss des Wiener Gemeinderates wurde heute eine Vorlage unterbreitet, durch die ein für fünf Jahre berechnetes Bauprogramm festgelegt wird, dessen Ausführung die Wiener Wohnungsnot gründlich zu lindern geeignet ist. Es wurde beschlossen, dass in den nächsten fünf Jahren, gleichmässig verteilt auf die einzelnen Jahre, fünfundzwanzigtausend Wohnungen samt einer entsprechenden Zahl von Geschäftslokalitäten herzustellen sind. Am 1.d. gab es in Wien 19.552 Wohnungssuchende, die mit I qualifiziert waren. Diese Vorgemerkten werden also befriedigt und es bleibt darüber hinaus noch die Möglichkeit einen neuen Zuwachs zu berücksichtigen. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung nimmt unverrückbar den Standpunkt ein, dass der Mieterschutz vollständig aufrechterhalten werden muss. Sie rechnet damit, dass es eine private Bautätigkeit, abgesehen von ausgesprochenen Geschäftshäusern, Luxusvillen oder Fabriken, nicht geben wird. Daher muss in einem noch stärkeren Umfang als bisher die öffentliche Bautätigkeit einsetzen. Die Gemeinde Wien hat nach besten Kräften versucht neue Wohnungen zu schaffen und seit Kriegsende bis 31. Juli 1923 sind von der Gemeinde 6487 Wohnungen erstellt worden. Wiewohl nach der ersten Zeit des drückendsten Materialmangels die Bauführungen ein imer rascheres Tempo annahmen und der Voranschlag für das Jahr 1923, sowie die drei Notstandsprogramme für heuer allein nicht weniger als rund 3800 Wohnungen vorsehen, ist dies für die sehr begreifliche Ungeduld der wohnungssuchenden Menschen zu wenig. Jetzt werden aber auch die an letzter Stelle Vorgemerkten wissen, dass sie in absehbarer Zeit an die Reihe kommen. Es wird dies sicherlich viel rascher erfolgen, als es selbst bei dem katastrophalen restlosen Abbau des Mieterschutzes geschehen könnte, da auch dann angesichts der Verhältnisse auf dem Geldmarkte mit den unerschwinglichen hohen Zinssätzen eine private Bautätigkeit nicht einsetzen würde. Die Gemeinde, die im Laufe der letzten Jahre den Beweis unausgesetzt fortschreitender finanzieller Konsolidierung erbracht hat, nimmt mit diesem Programm eine starke Last auf sich. Dies insbesondere solange es nicht möglich ist, durch die Wohnbausteuer fundierte grosse Anleihen unterzubringen. Bis zu diesem Zeitpunkte soll der erforderliche Betrag, den die Vorlage mit rund vierhundert Milliarden Kronen jährlich beziffert, in das normale Budget der Gemeinde eingestellt werden. Diese Zahl fusst auf den derzeitigen durchschnittlichen Herstellungskosten einer Wohnung von rund 80 Millionen Kronen. So bedeutend dieser Aufwand auch ist, so lässt ersich doch nach Richtung hin rechtfertigen. Der Mieterschutz ist auf die Dauer nicht zu verteidigen, wenn nicht der notwendige neue Wohnraum geschaffen wird. Die Belastung, die das Wegfallen des Mieterschutzes für die Wiener Bevölkerung bedeuten würde, die ungeheuerliche Krisis, die eine Valorisierung der Mietzinse auslösen würde, lässt diese Ausgabe als im eminentesten Interesse der Bevölkerung gelegen erscheinen. Die von der Gemeinde errichteten Wohnungen stellen ferner ein weit höheres Stück Wohnkultur dar, als die von dem Privatkapital gebauten Wohnungen. Jede solche städtische Wohnung bedeutet eine Verbesserung der Volksgesundheit. Nach einer entsprechenden Periode wird sich dies in verminderten Aufwendungen für Spitäler, Lungenheilstätten, Kinderasylen, Irrenanstalten ausdrücken. Schliesslich wird durch diese grosszügige Bautätigkeit eine Belebung aller Gewerbe eintreten. Schon in diesem Jahr konnte die Gemeinde durch ihre Notstandsprogramme die Zahl der Arbeitslosen sehr stark herabdrücken, ja in einzelnen Berufen sogar völlig zum Verschwinden bringen. Ein blühendes Baugewerbe war auch im Frieden von grösster Wichtigkeit. Es werden daher diese namhaften Investitionen in vielfacher Beziehung die günstigsten Wirkungen ausüben.

Es sollen sowohl Hoch-, als auch Siedlungsbauten, wie dies schon bisher geschah, berücksichtigt werden. In welchem Umfang die Siedlungsbewegung im Volke wurzelt, welche grossen wirtschaftlichen Vorteile die über die Mitarbeit am Hausbau hinausgehende Tätigkeit des Siedlers in seinem Garten und als Tierzüchter hat, wurde durch die eben abgeschlossene Ausstellung ersichtlich. Die Wohnungsfürsorge der Gemeinde soll aber auch dahin erweitert werden, dass nicht wie bisher lediglich nur Kleinwohnungstypen von zwei Wohnräumen hergestellt, sondern darüber hinaus gegangen wird. Besonders kinderreichen Familien und jeden Kreisen, die im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Berufes, wie etwa Aerzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Architekten und Journalisten auf eine grössere Zahl von Wohnräumen angewiesen sind, soll die Möglichkeit der Erlangung von solchen Wohnräumen geboten werden. Die Gemeinde richtet sich eben darauf ein, bis zu einer gewissen Grenze die private Bautätigkeit völlig zu ersetzen. Dies ist auch der Grund, warum in dem neuen Bauprogramm zum ersten Male die Schaffung von Geschäftslokalen und Werkstätten ausdrücklich vorgesehen ist. Bisher wurden solche Lokalitäten in den neuen Gemeindehäusern nur dort hergestellt, wo die Lage des Baublockes es nicht zuliess, dass alle Räume für Wohnungen verwendet werden konnten. Die Not an Geschäftslokalen ist aber gleichfalls ausserordentlich gross. Sie wird vielfach, da auf der Erlagung eines Lokales oder einer Werkstätte doch die Möglichkeit einer Existenzgründung beruht auf das Härteste empfunden. Jener Nachwuchs des Gewerbestandes, der nicht von vorneherein über sehr grosse Mittel verfügt, ist angesichts der gefoderten hohen Ablösungssummen überhaupt nicht in der Lage, sich selbständig zu machen.

Für die Bewältigung einer grosszügigen Bautätigkeit sind von der Gemeinde die Vorbereitungen planmässig geschaffen worden. So wurde bei jeder sich bietenden günstigen Gelegenheit der Grundbesitz der Gemeinde vermehrt. Die erste Sitzung nach den Ferien wird eine grosse Reihe solcher Grundankäufe zu genehmigen haben. Das Ziegelwerk in Oberlaa wird vollkommen mechanisiert und die Leistungsfähigkeit auf zehn Millionen Stück gesteigert. Die in diesem Jahre erfolgte Beteiligung der Gemeinde Wien an der „Steinag", die in der Lage ist, ausser Kalksandsteinziegeln noch sehr viele andere Baumaterialien zu liefern, dient dem gleichen Zwecke. Durch den ebenfalls kürzlich vollzogenen Ankauf des Kalkwerkes Kaltbrunn zu der bereits vorhandenen Anlage in der Hinterbrühl ist die Gemeinde in dieser Beziehung vollkommen unabhängig geworden. Andere Beteiligungen der Gemeinde sichern die günstige Beschaffung von Bauholz und die Massenerzeugung typisierter Fenster und Türen.

Was die so wichtige Frage der Bedeckung dieser grossen Ausgabe anlangt, führte der Referent Stadtrat Breitner, in der heutigen Sitzung des städtischen Finanzausschusses darüber folgendes aus:

Die Ausgabe von 400 Milliarden Kronen auf Anleihen zu verweisen, wurde mit der Unausführbarkeit des grossen Projektes gleichbedeutend sein. Es sind eben trotz aller zweifellos vorhandenen Sicherheiten heute so erhebliche Summen in fest verzinslichen Werten nicht erhältlich. Schon gar nich zu einem vernünftigen und vertretbaren Zinssatz. Die Gemeinde muss daher, will sie dieses Bauprogramm ausführen, sich mit dem Gedanken befreunden, den Betrag von 400 Milliarden Kronen in den regulären Voranschlag einzusetzen, bis sich die Verhältnisse auf dem Anleihemarkte geändert haben. Gewisse kleinere Summen werden, wie in der

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .
Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Dienstag, den 11. September 1923. Abendausgabe.

.-.

Das neue Wohnbauprogramm der Gemeinde. Im Stadtsenat gelangte heute das bereits mitgeteilte neue Wohnbauprogramm der Gemeinde zur Verhandlung. Namens der Minderheit erklärte Stadtrat Kunschak, daß die Christlichsozialen der wohnungspolitischen Seite der Vorlage vollständig zustimmen. Wenn auch die Argumentation, daß die Gemeinde künftighin der Träger der Bautätigkeit sein wird, von der Minderheit nicht geteilt werde, so sei es zu begrüssen, daß mit Rücksicht auf den Stillstand der privaten Bautätigkeit, von der Gemeinde die drückende Wohnungsnot gelindert werde. Hingegen könne die Opposition für den finanzpolitischen Teil der Vorlage nicht stimmen, da sie keinen entsprechenden Einblick in die Verhältnisse habe. Es seien schon die vorhergehenden Notstandsprogramme teilweise auf die Kassenbestände verwiesen worden.

Stadtrat Breitner entgegnete, daß nicht nur jedes Mitglied des Gemeinderates, sondern auch jeder einzelne Bewohner der Stadt, sich ohneweiters durch Augenschein überzeugen könne, daß alle jene Arbeiten, die im Voranschlage und in den drei Notstandsprogrammen enthalten waren, zum Teile schon vollständig durchgeführt, zum anderen Teile sich in Ausführung befinden, die mit grösstem Nachdruck beschleunigt werde. Lediglich bei einigen Arbeiten, die aber finanziell nicht ausschlaggebend sind, ist eine Verzögerung zu verzeichnen, an der aber die Gemeindeverwaltung unbeteiligt ist. So war es bis jetzt nicht möglich, vom Ministerium für Verkehrswesen die Konzession für den Bau der neuen Strassenbahnlinie nach Inzersdorf zu erhalten, so daß mit dem Bau noch nicht begonnen werden konnte. Ferner ist vom Bund bis jetzt noch immer nicht die Enteignung jener Gründe des Grinzinger Barackenspitals erfolgt, auf denen die Gemeinde das neue städtische Kinderheim erbauen will. Obwohl sich der Bund zu dieser Enteignung verpflichtet hat, wurde sie noch nicht durchgeführt, so daß mit dem umfangreichen Bau nicht begonnen werden konnte. Was die Stadtbahn anlangt, so liegt es vollständig in der Hand der Bundesverwaltung, die Probe auf das Exempel zu machen. In derselben Woche, in der die Gemeinde den Bahnkörper erhält, wird mit den Arbeiten für die Elektrifizierung begonnen werden. Diese Arbeiten werden, wie bereits vorgesehen, nicht nur an einer Stelle, sondern überall, wo dies möglich ist, unverzüglich in Angriff genommen. Wie ernst die Gemeinde dieses Projekt nimmt, geht schon daraus hervor, daß sie alles vorgekehrt hat, damit der notwendige Wagenpark, die Motore, die Weichen und die Oberleitung rasch geliefert werden können. Unter jener vollen Verantwortung, die der Finanzreferent der Gemeinde trägt, kann erklärt werden, daß die für dieses Projekt erforderlichen 177 Milliarden ebenso aus den Kassabeständen gedeckt werden können, wie dies bezüglich der 100 Milliarden für die Vorbereitungen für das neue Bauprogramm der Fall ist. Eine Partei, die es unternehmen würde, wie dies vom Stadtrat Kunschak angedeutet wurde, mit Rücksicht auf die Wahlen einen derartigen Bluff zu unternehmen, würde sich selbst damit das Todesurteil unterfertigt haben. Schon in wenigen Wochen würde die Bevölkerung diesen Bluff wahrnehmen. Wenn aber eine Partei darauf verweisen kann, daß sie alle im Voranschlag vorgesehenen Arbeiten und auch drei Notstandsprogramme vollständig durchführt, so dürfe sie auch darauf Anspruch erheben, daß ihr bezüglich der weiteren Vorlagen Vertrauen entgegengebracht wird.

Stadtrat Kunschak beantragte sodann, daß eine gesonderte Abstimmung über die wohnungspolitische und finanzpolitische Seite des Bauprogrammes vorgenommen werden soll. Der Antrag wurde angenommen und es wurde die Errichtung von 25.000 Wohnungen einstimmig angenommen. Bei der Abstimmung über die vorgeschlagenen Bedeckung enthielten sich die Christlichsozialen der Stimme.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

Erholungsheim für Leichtlungenkranke am Schafberg. Am Mittwoch, den 12.ds. um 4 Uhr nachmittags hat Bürgermeister Reumann die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu der Eröffnung des Tag- und Nachterholungsheimes für Leichtlungenkranke „Kreuzwiese" am Schafberg bei Dornbach eingeladen. Es ist dies die vierte Erholungsstätte dieser Art, die von der Gemeinde im letzten Jahre errichtet worden ist. Sie bietet für 100 weibliche Patienten Raum und wird von Dr. Kassowitz geleitet.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

Für den Fortbetrieb des Leuchtbrunnens. Der Gemeindeverwaltung sind in den letzten Tagen zahlreiche Zuschriften aus der Bevölkerung, sowohl von einzelnen Personen, als auch von Körperschaften zugekommen, in denen der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Leuchtbrunnen nicht völlig außer Betrieb gesetzt werden soll. Wir haben bereits die Zuschrift der Wiener Hoteliere veröffentlicht und heute hat die österreichische Verkehrswerbungsgesellschaft an die Gemeindeverwaltung eine Zuschrift gerichtet, in der es u.a. heisst: „Die Inbetriebsetzung des Leuchtbrunnens auf dem Schwarzenbergplatze während der vergangenen Woche hat neben der allgemeinen Anerkennung durch die einheimische Bevölkerung auch die ungeteilte Bewunderung der zahlreichen in Wien anwesenden Fremden hervorgerufen. Da auch gegenwärtig noch eine verhältnismässig grosse Zahl von Fremden in Wien weilt, ja sogar noch auf einen verstärkten Zuzug gerechnet werden kann, weil im Monat September erfahrungsgemäß von jeher sehr viele Reisende hieher zukommen pflegen, stellt die gefertigte Gesellschaft den Antrag, es möge mit Rücksicht auf die dadurch sicherlich zu erzielende günstige Wirkung auf unseren Fremdenverkehr die Inbetriebsetzung des Leuchtbrunnens auch noch weiterhin durch eine angemessene Spanne Zeit erfolgen." Die Entscheidung der Gemeinde in dieser Angelegenheit wird demnächst gefällt werden.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

Die Installationstätigkeit der städtischen Gaswerke. Die Gemeindeverwaltung ist bekanntlich bemüht, Neuanschlüsse und Zuleitungen von den städtischen Gaswerken in möglichst viele Häuser herstellen zu lassen. Besonders erfolgreich war dieses Bemühen im Monat August. In diesem Monat haben die städtischen Gaswerke in 81 Häuser Mietgaseinrichtungen ausgeführt. Dadurch haben 1129 Wohnungen Gas eingeleitet erhalten. In der gleichen Zeit wurden 2658 Gasmesser neu aufgestellt. Neuanschlüsse und Zuleitungen sind in 157 Häusern ausgeführt worden. Auch der Verkauf von Gasgeräten entwickelt sich sehr günstig. So haben die städtischen Gaswerke im Monat August 1712 Gaskocher, 506 Bratrohre, 103 Aufsatzherde, 286 Gasbügeleinrichtungen, 26 Lampen, 336 Doppelhähne und 19 Heizöfen verkauft. Wie sehr das Gas immer mehr zu einem gebräuchlichen Licht-, Koch- und Heizmittel wird, ist auch daraus zu ersehen, daß die Zahl der Konsumenten unausgesetzt zunimmt. Während am 31. August 1919 nur 239.085 Konsumenten verzeichnet wurden, zählen die Gaswerke am 31. August 1923 bereits 260.358 Abnehmer, so daß eine Zunahme von 21.273 Konsumenten erfolgt ist.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

Zu 10 Sept.

Vergangenheit,so auch in der Zukunft,immerhin in Anleiheform aufzubringen sein.Es muss daher geprüft werden,ob das Budget der Gemeinde eine derartige Belastung verträgt.Ich glaube dies mit gutem Gewissen unter Zugrundelegung der heutigen Verhältnisse bejahen zu können.Die Steuereingänge weisen trotz der Wirtschaftskrise,infolge der stets wachsenden besseren Erfassung,der die Gemeindeverwaltung seit Jahren das grösste Augenmerk zuwendet,eine günstige Entwicklung auf.Obwohl Wien keine höheren Bundeszuschüsse als alle übrigen Länder und Grossgemeinden erhält und mit Ausnahme einiger Luxussteuern auch keine anderen und höheren Abgaben einhebt,war es dadurch in der Lage,drei grosse Notstandsprogrammes in kurzen Zwischenräumen durchzuführen. Darunter haben sich schon Wohnhausbauten mit einem sehr erheblichen Aufwand befunden.Gewisse Notsatdnsarbeiten,wie etwa der Bau der Kinderübernahmsstelle,der grossen Küche im Versorgungsheim Lainz,der Maschinenanlagen in der Grossmarkthalle und die Auffüllung der Inventare,sind schon ihrer Natur nach nicht alljährlich wiederkehrende Belastungen.Es ist daher die Hoffnung berechtigt,dass die Bewältigung dieser neuen grossen Aufgabe im Rahmen des normalden Voranschlages und ohne weitere Belastung der Bevölkerung möglich sein wird.

Stadtrat Breitner beantragte schliesslich,dass der Magistrat zu beauftragen sei,für die Ausführung von fünftausend Wohnungen samt der entsprechenden Anzahl von Geschäftslokalen und Werkstätten für 1924 planmässig alle Vorbereitungen zu treffen.Die hiezu erforderlichen Ausgaben können bis zu dem Betrag von hundert Milliarden Kronen vorschussweise aus den Kassabeständen bestritten werden und sind sodann vierhundert Milliarden Kronen in den nächsten Voranschlag einzusetzen.

Zu diesem Antrage gab der christlichsoziale Gemeinderat Zimmerl die Erklärung ab,dass es sich bei dieser Vorlage doch zunächst nur um eine Willensmeinung des Gemeinderates handle,da ja die Frage der Bedeckung noch nicht formal und endgültig gelöst sei.Seine Partei müsse sich ihre Stellungnahme vorbehalten,da sie noch keine Gelegenheit hatte,sich mit diesem Projekte zu beschäftigen.Die Stellungnahme werde aber zweifellos günstig sein,da alles was geeignet ist,die Wohnungsnot zu lindern,auch auf die Unterstützung der Oppositionrechnen könne. Sehr zu begrüssen sei,dass die Gemeinde nun auch darangehe Geschäftslokale zu errichten,was übrigens auch vom Standpunkt der finanziellen Rentabilität der Bauten eine richtige Massnahme sei.Ebenso stimme er damit überein,dass künftighin für die Wohnungsbedürfnisse jener Kreise, vorgesorgt werden soll,die,wie schon vom Referenten ausgeführt worden ist,durch die Art ihres Berufes auf eine grössere Anzahl von Wohnräumen angewiesen sind.

Der Antrag wurde sodann zum Beschluss erhoben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.
Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y.
Wien, Dienstag, den 11. September 1923.

-.-

Die Wählerlisten können eingesehen werden. Gemäß § 91 der Wahlordnung für den Nationalrat werden die Wählerverzeichnisse in Wien von Mittwoch, den 12.September 1923 bis einschliesslich Dienstag, den 25.September 1923 täglich von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und an Werktagen auch von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Innerhalb dieser Frist ist jedermann berechtigt in die Wählerverzeichnisse Einsicht zu nehmen und davon Abschriften, sowie Vervielfältigungen herzustellen.

Aus der nachfolgenden Uebersicht ist zu entnehmen, wo und in welchen Amtsräumen die Wählerverzeichnisse der einzelnen Wahlorte (Wahlsprengel) aufgelegt werden.

Einsprüche (Reklamationen) gegen die Wählerverzeichnisse kann jeder Bundesbürger innerhalb der Auflegungsfrist wegen Aufnahme vermeintlich Nichtberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Berechtigter erheben. Die Einsprüche können mündlich oder schriftlich bei den unten angegebenen Auflegungsstellen oder beim magistratischen Bezirksamte des Wohnortes eingebracht werden und sind für jeden Einspruchsfall abgesondert zu überreichen.

I.Bezirk: Wahlsprengel Nr. 1 - 18, I., Wipplingerstrasse 8, Altes Rathaus, I.Stiege, II.Stock nächst der Stiege. Wahlsprengel 19 - 36, I., Wipplingerstrasse 8, Altes Rathaus, I.Stiege, II.Stock, Exekutionsamt.

II.Bezirk: Wahlsprengel 1-47, 76-84, 92-96, II., Karmelitergasse 9, Bezirksvertretung, II.Stock, grosser Sitzungssaal. Wahlsprengel 48 - 75, II., Pazmanitengasse 26, Bürgerschule für Knaben, ebenerdig rechts, Klassenzimmer. Wahlsprengel 85 - 90, II., Schüttauplatz 18, Volks- und Bürgerschule für Mädchen, ebenerdig, Ia Klasse. Wahlsprengel 91, 97 - 132, Wolfgang Schmälzlgasse 15, Volksschule für Mädchen, ebenerdig, Ia Klasse.

III.Bezirk: Wahlsprengel 1 - 20, III., Löwengasse 12b, Mädchenvolksschule, Kleiderablage des Turnsaales, ebenerdig, rechts vom Eingange. Wahlsprengel 21 - 47, III., Erdbergstrasse 76, Mädchenvolksschule IIb Klasse ebenerdig, rechts vom Eingange. Wahlsprengel 48 - 66 III., Karl Borromäusplatz 3, Amtsgebäude, Bezirksvertretung, I. Stock, Zimmer Nr.58. Wahlsprengel 67 - 84, III., Hegergasse 20, Knabenvolks- und Bürgerschule, Ic Klasse, ebenerdig links.

IV.Bezirk: Wahlsprengel 1 - 46, IV., Schäfergasse 3, Amtshaus, Stiege I, I.Stock, Kleiner Sitzungssaal der Bezirksvertretung.

V.Bezirk: Wahlsprengel 1 - 77, V., Schönbrunnerstrasse 54, Amtshaus, Sitzungssaal der Bezirksvertretung, I.Stock links.

VI.Bezirk: Wahlsprengel 1 - 45, VI., Amerlingstrasse 6, Bezirksvertretungssitzungssaal, ebenerdig, rechts vom Eingange.

VII.Bezirk: Wahlsprengel 1-50, VII., Hermanngasse 24-28, Amtshaus, I.Stiege, II.Stock links, Zimmer Nr.156 und 157.

VIII.Bezirk: Wahlsprengel 1 - 38, VIII., Schlesingerplatz 4, Amtsgebäude, II.Stock rechts, Zimmer Nr.170.

IX.Bezirk: Wahlsprengel 1 - 76, IX., Währingerstrasse 43, I.Stock rechts, Zimmer neben dem Sitzungssaale.

X.Bezirk: Wahlsprengel 1 - 106, X., Keplerplatz 5, I.Stock, Tür 41, kleiner Sitzungssaal der Bezirksvorstehung.

XI.Bezirk: Wahlsprengel 1-8, 10, 11, 16-20, 23, 25-34, 36, 37, XI., Enkplatz 2, Amtshaus, I.Stock, neben der Bezirksvertretung. Wahlsprengel 9, 12-15, 21, 22, 24, 35, XI., Kaiser Ebersdorferstrasse 65, Volksschule für Knaben und Mädchen, I.Stock, Konferenzzimmer.

XII.Bezirk: Wahlsprengel 1-86, XII., Schönbrunnerstrasse 259, Amtshaus, I.Stock, kleiner Sitzungssaal der Bezirksvertretung.

XIII.Bezirk: Wahlsprengel 1-8, 27-31, 74-85, XIII., Hietzinger Kai 1, Amtsgebäude, Eingang unter dem Turm, Parterre, Zentralsparkasse. Wahlsprengel 9-26, 32-51, XIII., Reinlgasse 19, Knabenbürgerschule, ebenerdig, Konferenzzimmer. Wahlsprengel 52-73, XIII., Hochsatzengasse 22/24 (Ecke Linzerstraße), Bürgerschule für Knaben und Mädchen, Bildhauersaal, Souterrain links.

XIV.Bezirk: Wahlsprengel 1-72, XIV., Dadlergasse 16, I.Stock, Sitzungssaal der Bezirksvertretung.

XV.Bezirk: Wahlsprengel 1-42, XV., Gasgasse 8 bis 10, Amtshaus, I. Stiege, II.Stock links, Sitzungssaal der Bezirksvertretung.

XVI.Bezirk: Wahlsprengel 1-18, 56-74, XVI., Neumayergasse 25, Mädchen-Volks- und Bürgerschule, Turnsaal, ebenerdig rechts. Wahlsprengel 19-45, 75-87, XVI., Richard Wagnerplatz 19, Amtshaus, kleiner Sitzungssaal, I. Stock, links. Wahlsprengel 46-55, 88-118, XVI., Mildeplatz 3, Knabenvolksschule, Turnsaal, ebenerdig, links.

XVII.Bezirk: Wahlsprengel 1-72, XVII., Elterleinplatz 14, Amtshaus, Bezirksvertretungssitzungssaal, I.Stock links.

XVIII.Bezirk: Wahlsprengel 1-61, XVIII., Martinstrasse 100, Amtshaus, II.Stock, großer Sitzungssaal.

XIX.Bezirk: Wahlsprengel 1-13, 24-37, XIX., Gatterburggasse 14, Amtshaus, Ortsschulrat, I.Stock links. Wahlsprengel 14-23, XIX., Hammerschmidtgasse 26, Mädchenvolksschule, ebenerdig, Klassenzimmer, Tür 5.

XX.Bezirk: Wahlsprengel 1-42, XX., Brigittaplatz 10, Amtshaus, I.Stk. Zimmer Nr.136. Wahlsprengel 43-84, XX., Brigittaplatz 10, Amtshaus, I.Stk. Zimmer Nr.137.

XXI.Bezirk: Wahlsprengel 1-27, XXI., Am Spitz 1, magistratisches Bezirksamt, grosser Sitzungssaal der Bezirksvertretung. Wahlsprengel 28 - 40, XXI., Deublergasse 19, Knabenvolksschule, ebenerdig, III.Klasse. Wahlsprengel 41-42, XXI., Dr.Albert Gessmanngasse 187, Knaben- und Mädchen-Volksschule, ebenerdig, I.Klasse. Wahlsprengel 43-49, 68, XXI., Brünnerstrasse 139, Knaben- und Mädchenvolksschule, ebenerdig, Konferenzzimmer. Wahlsprengel 50-51, XXI., Leopoldauerplatz 77, Knaben- Volksschule, ebenerdig, I.Klasse. Wahlsprengel 52-56, XXI., Lorenz-Kellnergasse 15, Knabenbürgerschule, ebenerdig, Lehrmittelzimmer. Wahlsprengel 57-67, XXI. Konstanziagasse 24, Knabenvolksschule, ebenerdig, I.Klasse.

Zu welchen Wahlsprengeln die einzelnen Häuser eines jeden Gemeindebezirkes gehören, ist aus den bei den Auflegungsstellen und bei den magistratischen Bezirksämtern aufliegenden Sprengelverzeichnissen zu entnehmen.

Ueberdies wird gleichzeitig mit der Auflegung der Wählerverzeichnisse in jedem Hause an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen und sichtbaren Stelle (Haustor oder dgl.) eine Kundmachung angeschlagen, welche die Zahl der Wahlberechtigten einer jeden Wohnung nach Türnummern geordnet und getrennt nach dem Geschlechte, sowie den Amtsraum angibt, in welchem das Wählerverzeichnis aufliegt.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

240

Wien,am Mittwoch,den 12.September 1923.

-.-

Unveränderte Gebühren für die Kanalräumung.Für den Monat September betragen die Kanalräumungsgebühren das Zwanzigfache des im August 1914 bezahlten Monatszinses.Diese Gebühren sind daher bereits seit einigen Monaten unverändert.

-.-.-.-.-.-.-

Ein Bericht über die Gemeindeverwaltung.Der letzte Verwaltungsbericht der Gemeinde Wien wurde für das Jahr 1913 herausgegeben.Seit diesem Jahre sind die Berichte über die Stadtverwaltung zuerst wegen der schwierigen Verhältnisse während des Krieges und später wegen der hohen Kosten nicht mehr gedruckt worden.Die Gemeindeverwaltung weis jedoch die Bedeutung,die diesen Berichten zukommt,wohl zu würdigen,weshalb über Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter in der gestrigen Sitzung des Stadtsenates beschlossen wurde,einen Verwaltungsbericht,der die Zeit vom 1.Jänner 1914 bis 3o.Juni 1919 umfassen soll,drucken zu lassen.Das Werk wird in zweitausend Stücken hergestellt.Die Kosten betragen 166 Millionen Kronen.

-.-.-.-.-.-.-

Ein Gemeindedarlehen für die Gemeinschaftsküchen.Der Verein zur Errichtung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen hat bekanntlich vor einigen Tagen auch die eingestellt gewesenen Volksküchen eröffnet und in seinem Betrieb übernommen.Da die Gemeindeverwaltung ein grosses Interesse an einem geordneten Betrieb dieser für breite Schichten der Bevölkerung bestimmten Küchen hat,bewilligte der Stadtsenat in seiner gestrigen Sitzung dem Verein zur Errichtung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen ein Darlehen von 5oo Millionen Kronen zu aussergewöhnlich günstigen Bedingungen.

-.-.-.-.-.-.-

Goldene Hochzeiter. In der vergangenen Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters folgenden goldenenHochzeitspaaren die Ehrengabe der Gemeinde Wien: Jakob und Josefine Hernfeld, II-,Czerninplatz2, Ignaz und Anna Swoboda, X.,Keplerplatz 14, Alois und Therese Wilsch, XI., Sedlitzkygasse 26, Siegmund und Mathilde Isser, XVIII., Martinstrasse 1,und Johann und Marie Uhlíř, XXI.mPilzgasse 10. Gleichzeitig überbrachte Stadtrat Speiser dem goldenen Hochzeitspaare Johann und Kunigunde Allertshammer, XIII., Stuweckengasse 19 die Glückwünsche der Gemeinde Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-

Neue Strassenpflasterungen.Der Stadtsenat hat beschlossen,das Holzpflaster in der Staudingergasse in der Brigittenau wieder instand setzen zu lassen.Die Kosten dieser Arbeit betragen 25o Millionen Kronen.Ferner wurde ein Betrag von 6o Millionen Kronen genehmigt,der für die Neupflasterung der Ignazgasse in Meidling zu verwenden ist.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde bei dem städtischen Finanzreferenten.Am Donnerstag den 13.d.entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Mittwoch, den 12. September 1923. Abendausgabe.

-.-

Die Elektrifizierung der Stadtbahn. Ueber Wunsch des Bundesministers für Finanzen Dr. Kienböck erschienen heute bei dem Minister Vizebürgermeister Emmerling und der Direktor der städtischen Strassenbahnen Spängler, um über die technischen Details der Elektrifizierung der Stadtbahn zu berichten. Direktor Spängler legte dem Minister an der Hand der vollständig ausgearbeiteten Pläne eingehend das Projekt der Elektrifizierung dar. Bundesminister Dr. Kienböck erkundigte sich über die Art der Abwicklung des Lokalbahnverkehres in den Kopfstationen Hütteldorf und Heiligenstadt, worauf Direktor Spängler die entsprechenden Mitteilungen gab. Vizebürgermeister Emmerling ersuchte den Minister, da schon im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Bau rasch begonnen werden müsse, seinen Einfluß geltend zu machen, damit der Gemeinde der Bahnkörper bald übergeben werde. Finanzminister Dr. Kienböck erklärte, daß soweit seine Kompetenz in Betracht käme, die Gemeinde mit einer raschen Erledigung rechnen könne.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Kundmachung über die Wählerliste. Die Kundmachung, welche die Zahl der Wahlberechtigten einer jeden Wohnung enthält und die in den Häusern anzuschlagen ist, wurde bereits allgemein zugestellt. Sollte aber in einzelnen Häusern dies versehentlich unterblieben sein, so kann dies dem magistratischen Bezirksamte mitgeteilt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wettbewerb füt ein Diplom der Kleingartenausstellung. Die Leitung der Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung ladet die Wiener Künstlerschaft zu einem Wettbewerb zur Erlangung eines druckfertigen Diplomes ein. Die Unterlagen hiezu können täglich in der Zeit von 8-4 Uhr in der Ausstellungskanzlei kostenlos behoben werden. Es sind folgende Preise vorgesehen: Für den ersten Preis 4 Millionen Kronen, für den zweiten Preis 3 Millionen Kronen und für den dritten Preis 2 Millionen Kronen. Außerdem werden fünf Entwürfe um den Betrag von je 1 Million Kronen angekauft. Die Jury besteht aus folgenden Herren: Maler Rudolf Bacher, Professor der Akademie der bildenden Künste in Wien, Maler Ferdinand Andri, Professor der Akademie der bildenden Künste in Wien, Bildhauer Josef Müllner, Prorektor und Professor der Akademie der bildenden Künste in Wien, Oberstadtbaurat Architekt Friedrich Jäckel, Leiter des Architekturbüros der Gemeinde Wien, Regierungsrat Dr. Hans Kampffmeyer, Leiter des Siedlungsamtes der Stadt Wien und Gemeinderat Karl Hofbauer, Vorsitzender des Ausstellungskomitees. Die Arbeiten müssen bis längstens Dienstag, den 2. Oktober 1923 um 12 Uhr mittags an den Ausstellungsleiter Architekt G. Michael überreicht werden

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde bei dem städtischen Finanzreferenten. Am Donnerstag, den 13. ds. entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n s y.

Wien, Donnerstag, den 13. September 1923.

241

Die Sterblichkeit im Juli. Im Monat Juli starben in Wien 1970 Personen. Da im Monat Juni 1986 Todesfälle gezählt wurden, ergibt sich eine Verminderung von 16 Fällen. Stark zurückgegangen ist die Sterblichkeit gegenüber dem Monat Juli 1922, da sie in diesem Monat nicht weniger als 2212 Fälle betrug. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf organische Herzkrankheiten, die in 370 Fällen den Tod herbeiführten.

Ein Lortzingmanuskript für die Stadtbibliothek. Die Musiksammlung der Stadtbibliothek hat durch die Erwerbung der Handschrift einer Komposition aus der Wiener Revolution des Jahres 1848 eine wertvolle Bereicherung erfahren. Es handelt sich um die Vertonung von Gajetan Cerris Gedicht „Die Garde der Nation" durch G.A.Lortzing, den bekannten Komponisten des „Waffenschmid" und „Czar und Zimmermann". Das Gedicht war in Bäuerle's „Theaterzeitung" am 10.Mai 1848 erschienen und Lortzing vertonte es nach der Datierung auf dem vollsignierten Autograph vom 16.Mai für eine Solostimme mit Chor und Klavierbegleitung. Der Komponist war bekanntlich im Jahre 1846 nach dem Erfolge seines „Waffenschmid" als Kapellmeister an das Theater an der Wien berufen worden. Die Freiheitskämpfe des Jahres 1848 begeisterten ihn, den Freund Robert Blum's, zu einer ganzen Reihe von Kompositionen, deren bekannteste vier Männerchöre sind, die er im März und April über Texte von A.Fischer, K.Rick, Dr.Jurende und Buchheim schrieb und die auch „Wiens hochherzigen Studenten achtungsvoll gewidmet" im Druck erschienen. Das eingangs erwähnte Lied wurde anscheinend nicht gedruckt, so daß seine Erwerbung durch die städtischen Sammlungen von umso grösserem Wert ist.

Die Vergebung der Stadtbahnkioske. Der Landesverband Wien der Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen hat sofort, als die Absicht der Gemeinde, die Stadtbahn zu elektrifizieren, bekannt wurde, dem Referenten für die städtischen Unternehmungen Vizebürgermeister Emmerling ein schriftliches Ansuchen überreicht, in dem ersucht wird, daß die vorhandenen Kioske in den Stadtbahnhaltestellen, vor allem die Tabaktrafiken und Buffetts ausschliesslich Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen überlassen werden sollen. Heute sprach nun unter Führung des Präsidenten des Landesverbandes Brandeisz bei Vizebürgermeister Emmerling eine Abordnung der Kriegsinvaliden vor, um eine günstige Erledigung zu erwirken. Präsident Brandeisz wies darauf hin, daß die Kriegsgeschädigten unter den Abbaumaßnahmen der Regierung doppelt zu leiden haben, da alle über das Gesetz hinausgehenden Fürsorgeeinrichtungen, die schon früher unzulänglich waren, nunmehr gänzlich eingestellt worden sind. Leider komme auch die Arbeitsfürsorge nicht zur Geltung, da das Gesetz über die Einstellung Kriegsbeschädigter im Betriebe nicht beachtet werde. Da nunmehr die Gemeinde daran geht, die Stadtbahn zu elektrifizieren, wäre es für die Kriegsopfer von großem wirtschaftlichen Vorteil, wenn man ihnen diese Verkaufsstellen in den Stadtbahnstationen überlassen , wodurch ihre wirtschaftliche Not gelindert werden würde. Vizebürgermeister Emmerling antwortete, daß die Gemeindeverwaltung mit dem grössten Nachdrucke die Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium wegen der Ueberlassung des Bahnkörpers betreibe und selbstverständlich den Kriegsopfern die notwendige Unterstützung nicht versagen werde, sobald die Vergebung dieser Kioske spruchreif geworden sei.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Donnerstag,den 13.September 1923.Abendausgabe.

-.-

Das angebliche Baumonopol der Gemeinde.Im Zusammenhang mit dem vom Stadtsenate beschlossenen neuen Bauprogramm der Gemeinde wurde vielfach in der Oeffentlichkeit behauptet,dass damit ein förmliches Baumonopol für die Stadt geschaffen worden wird.Insoweit dabei angenommen wird,dass bei allen diesen künftigen Bauten etwa die Ausführung unmittelbar durch das Stadtbauamt erfolgt und das private Baugewerbe ausgeschaltet wird,liegt ein Irrtum vor.Das Stadtbauamt beschränkt sich vielmehr seit jeher darauf,die Bauaufsicht zu führen,vielfach auch die Pläne auszuarbeiten,während die eigentlichen Bauarbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung an den Bestbieter vergeben werden.Die Gemeinde beabsichtigt auch nicht im geringsten daran künftig etwas zu ändern.In diesem Jahre wurden die Bauten der Gemeinde von den Firmen Reformbaugesellschaft,H.Rella & Co;Gemeinnützige Baugesellschaft"Grundstein",Korn Aktiengesellschaft,Karl Lachner,Vaterländische Baugesellschaft,Ing.R.Beck,Wiener Baugesellschaft,Universale Baugesellschaft,Alfons Klappholz,Albrecht Michler,Janesch & Schnell, Trilety & Fahnler,Gustav Menzel als Baumeister ausgeführt.Aber auch bei der Ausarbeitung der Pläne wurden die Architekten keineswegs ausgeschaltet.Es sind schon jetzt grosse Bauten auf Grund der Entwürfe der Architekten Schmid & Aichinger,Robert Oerley,Robert Kalesa,Kaym & Hejmanek,Karl A.Krist,Hubert Gessner zum Teile schon vollendet, zum Teile werden sie ausgeführt.In der nächsten Zeit wird den Privatarchitekten noch weit mehr als bisher,Gelegenheit gegeben werden, für die Gemeinde zu wirken.Es kann daher kaum von einem Monopol gesprochen werden,es sei denn in dem Sinne,dass die Gemeinde Wien es eben allein ist,die ohne Rücksicht auf die Verzinsung des aufgewendeten Kapitales im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt Wohnhausbauten errichtet.Es hindert aber niemand,etwa die Bundesverwaltung,sich daran zu beteiligen,wie sie dies bis zum Jahre 1922 auch getan hat, ja gegenwärtig noch in allen Bundesländern,jedoch Wien ausgenommen, tut!Das Bundesministerium für Verkehrswesen errichtet vielfach ausserhalb Wiens für Eisenbahner Wohngelegenheiten,während es in Wien gar nicht baut,obwohl doch ein sehr erheblicher Teil der Wiener Wohnungsnot durch das Zuströmen von deutschen Eisenbahnern aus den Nachfolgestaaten zurückzuführen ist.Auch sonst ist die private Bautätigkeit durch irgend ein städtisches Monopol nicht im geringsten behindert.Die Gemeinde Wien hat vielmehr durch ein eigenes Gesetz vom 3o.September 1921 eine dreissigjährige vollständige und uneingeschränkte Steuerfreiheit für alle Bauten festgelegt.Dabei ist es völlig gleichgiltig,ob es sich um Klein-oder Luxuswohnungen,Geschäftshäuser oder Fabriken,Werkstätten oder auch nur um Aufbauten,Umbauten oder Zubauten handelt,sie sind alle längst von jeder Steuer befreit.Ferner wurde durch einen eigenen Beschluss des Gemeinderates festgelegt,dass alle diese neuerstellten Räume nicht angefordert werden können.Trotz aller dieser weitestgehenden Begünstigungen betätigt sich das Privatkapital nicht,weil heute der Bau einer Wohnung,die Zimmer, Kammer und Küche umfasst,ohne die Kosten des Baugrundes,auf rund achtzig Millionen Kronen zu stehen kommt.Selbst wenn für die Verzinsung und Amortisierung nur zehn Prozent jährlich gerechnet werden,was bei den gegenwärtigen Verhältnissen am Geldmarkt keineswegs verlockend ist, ergeben sich acht Millionen Kronen jährliche Miete.Dazu kommen aber noch die Erhaltungskosten,die Hausbeleuchtung,die Kanalräumung und Rauchfangkehrung,was die Miete noch erheblich steigern würde.Solche Mietzinse haben natürlich zur Folge,dass die Wohnungen nicht vermietet werden würden.Es ist also ausschliesslich die Gemeinde Wien,die in ihren,überdies viel hygienischer neugebauten Wohnungen,ohne Rücksicht auf die Rentabilität,nur die ortsüblichen Mietzinse verlangt, wie sie eben als Wirkung des Mietenschutzgesetzes in den alten Häusern für derartige Wohnungen gelten.Um allen gegenteiligen Behauptungen entgegenzutreten,sei ausdrücklich festgestellt,dass dies bezüglich aller bereits von der Gemeinde hergestellten Wohnungen so geschieht und auch bei den zu errichtenden 25.ooo neuen Wohnungen in genau der gleichen Weise gehandhabt werden wird.

- -.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Verhandlungen über die Elektrifizierung der Stadtbahn.Gegenüber den Meldungen über besondere Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zwischen der Gemeinde und dem Verkehrsministerium wegen der Elektrifizierung der Stadtbahn sei festgestellt,dass es sich dabei an und für sich für die Bundesbahnen keineswegs um einfache Probleme handelt,da auf alle die Verkehrsmöglichkeiten,die bisher die Stadtbahn geboten hat,verzichtet werden soll.Auch die Fragen der gemeinsamen Endstationen Hütteldorf und Heiligenstadt und der gemeinsam zu benützenden Station Hauptzollamt sind sehr kompliziert.Werden diese Fragen berücksicht,dann kann von einem schleppenden Gang der Verhandlungen nicht gesprochen werden.Es ist übbigens in manchen wichtigen Fragen bereits eine Uebereinstimmung erzielt worden.Jedenfalls vollzieht sich die Auseinandersetzung in unmittelbarer mündlicher Aussprache und wird jeder Aktenverkehr ausgeschaltet,so dass jede bürokratische Schwerfälligkeit vermieden wird.Es kann daher wohl erwartet werden,dass in nicht allzu langer Frist diese für die Bevölkerung so wichtige Angelegenheit derart von den Fachleuten durchberaten sein wird,dass sich das Verkehrsministerium grundsätzlich entscheiden kann,ob es der Elektrifizierung zustimmt.Die Gemeinde hat auch nie die Absicht geäussert,durch ungesetzliche Mittel auf die Regierung einen Druck auszuüben.Sollte der Entschluss des Verkehrsministeriums für die Elektrifizierung erfolgen,so wird die Gemeinde unverzüglich alle Vorkehrungen treffen,die zu einer raschen Inbetriebsetzung der Stadtbahn erforderlich sind.Es kann dann sofort die Lieferung für den Fahrpark und die Weichen,sowie die elektrische Oberleitung ausgeschireben und vergeben werden.Diese Arbeiten erfordern einen Betrag von ungefähr hundert Milliarden Kronen,gegenüber den mit 17o Milliarden Kronen veranschlagten Gesamterfordernisse.Mit den massgebendsten Firmen der einzelnen Branchen verhandelt die Direktion der städtischen Strassen bereits seit einiger Zeit,damit sie möglichst kurze Lieferungstermine stellen können.Es liegen auch wegen der Weichen,die in Oesterreich nur von zwei Firmen erzeugt werden können,günstige Zusagen vor.Am Bahnkörper selbst,können,wenn er einmal der Gemeinde übergeben wird,gewisse Aenderungen an den Geleiseanlagen sofort begonnen werden.Zug um Zug vollzieht sich sodann nach dem bisher stets üblich gewesenen Gepflogenheiten die Vorlage und Annahme der Detailprojekte,bei denen diesmal das Verkehrsministerium als Aufsichtsbehörde zu entscheiden hat.Einzelne dieser Detailprojekte,wie die Tunnelanlage bei Heiligenstadt erfordern eine längere Frist,andere wie Rampenführungen,Unterstationen und Wagenhallen beansprachen kürzere Zeit.Es muss aber betont werden,dass es durchaus möglich ist,mit den Arbeiten zu beginnen und sie unausgesetzt zu verstärken,so dass im Sommer 1924 der Verkehr aufgenommen werden kann.Vizebürgermeister Emmerling und Strassenbahndirektor Spängler waren heute wieder bei dem Bundesminister für Verkehrswesen,um über die weiteren Verhandlungen Rücksprache zu nehmen,wobei der Minister neuerdings die rasche Fortführung der Verhandlungen zusagte.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o n a y .

242

Wien, Freitag, den 14.September 1923.

Englische Wohnungsreformer im Rathause. Heute Vormittag wurden 45 Mitglieder der Vereinigung der englischen Wohnungsreformer, die zu Studienzwecken nach Wien gekommen waren, vom Bürgermeister Reumann empfangen. Zu dem Empfang waren auch der Leiter des städtischen Wohnungsamtes Stadtrat Weber und der Leiter des Siedlungsamtes der Stadt Wien Dr. Kampffmeyer erschienen. Gemeinderat Dr.Scheu stellte die ausländischen Gäste dem Bürgermeister vor und wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß die englischen Wohnungsreformer, dadurch berühmt geworden sind, daß sie immer getrachtet haben einen innigen Kontakt mit den Wohnungsreformern der ganzen Welt zu suchen. Auch in den letzten Jahren nach dem Kriege,haben sie sich bemuht,die internationalen Verbindungen wieder herzustellen und im Zeichen dieser Völkerverständigung erfolgte auch die Reise nach Wien. Bürgermeister Reumann bezeichnete es als eine besondere Genugtuungm die Vertreter der führenden Gesellschaft für Wohnungsreform und Städtebau in England im Wiener Rathause begrüssen zu können. Es sei nicht das erstemal, daß Wien den Vorzug hat, einen grösseren Kreis englischer Wohnungsreformer zu empfangen. Es sei nur an den internationalen Wohnungskongreß vom Jahre 1910 erinnert. Die Stadt Wien habe auch bei der Entwicklung des Siedlungswesens in den letzten Jahren überaus wertvolle Anregungen von der viel älteren englischen Bewegung empfangen. Die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens ist ganz jungen Datums. Im Rathause hatten bis zum Umstürz die Vertreter der Haus- und Grundbesitzer den ausschlaggebenden Einfluß, wodurch jede tatkräftige städtische Wohnungspolitik verhindert wurde. Der ganze Kleinwohnungsbau ist dem freien Spiel der Kräfte überlassen worden. Von rund 541.000 Wohnungen, die am Ende des Krieges gezählt wurden, waren nicht weniger als 72 Prozent Kleinwohnungen, die aus ein bis zwei Räumen und einer meist nur indirekt vom Gange beleuchteten kleinen Küche bestanden. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die der wirtschaftliche Zusammenbruch Oesterreichs für die Gemeinde mit sich brachte, hat die neue Gemeindeverwaltung doch beträchtliche, von Jahr zu Jahr wachsende Aufwendungen für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, vor allem für den Bau neuer Wohnungen, gemacht. Diese Aufwendungen sind von rund 35 Millionen Papierkronen oder 1.89 Millionen Goldkronen in dem Zeitraum vom Juli 1919 bis 1920 auf rund 225 Milliarden Papierkronen oder 18 Millionen Goldkronen gestiegen. Die Gemeinde hat in den Jahren 1919 bis 1923 immerhin 6926 Wohnungen geschaffen. Bei ihrer Wohnungspolitik ließ sich die Gemeinde vor allem davon leiten, daß die Wohnungskultur gehoben werde. Daher wurde auch der neu entstandenen Siedlungsbewegung ein tatkräftiges Interesse entgegengebracht. Der Bürgermeister gab schließlich seine aufrichtige Freude über den Besuch Ausdruck, worauf der frühere Bürgermeister von Plymouth, Stadtrat Winnicott für den herzlichen Empfang dankte und namens der Gäste versicherte, daß die Entwicklung der Stadt Wien den Engländern große Freude bereite. Auch in England gäbe es eine Not an Wohnungen und es sei besonders schwierig, für die wohnungslosen Arbeiter, die erforderlichen Wohnräume aufzubringen. Die englischen Wohnungsreformer wollen, daß jedermann sein Häuschen und seinen Garten bekomme. Nach einer kurzen Erwiderung des Bürgermeisters wurden die Gäste in den Festsaal des Rathause geführt, wo sie die dort ausgestellten Tabellen und Modelle des Wohnungs- und Stadtbauamtes, die noch von der Kleingarten- Siedlungs- und Wohnbauausstellung vorhanden sind, besichtigten. Sie wurden dann von dem Generalsekretär des Verbandes für Siedlungswesen.Dr.Neurath auf dem Rathausplatz geführt, wo sie die von der „Gesiba" errichteten Siedlungshäuschen zu sehen Gelegenheit hatten. Die Gemeinde Wien wird den ausländischen Gästen auch ihre Siedlungs- und Wohnhausbauten zeigen.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .
Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Samstag, den 15. September 1923.

-.-

Sitzungen im Rathause. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr und der Gemeinderat als Landtag am Freitag um 4 Uhr Sitzung. An die Landtagsitzung schliesst sich eine Sitzung des Gemeinderates an.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Große Erneuerungsarbeiten im Rathause. Seit Kriegsbeginn, also nahezu neun Jahre, sind die erforderlichen Instandhaltungsarbeiten im Rathause fast gänzlich unterblieben. Die Gemeindeverwaltung ist bestrebt die Arbeitslosigkeit einzudämmen und es wird nun das Neue Wiener Rathaus gründlich repariert. Durch diese Arbeiten werden vor allem die Wiener Steinmetze und Bildhauer beschäftigt, da die Untersuchungen gezeigt haben, daß die Schäden an den Schauflächen des Neuen Rathauses sehr groß sind, so daß im Rathause eine eigene Werkstätte errichtet warden musste, in der gegenwärtig 40 Steinmetze und Bildhauer arbeiten. Es müssen nämlich viele verwitterte Steinteile erneuert werden. Infolge der großen Ausdehnung des Gebäudes wird die vollständige Restaurierung der Schauflächen ungefähr drei bis vier Jahre dauern. Auch das Rathausdach ist infolge der Sturmschäden ziemlich schadhaft und es werden große Flächen gänzlich neu eingedeckt. Das Dach besteht aus 10.000 Quadratmetern Blech - und 14.000 Quadratmetern Schiefereindeckung. Außerdem wird in dem 400 Quadratmeter großen Keller, das nicht mehr notwendige Kesselhaus abgebrochen und eine Hauswerkstätte errichtet. Ferner werden die Freitreppe vor dem Rathaus und der Gehsteig um das Rathaus, die Bleiverglasungen in der Volkshalle und in den Stiegenhäusern instandgesetzt. Auch die Rathauskellerlokalitäten werden gründlich gereinigt. Im Volkskeller wird eine neue Heizung- und Belüftungsanlage hergestellt. Die künstlerische Malerei in sämtlichen Räumen wird durch die akademischen Maler Professor Ranzoni, Hassmann und Gsur ausgebessert. Schliesslich werden noch die grösseren Säle im Rathause gründlich instandgesetzt.

Die Arbeiten werden unter der Leitung des Stadtbauamtes von privaten Firmen ausgeführt. Die Gemeinde lässt sich dabei von dem Grundsatze leiten, daß das Neue Wiener Rathaus in seiner historischen und künstlerischen Bedeutung erhalten bleiben soll und hat daher für diese Instandsetzungs- und Umgestaltungsarbeiten einen Betrag von 12 Milliarden Kronen bewilligt. An allen den angeführten Ausbesserungen wird bereits seit vielen Wochen gearbeitet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die neue Wagenhalle im Strassenbahnhof Ottakring. Am Dienstag wird die grosse Wagenhalle im Strassenbahnhof Ottakring zum erstenmale benützt werden. Sie bietet auf vierzehn Geleisen für 98 Wagen Raum. Die Halle wurde in 200 Arbeitstagen vollendet und betragen die gesamten Baukosten 4.9 Milliarden Kronen. Die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten wurden von der Baugesellschaft Karl Korn und die Dachkonstruktion von der österreichischen Stefansdachgesellschaft ausgeführt. Die Halle ist 76 m lang und 49 m breit. Der Bau ist in modernster und sparsamster, jedoch zweckentsprechender Bauweise errichtet. In einem Anbau an die Wagenhalle sind Kanzleiräume, ein Materialmagazin, eine Betriebsküche mit einem Speiseraum und die erforderlichen Nebenräume untergebracht.

Durch diese neue Wagenhalle ist nunmehr der im Strassenbahnhof Ottakring bestandene Platzmangel vollständig behoben. Es wird aber außerdem noch möglich sein, daß die Linie J2 von dieser Wagenhalle aus geführt werden kann. Dies bedeutet einen großen finanziellen Erfolg, weil diese Linie, die in nächster Nähe des Bahnhofes Ottakring endet, bisher von dem entfernt gelegenen Bahnhof Hernals betrieben werden musste, was ganz bedeutende Kosten verursacht hat.

Im Zusammenhang mit dieser Entlastung des Strassenbahnhofes Hernals wird nun auch ein schon lange gehegter Wunsch der Bevölkerung erfüllt werden. Die Züge der Linie C, die jetzt nur in der Alserstrasse bis zur Langegasse verkehren, werden von Dienstag an über die Ottakringerstrasse bis in den Strassenbahnhof Hernals geführt. Durch diese Verlängerung der Linie C wird auch die ganztägige Führung der Linie 44 überflüssig, weshalb die Züge dieser Linie nur mehr in den Stunden des stärksten Verkehrs geführt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

Verbesserung der Strassenbahnlinie 48. Ueber den unregelmässigen Verkehr der Strassenbahnlinie 48 wurde wiederholt geklagt. Die Direktion der Strassenbahnen hat daher das aufgelassene Schöpfwerk in der Teichgasse angekauft und in eine Personalablösestelle umgewandelt. Der Kostenaufwand hiefür betrug 77 Millionen Kronen. Dadurch ist es möglich geworden, daß die Linie 48 nurmehr ab Teichgasse betrieben werden kann. Bisher mussten nämlich wegen der Personalablösung jeder zweite Zug der Linien 44 und 48 in den Bahnhof Hernals geführt werden und diese getrennten Endstellen verhinderten einen regelmässigen Verkehr. Die neue Linienführung erfolgt zum erstenmale am Dienstag.

-.-.-.-.-.-.-.-

Bahnhofrundverkehr. Am Sonntag, den 16.ds. werden die Züge im Bahnhofrundverkehr in beiden Fahrtrichtungen normal geführt. Von Montag, den 17. ds. bis einschliesslich Samstag, den 22.ds. wird der Bahnhofrundverkehr zwischen Mariahilferstrasse und Matzleinsdorferplatz in der Fahrtrichtung vom Westbahnhof zum Südbahnhof über die Linie 6 und am Montag, den 17.ds. außerdem zwischen Matzleinsdorferplatz und Favoritenplatz in beiden Fahrtrichtungen über die Gudrunstrasse - Favoritenstrasse - Laxenburgerstrasse geleitet.

-.-.-.-.-.-.-.-

Ausschreibung von Jugendarztstellen. Für die ärztliche Fürsorge für Säuglinge, Kleinkinder, Schulpflichtige und Jugendliche kommen bei den städtischen Bezirksjugendämtern mehrere Jugendarztstellen zur Besetzung. Diese Aerzte werden vertragsmässig bestellt und sind verpflichtet dreimal wöchentlich während zwei Stunden in den ärztlichen Mutterberatungsstellen ärztlichen Rat zu erteilen. Die monatliche Entschädigung hiefür beträgt ungefähr 850.000 K. Bewerber um diese Stellen müssen die österreichische Staatsbürgerschaft, das Doktorat der gesamten Heilkunde und eine Spezialausbildung in der Kinderheilkunde und Säuglingsfürsorge nachweisen. Die Gesuche sind bis längstens 10.Oktober an das städtische Gesundheitsamt I., Rathausstrasse 9, zu richten. Nähere Auskünfte erteilt auch das dort befindliche Jugendamt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Ein Schulbrausebad in Döbling. Um der Schuljugend des Döblinger Bezirksteiles „In der Krim" eine Badegelegenheit zu bieten, wird die Gemeinde in der dortigen Schule ein Brausebad einrichten. Dieses Brausebad wird im Untergeschosse der Schule untergebracht und einen Umkleideraum, einen Brauseraum, sowie die erforderlichen Abortanlagen erhalten. Im Umkleideraum werden Bänke mit Kleiderrechen und im Baderaume zwölf Brausezellen aufgestellt. Da die Schule durchwegs mit Gasöfen beheizt wird, wird auch die Badeanlage mit Gasautomaten beheizt. Die Gesamtkosten dieser Anlage betragen 203.5 Millionen Kronen. Die Arbeiten werden im kurzen Wege durch das Stadtbauamt vergeben, so daß in kürzester Zeit diese Badeanlage benützt werden wird können.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Samstag,den 15.September 1923.Abendausgabe.

-.-

Die täglichen Marktberichte der Gemeinde.Um während des Krieges,als der Mangel an Waren immer stärker wurde,die Marktlage überblicken zu können,wurde die tägliche Berichterstattung der einzelnen Marktamtsabteilungen in Wien über die Beschickung der Märkte und die Höhe der Preise eingeführt.Da nunmehr die Marktzufuhren andauernd befriedigend sind und offenbar aus diesem Grunde den Berichten des städtischen Marktamtes kein Interesse entgegengebracht wurde,sind sie eingestellt worden.Hiedurch werden die ohnedies sehr stark belasteten Marktamtsbeamten von einer Arbeit enthoben,die täglich mehr als sechzig Stunden erforderte.Die wöchentlichen Marktberichte werden selbstverständlich ungekürzt ausgegeben.

-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe. Am Freitag überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den goldenen Hochzeitspaaren Karl/Johanna Drögmler, XVI., Huttengasse 83, Leopold und Antonie Harrer, XIX.,Strassergasse 3 und Moritz und Elisabeth Grohs, XX., Traunfelsgasse 7 die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-

Das städtische Bäderwesen. Stadtbaurat Ingenieur Johann Barousch hält am Freitag, den 12.Oktober um 7 Uhr abends, im Kleinen Saale der Urania einen Vortrag über das Bäderwesen der Gemeinde Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-

Blätter für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien.Soeben ist das Doppelheft Juli-August dieser Zeitschrift erschienen,das eine Reihe sehr interessanter Aufsätze über Wohlfahrtswesen und Jugendfursorge enthält Der Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes Dr.Franz Freunlich berichtet über die Erholungsfürsorge der Gemeinde Wien.Frau Olly Schwarz schildert die Wichtigkeit der Einbeziehung der Berufsberatung in den Wirkungsbereich der Gemeinden und der Referent der Gemeinde Wien für Tuberkulose Dr.Alfred Götzl behandelt die Leistungen der Gemeinde Wien für Tuberkulöse.Direktionsrat Josef Knauer gibt beachtenswerte Anregungen für die Verfassung des Voranschlages der Wohlfahrtsanstalten. Jugendanwalt Fink bespricht die Durchführung des Kinderarbeitsgesetzes Auch das Material über die Armen-und Wohlfahrtspflege,sowie ein Aufsatz von Obermagistratsrat Dr.J.Suttner über die Organisation der Einhebung der Krankenbeförderungsgebühren wird allen in der Fürsorge tätigen Personen willkommen sein.Das Blatt erscheint jeden zweiten Monat und sind alle Zuschriften an den Schriftleiter Obermagisrtatsrat Dr. F.Karner,Wien,III.Linke Bahngasse 3 zu richten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Abschiedfeier im Lehrlingserholungsheim. Die Aktion „Lehrlinge aufs Land" hat in Bruck a.d.Leitha ein großes Erholungsheim eingerichtet.Diese Anstalt wird nun in den nächsten Tagen geschlossen und es haben die dort befindlichen 200 Pfleglinge gestern eine Abschiedsfeier veranstaltet. Nachdem für die Unterhaltung von den Lehrlingen selbst gesorgt worden war, hielt der Leiter der Aktion August Marianek eine kurze Abschiedsrede, in der er auf die gesundheitlichen Vorteile der Erholungsheime für die erwerbstätige Jugend verwies. - Am 5.Oktober werden für das Erholungsheim in Fischau a.d. Schneebergbahn neue Pfleglinge aufgenommen. Anmeldungen müssen schon jetzt bei der Lehrlin gsfürsorgeaktion I., Hofgartengasse 3 erfolgen.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y.

244

Wien, Montag, den 17. September 1923.

.-.

Eine neue Telefonanlage im Rathaus. Gegenwärtig wird der Fernsprechverkehr in und mit dem Rathause durch eine Hauszentrale vermittelt, die durch 35 Linien mit der staatlichen Zentrale verbunden ist. Die Telefonanlage im Ratnaus ist sehr alten Ursprungs und infolge der starken Abnützung kann die Hauszentrale trotz hingebenden Pflichteifers des Bedienungspersonales schon seit Jahren den Ansprüchen nicht mehr gerecht werden. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß über den Telefonischen Verkehr mit dem Rathause seit Jahren geklagt wird. Die Gemeindeverwaltung hat daher schon im Voranschlag für das Jahr 1923 einen Betrag von 9 Milliarden Kronen bewilligt, der dazu dienen soll, dass eine neue moderne Telefonanlage im Neuen Wiener Rathaus errichtet werden kann. An den Arbeiten für diese neue Anlage wird bereits seit Monaten emsig gearbeitet. Die neue Anlage wird am Dachboden des Rathauses untergebracht werden. Die Gemeindeverwaltung hat sich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit eines gut funktionierenden Fernsprechers entschlossen, daß die Telefonanlage nach dem modernsten System als automatische Anlage gebaut und derart eingerichtet wird, daß der interne Verkehr und der Anruf der Staatszentrale vollständig automatisch, nur durch Betätigung der Nummerscheibe des Anrufenden erfolgt und daher nur Rufe von Aussen vom Bedienungspersonale vermittelt werden müssen. Auch die Fernsprecher des Amtshauses Ebendorferstrasse und Landesgerichtsstrasse werden in die neue Anlage einbezogen. Aufgestellt werden zuerst 450 Sprechapparate, wobei jedoch vorgesorgt wird, daß die Zahl der Sprechstellen ohne weiters auf 900 erhöht werden kann. Die Lieferung der Apparate wurde der Firma Siemens und Halske übertragen. Nach Fertigstellung der neuen Anlage, wird das Rathaus die modernste und großzügigst eingerichtete Privattelefonzentrale besitzen. Es wird dann der telefonische Verkehr mit dem Rathaus sich vollständig klaglos abwickeln.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Keine Totenbeschaugebühren. Seit Mai 1921 hat die Gemeindeverwaltung die Totenbeschau- und Totenbeschreibgebühren nicht mehr erhöht. Gegenwärtig beträgt die gesamte Einnahme auf das Jahr gerechnet acht Millionen Kronen so daß nicht einmal die Einhebungskosten bedeckt werden. Die Gemeinde wird eine entsprechende Valorisierung dieser Gebühren nicht vornehmen, sondern sie bis auf weiteres nicht mehr einheben.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Die Strassenbahn in die Freudenau und nach Stebersdorf. Am Samstag, den 25.ds. werden die beiden neuen Strassenbahnlinien in die Freudenau und nach Strebersdorf, die im ersten Notstandsprogramm enthalten sind, vollständig fertiggestellt sein. Die beiden Linien werden an diesem Tage im Beisein der Mitglieder des Gemeinderates und der Pressevertreter eröffnet und wird sofort nach der Eröffnungsfeier der allgemeine Verkehr aufgenommen werden.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Aenderung der Strassenbahnlinie C. Durch den Bau der großen Wagenhalle im Strassenbahnhof Ottakring ist es nunmehr möglich geworden, daß die allgemein verlangte Verbesserung der Strassenbahnlinie C durchgeführt werden kann. Die Züge dieser Linie, die jetzt nur in der Alserstrasse bis zur Langegasse verkehren, werden von morgen (Dienstag) an über die Ottakringerstrasse bis in den Strassenbahnhof Hernals geführt. Durch diese Verlängerung der Linie C wird auch die ganztägige Führung der Linie 44 überflüssig, weshalb die Züge dieser Linie nurmehr in der Zeit des stärksten Verkehrs geführt werden.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Keine Sprechstunde beim städtischen Wohlfahrtsreferenten. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Montag,den 17.September 1923.Abendausgabe.

-.-

Gemeinderätin Rudolfine Fleischner gestorben. Heute vormittags starb nach langem schweren Leiden das Mitglied des Wiener Gemeinderates Frau Rudolfine Fleischner. Sie stand im fünfzigsten Lebensjahre und gehörte dem Gemeinderat, in den sie von der sozialdemokratischen Partei als Vertreterin des neunten Bezirkes entsendet worden war, seit 4. Mai 1919 an. Die Verstorbene entfaltete vor allem im Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge eine rege Tätigkeit und selbst zu der Zeit, als ihr Krebsleiden, dem sie jetzt erlegen ist, schon ziemlich weit vorgeschritten war, gehörte sie noch immer zu den emsigsten Mitarbeiterinnen im kommunalen Fürsorgewesen. Sie war auch in vielen Unterausschussen tätig, in denen sie überall mit viel Liebe und Fleiss ihren Pflichten nachkam. Seit ungefähr drei Monaten musste sie jeder Tätigkeiten entsagen, da ihr Krankheitszustand sich immer mehr verschlimmerte. Bürgermeister Reumann hat an den Gatten der Verstorbenen ein Beileidsschreiben gerichtet. Wegen des Leichenbegängnisses werden noch nähere Mitteilungen erfolgen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde bei dem städtischen Wirtschaftsreferenten. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Kokrda.

-.-.-.-.-.-.-

Eine Gemeindesubvention für den Verein „Zentralbibliothek". Der städtische Finanzausschuss hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Gemeinderates Hiess beschlossen, dem Verein „Zentralbibliothek" eine Subvention von 50 Millionen Kronen zu gewähren. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Bautätigkeit der Elektrizitätswerke. Im laufenden Jahre werden von den städtischen Elektrizitätswerken 44 Hochbauten errichtet. Davon sind bereits 19 vollständig fertiggestellt, im Bau befinden sich 16 und 9 Objekte werden noch in diesem Monat zu bauen begonnen. Diese Bauten umfassen 24 Wohnhäuser mit 95 Wohnungen, 2 Wohlfahrtsgebäude, 1 Kesselhaus, 2 Werkstättengebäude, 2 Maschinenhäuser, 1 Schalthaus für die Opponitzer Wasserkraftanlage in Floridsdorf und 1 Brikettfabrik. Von den Bauten werden 10 in Wien, 15 in Ebenfurth und 19 in Zillingdorf errichtet. An den Baustellen werden durchschnittlich 2100 Personen beschäftigt und beträgt das Kostenerfordernis für die baulichen Ausführungen ohne Einrichtung rund 35 Milliarden Kronen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Bezirksvertretung Margareten für die elektrische Stadtbahn. Die heutige ausserordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten beschäftigte sich ausschliesslich mit dem Plane der Gemeinde, die Stadtbahn zu elektrifizieren. Es wurde einstimmig ein Antrag der sozialdemokratischen Bezirksräte Leissner und Hein angenommen, in dem vor allem darauf verwiesen wird, dass die Bevölkerung infolge der Einstellung der Stadtbahn schwer getroffen wurde und die von der Gemeindeverwaltung vorgeschlagene Reform den Verkehr nicht nur ermöglichen, sondern auch noch verbessern würde. Schliesslich wird die Umstellung der Stadtbahn von dem Dampfbetrieb auf den elektrischen Betrieb die Arbeitslosigkeit in einem erheblichen Umfang mildern. Mit Rücksicht auf diese Gründe sieht sich die Bezirksvertretung Margareten veranlasst, die Gemeindeverwaltung zu ersuchen, sowohl das Verkehrsministerium als auch die Verkehrskommission aufzufordern, dem Ansuchen der Gemeinde um Ueberlassung des Bahnkörpers schleunigst zu entsprechen und auch den beiden Körperschaften den Beschluss der Bezirksvertretung mitzuteilen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller Parteien angenommen.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Dienstag,den 18.September 1923.

245

-.-

Gemeinderätin Fleischner gestorben.Der Leichnam der gestern verstorbenen Gemeinderätin Rudolfine Fleischner wird am Samstag,den 22.d.in der Feuerhalle der Stadt Wien eingeäschert.Die Mitglieder des Gemeinderates sind für diesen Tag um ½5 Uhr nachmittags in den Zeremonienraum des Krematoriums zur Leichenfeier geladen.

-.-.-.-.-.-.-

Das Ergebnis des freiwilligen Lehrerabbaues.Im Gemeinderatsausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform berichtete am Montag der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser über die Ansuchen,die von den Lehrpersonen der Gemeinde Wien wegen ihres freiwilligen Ausscheidens aus dem Schuldienste,eingebracht worden sind.Das Lehrerabbaugesetz vom 24.Juli d.J.enthält nämlich sehr günstige Bestimmungen für jene Lehrpersonen,die aus dem aktiven Gemeindedienste auszuscheiden beabsichtigen.Bei dem Verwaltungspersonal hat die Gemeinde den freiwilligen Abbau bereits im Frühjahre durchgeführt und es meldeten sich dazu die erforderliche Zahl,so dass ein Zwangsabbau unterbleiben konnte.Auch die Lehrpersonen machten von den Begünstigungen des freiwilligen Abbaus sehr zahlreich Gebrauch.Es haben 243 Lehrpersonen sich für den freiwilligen Abbau entschieden.Von diesen Gesuchen entfallen 163 auf Volksschullehrerinnen,32 auf Volksschullehrer,29 auf Arbeitslehrerinnen,7 auf Bürgerschullehrerinnen,2 auf Bürgerschullehrer,2 auf Sonderschullehrpersonen,3 auf provisorische Lehrpersonen und 4 auf Lehrpersonen der französischen Sprache.Ferner hat ein Religionslehrer um freiwilligen Abbau angesucht.Von den 243 Lehrpersonen haben 92 noch nicht zehn Dienstjahre, 117 zehn bis neunzehn Dienstjahre,32 zwanzig Dienstjahre und darüber hinaus aufzuweisen.Da an den Wiener Schulen infolge der durch den Krieg stark verminderten Schülerzahl zu viele Lehrpersonen verhaden sind beantragte der Referent,alle Gesuche um freiwilligen Abbau günstig zu erledigen.Nur jene Lehrkräfte,für die wieder ein Ersatz beschafft werden müsste,wie dies bei den an den tschechischen Schulen wirkenden Lehrpersonen der Fall ist,sollen auch für den freiwilligen Abbau nicht herangezogen werden.Der Gemeinderatsausschuss genehmigte die Vorlage,der auch heute der Stadtsenat zustimmte.

Die Gesamtkosten des Abbaues betragen etwa 9.5 Milliarden Kronen. In der nächsten Zeit werden sich die zuständigen Körperschaften mit der Frage des etwaigen Zwangsabbaues zu beschäftigen haben.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die neuen Gas-und Strompreise.Der Stadtsenat hat heute für den Ableseabschnitt vom 23.bis 3o.d.den Preis eines Kubimeters Gas von 214o auf 21oo Kronen ermässigt.Die Preise für Licht-und Kraftstrom bleiben für die gleiche Zeit unverändert.Es kostet eine Hektowattstunde Lichtstrom 5oo und eine Hektowattstunde Kraftstrom 3oo Kronen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eine siebente Hilfsschulklasse.Der Wiener Stadtschulrat plant im Zuge der Schulreform auch den Ausbau der Hilfsschule.Es wurde daher an der bisher sechsklassigen Hilfsschule in Währing,Anastasius Grüngasse lo,versuchsweise eine siebente Klasse eröffnet.In diese Klasse werden auch Kinder aufgenommen,die bereits aus der Hilfsschule ausgetreten sind,aber noch keine Stelle haben.Die Anmeldungen um Aufnahme sind ausnahmslos an die Direktion dieser Schule zu richten.

-.-.-.-.-.-.-.-

Lohnforderungen der Strassenbahnbediensteten.Der Verband der Handels- und Transportarbeiter hat die Gemeindeverwaltung ersucht,sie möge den Bediensteten der Strassenbahnen die Bezüge in einer den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen entpsrechenden Weise erhöhen.Vizebürgermeister Emmerling und der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser verhandeln bereits seit einigen Tagen mit den Vertretern des Verbandes der Handels-und Transportarbeiter und mit dem Hauptausschuss der Strassenbahnbediensteten.Es wird versucht,den Wünschen des Personales nach erhöhten Bezügen so entgegenzukommen,dass jetzt und auch in den folgenden Monaten eine Tariferhöhung vermieden wird.Begreiflicherweise gestalten sich die Verhandlungen schwierig,doch ist zu hoffen,dass eine beide Verhandlungsteile befriedigende Verständigung erzielt werden wird.

-.-.-.-.-.-.-

Forderungen der Gemeindeangestellten. Der Verband der städtischen Angestellten und die Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten verlangen von der Gemeindeverwaltung,dass sie den von ihnen vertretenen Beamten, Lehrpersonen und anderen städtischen Angestellten eine weitere Bevorschussung zuerkenne.Die Gemeindeangestellten haben nämlich im Juli einen Vorschuss auf eine Bezugsregulierung erhalten,wobei die Gemeindeverwaltung die ungünstige wirtschaftliche Lage dieser Angestellten anerkannt hat.Die Regierung hat den Bundesangestellten eine etappenweise Erhöhung der Bezüge in Aussicht gestellt.Darauf berufen sich nun die bei den zwei genannten Organisationen befindlichen städtischen Angestellten und verlangen eine neuerliche Bevorschussung.Personalreferent Stadtrat Speiser wird nun mit den beiden Verbänden verhandeln.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die neue Strassenbahnlinie nach Inzersdorf gesichert.Im ersten Notstandsprogramm der Gemeinde war bereits die Verlängerung der Strassenbahnlinie 65 durch die Triesterstrasse bis an die Gemeindegrenze Inzersdorf vorgesehen.Die Strassenbahndirektion ist sofort,nachdem das Nostandsprogramm vom Gemeinderat genehmigt worden war,bei dem Ministerium für Verkehrswesen um die Erteilung der Konzession eingeschritten,doch teilte dieses Ministerium der Gemeinde mit,dass sie sich an die Wiener Lokalbahngesellschaft wenden möge,weil diese das Recht zur Führung von Linien für dieses Gebiet besitze. Leider zogen sich die Verhandlungen mit den Vertretern der Lokalbahngesellschaft sehr in die Länge,wodurch die so wichtige Linie nicht zu bauen begonnen werden konnte.Am Montag sprach nun unter Führung des Bürgermeisters Virilli von Inzersdorf eine Abordnung bei Vizebürgermeister Emmerling vor,um namens der Inzersdorfer Bevölkerung den Bahnbau zu urgieren.Vizebürgermeister Emmerling erklärte,dass die Gemeinde Wien sofort mit dem Bau dieser Linie beginnen werde,sobald die Verhandlungen wegen der Konzession günstig beendet seien und sagte auch zu,dass sie sofort mit allem Nachdruck von der Lokalbahngesellschaft die Zustimmung zur Linienführung abermals begehren werde.Heute erklärten nun die Vertreter der Lokalbahngesellschaft,dass diese vorbehaltslos der Führung der Strassenbahnlinie nach Inzersdorf zustimme.Damit ist nun diese Hindernis aus dem Weg geräumt und die Direktion der Strassenbahn hat sich noch heute an die Regierung gewandt,damit diese die erforderliche Konzession erteile.

Es ist zu hoffen,dass die Regierung diese Konzession rasch erteilt,worauf sofort mit den Arbeiten begonnen werden wird.Die neue Linie wird 23oo Meter lang sein und dürfte ihr Bau etwa 5.7 Milliarden Kronen kosten.

-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

246

Wien, am Mittwoch, den 19. September 1923.

-.-

Die neue Strassenbahnlinie über die Schmelz. In dem grossen Investionsprogramm der städtischen Strassenbahnen befindet sich der Bau einer Strassenbahnlinie, die den Bezirk Rudolfsheim mit Währing verbindet. Die neue Linie beginnt mit einer Schleife in der Felberstrasse bei der Schweglerbrücke, führt über die Schwegler strasse und Camillo Sittegasse durch die Habichergasse in Ottakring zur Herbstrasse und mündet dort in die bestehende Linie Burggasse-Gablenzgasse ein. Sie wird dann weiter über die Panikengasse, Rosenstein-Taubergasse, Hernalser Hauptstrasse und Hormayrgasse bis zur Kreuzgasse geführt. Durch den gleichfalls noch in diesem Jahre erfolgenden Ausbau der Linie Kreuzgasse-Czartoryskipark-Gersthoferstrasse wird dann die Rundlinienverbindung bis nach Währing ausgedehnt sein Das Detailprojekt der Strassenbahnlinie über die Schmelz ist bereits am 15.d. einer Ortsverhandlung unterzogen worden, die anstandslos verlief. Mit dem Bau dieser Linie wird am 24.d. begonnen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Wettbewerb für ein Diplom der Kleingertenausstellung. Die Leitung der Kleingarten-Siedlungs-und Wohnbauausstellung ladet die Wiener Künstler zu einem Wettbewerbe für ein druckfertiges Diplom ein. Die erforderlichen Unterlagen können täglich von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in der Ausstellungskanzlei im Neuen Wiener Rathause, Stiege 7, Parterre behoben werden. Vorgesehen sind drei Preise, von denen der erste vier Millionen, der zweite drei Millionen und der dritte zwei Millionen Kronen beträgt. Ausserdem werden fünf Entwürfe angekauft, für die je eine Million Kronen entrichtet wird. Die Entwürfe müssen bis längstens Dienstag, den 2. Oktober um 12 Uhr mittags der Ausstellungskanzlei überreicht werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

Erhöhung der Jahresgaben für ehemalige Gemeindeangestellte. In der gestrigen Sitzung des Stadtsenates beantragte der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser, dass die an ehemalige städtische Angestellte und deren Hinterbliebene gewährten Jahresgaben auf den doppelten Betrag zu erhöhen sind. Diese Erhöhung soll auch für die vom Lande Niederösterreich übernommenen ehemaligen Angestellten und deren Hinterbliebenen erfolgen. Der Antrag wurde einstimmig angeommen und werden die erhöhten Betrag rückwirkend vom 1. Juni an, ausgezahlt. Die Kosten dieser Zuwendungen betragen für das Jahr 1923 rund 430 Millionen Kronen.

-.-.-.-.-.-.-.-

G E E H R T E R E D A K T I O N !

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Am Samstag, den 22. September 1923 um ½4 Uhr nachmittags findet im Rauchsalon des Herrn Bürgermeisters, Neues Rathaus, eine

P R E S S E K O N F E R E N Z

statt, in der Gemeinderat Professor Dr. Fränkel, Vizepräsident der WAG über den Stand der Bauarbeiten der Wasserkraftwerke berichten wird. Gleichzeitig teilen wir mit, dass die Leitung der Wag für eine am 26. und 27.d. stattfindende Besichtigung der Wasserkraftanlagen in Opponitz die Teilnahme eines Vertreters Ihres Blattes erbittet. Das Programm wird in der Pressekonferenz ausgegeben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

247

Wien,am Donnerstag,den 2o.September 1923.

.-.

Der Wagenpark der Strassenbahnen. Der Weltkrieg ist auch am Wagenpark der städtischen Strassenbahnen nicht spurlos vorübergegangen. Die sonst so schmucken Wagen wurden durch Jahre nicht mehr entsprechend gereinigt und auch die Motoren und die elektrischen Einrichtungen konnten nur notdürftig und mit den grössten Schwierigkeiten instandgehalten werden. Dazu kommt noch, dass in den Kriegsjahren die Wagen ausserordentlich stark benützt wurden, so dass der Wagenpark sich immer mehr verringerte. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ging die Gemeindeverwaltung im Jahre 1919 mit allen Kräften daran, die Betriebsmitteln der städtischen Strassenbahnen nicht nur auf ihre alte Höhe zu bringen, sondern sie noch mehr auszugestalten. Zu diesem Zwecke erwies sich die Hauptwerkstätte der Strassenbahnen als zu klein und ihre Einrichtungen waren auch viel zu ungenügend. Es wurden daher leistungsfähige Arbeitsmaschinen angeschafft, alle Strassenbahnwerkstätten bedeutend erweitert und die Organisation der Hauptwerkstätte den geänderten Verhältnissen angepasst, in dem vor allem das Bestellwesen, die Statistik und Kalkulation neu geordnet wurden. Die unbedingt notwendigen Reparaturen an den Strassenbahnwagen waren sehr umfangreich. Ein grosser Teil musst vollständig neu aufgebaut werden. Hiebei wurden Motoren, Fahrschalter und sonstige Bestandteile gründlich erneuert und die Ersatzmaterialien wieder durch vollwertige Bestandteile ersetzt. Auch das Aessere der Wagen wurde wieder hergerichtet, indem die Lackierung mit der gleichen Gründlichkeit, wie vor dem Kriege durchgeführt worden ist. Man sieht jetzt viele Strassenbahnwagen, die der Laie für neu hält. Sie sind aber nicht neu, sondern innen und aussen vollständig repariert, so dass sie den von der Fabrik gelieferten Wagen nahezu vollständig gleichen.

Einige Zahlen über den Umfang dieser Arbeiten seit Kriegsende zeigen, welch grosse Arbeitsleistung da vollbracht worden ist. Im Jahre 192o wurden 331 Wagen neu aufgebaut und lackiert, im Jahre 1921 waren es bereits 451 Wagen und im Jahre 1922 schon 522 Wagen. Im ersten Halbjahr 1923 wurden 233 Wagen neu aufgebaut. Ausserdem wurden noch in den Jahren 192o bis 1922 zudammen 1762 Wagen gründlich instandgesetzt. Es sind also in den Werkstätten der Strassenbahnen insgesamt 3299 Wagen repariert worden. Von dem gesamten Wagenstand der Strassenbahnen sind bereits 74 von Hundert in einem gut lackierten Zustand, während die Konstruktion der Wagen die Vorkriegshöhe überschritten hat. So wurden die schwachen Motoren veralteter Bauart durch stärkere luftgekühlte mit höherer Dauerleistung ersetzt. Der Erfolgdieser bei 277 Wagen durchgeführten Arbeiten zeigt sich bereits darin, dass die Beschädigungen an den elektrischen Einrichtungen der Trieb-und Beiwagen stark zurückgehen. Daneben trägt auch die Schonung der Motoren durch gründliches Unterweisen des Personales und verbesserte Fabrikationsmethoden bei den Reparaturen dazu bei, dass die Wagen viel länger als früher betriebsfähig bleiben. So hat sich die Zahl Motorenanstände bei einer Million Triebwagenkilometer im Jahre 1919 von 85 auf 65 im Jahre 1922 verringert. Die Strassenbahnen haben also in den letzten Jahren im Interesse der Allgemeinheit eine gewiss anerkennenswerte Leistung vollbracht und wenn sich heute der grosse Verkehr im allgemeinen so reibungslos abwickelt, ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass die Betriebsmitteln immer wieder erneuert und daher voll leistungsfähig geblieben sind.

-.-.-.-.-.-.-

Der Kleiststeg abgesperrt. Wegen Instandsetzungsarbeiten wird der Kleiststeg über die Verbindungsbahn im dritten Bezirke vom Freitag den 21.d.bis einschliesslich 13.Oktober abgesperrt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T F A S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Freitag, den 21. September 1923.

W i e n e r G e m e i n d e r a t als L a n d t a g.

Sitzung, vom 21.September 1923.

Präsident Dr.Danneberg eröffnet die Sitzung und hält den verstorbenen Mitgliedern des Landtages GR.Beer und GRin.Fleischner einen Nachruf, den das Haus stehend anhört.

Der Präsident teilt dann mit, daß GR.Gottlieb Buchar (Tscheche) infolge Uebersiedlung in das Ausland aus dem Gemeinderate ausgeschieden ist.

GR.Blum (Soz.Dem.) erstattet in Abwesenheit des Finanzreferenten Breitner den Bericht der Liquidierungskommission für die niederösterreichische Landeshypothekenanstalt über das erste Halbjahr 1923.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

GR.Linder (Soz.Dem.) berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Jagdgesetzes für Wien und über die Erhöhung der Jagdkartentaxen in der Stadt Wien und stellt die bekannten Anträge.

Die Gesetzesvorlage wird in beiden Lesungen ohne Debatte angenommen

GR.Rummelhardt (chr.soz.) und Genossen richten an den Bürgermeister als Landeshauptmann folgende dringliche Anfrage:

Die vom Magistrate der Stadt Wien angelegten Wählerlisten für die diesjährigen Wahlen in den Nationalrat und Gemeinderat weisen derartige Mängel auf, daß die Art der Anlegung dieser Listen geradezu als ein Skandal bezeichnet werden muß. Viele tausende von Wählern, welche Jahrzehnte lang in Wien ansässig sind, gesetzlich das Wahlrecht besitzen, und in der Wählerliste des Jahres 1919 enthalten waren, wurden in die diesjährige Wählerliste nicht aufgenommen; dafür sind zahlreiche Namen von Personen darinnen enthalten, die bereits gestorben oder von Wien weg gezogen sind, oder denen gesetzlich das Wahlrecht nicht zukommt. Zahllose Bürger, Beamte und Frauen wurden in die Wählerliste nicht aufgenommen, weil sie zur Zeit der Erhebungen in Wien nicht anwesend waren; viele Priester, Alumnen und geistliche Schwestern sind ebenfalls merkwürdigerweise nicht in der Wählerliste enthalten. Bei vielen hunderten von Personen sind die Vornamen oder die Geburtsdaten ganz falsch in der Wählerliste angeführt. Dieser Vorgang muß als ein bewußter Versuch, viele Tausende des Wahlrechts zu berauben, bezeichnet werden, und das Gerechtigkeitsgefühl erfordert es, daß die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem muß Vorsorge getroffen werden, daß die Wählerlisten im Reklamationsverfahren innerhalb der vorgeschriebenen Frist vollkommen richtig gestellt werden können. Die Unterzeichneten richten daher an den Herrn Bürgermeister als Landeshauptmann die Anfrage, ob er gewillt ist, die an diesem unerhörten Skandal Schuldtragenden feststellen zu lassen zur Verantwortung zu ziehen und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um noch im letzten Augenblicke die Wählerlisten richtig zu stellen.

GR.Rummelhardt: Siewaren die Partei, die als sie noch in der Minderheit war, immer vom Wahlrechtsraub gesprochen hat. Man hätte daher glauben müssen, daß wenn Sie selber die Wählerlisten machen, in ihr alle gesetzlich wahlberechtigten Personen enthalten sein werden. Leider trifft dies nicht zu. Ich glaube, solange in Wien Wählerlisten gemacht wurden, sind sie noch nie so mangelhaft gemacht worden, wie jetzt. Eine Partei, die immer das Wahlrecht im Munde geführt hat, darf doch nicht jetzt das Wahlrecht entziehen. Die Behauptung in der dringlichen Anfrage ist vollständig wahr, davon kann sich jeder überzeugen, wenn er in die Reklamationsstellen geht und sieht, wieviele bekannte Personen in den Wählerlisten fehlen. Sie haben dieses Wahlmogelkunststück wohl deshalb aufgeführt, weil Sie der Meinung sind, daß hunderte Wahlberechtigte sich um ihr Wahlrecht nicht kümmern werden. Zu den Arbeiten für die Wähleraufnahme ist ein Teil der Personen direkt von der Straße aufgenommen worden. Sie haben Ihre politischen Agitatoren dazu verwendet. Diese Leute haben sich auch danach benommen. Wenn eine Partei auf Urlaub war, wurde sie nicht in die Liste aufgenommen, auch wenn sie im Bezirk seit vielen Jahrzehnten bekannt ist. Ich verweise nur darauf, daß der Gemeinderat Huber, der Hausbesitzer ist, der Nationalrat Mataja samt Frau in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind. Das ist eine Dummheit, weil man doch sofort merkt, daß hier eine Absicht vorliegt. Wie kommen übrigens diese Personen dazu, ihr Wahlrecht erst reklamieren zu müssen, während Sie jene Leute, die erst seit kurzem das Heimatrecht erhalten haben, sofort in die Wählerlisten aufgenommen haben. Es wurden viele geistliche Schwestern, die Alumnen und Geistliche nicht aufgenommen. Religionslehrer, die seit fünfzehn Monaten bei der Gemeinde um eine Stelle angesucht haben und die daraus verwiesen, daß sie ihre Dokumente nicht besitzen, weil sie im Rathause liegen, wurden ebenfalls nicht aufgenommen. Das ist ein Vorgang, den man mit Recht als Skandal bezeichnen kann. Das muß in irgend einer Weise von der Bevölkerung geahndet werden. Ich fordere daher den Herrn Bürgermeister als Landeshauptmann auf, zu sagen, ob er bereit ist, in seiner Eigenschaft als Chef der obersten politischen Behörde zu erheben, wer an dieser mangelhaften Wähleraufnahme schuld ist. Sind es städtische Beamte, dann müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden, sind es aber die von der Straße Aufgenommenen, dann fällt die Schuld auf die Gemeindeverwaltung . Es ist auch Pflicht des Bürgermeisters den Reklamationsstellen so viele Beamte zuzuweisen, daß dieses Material rasch aufgearbeitet werden kann. Es ist für Sie eine Schande, daß Sie versucht haben, das Wahlrecht zu verkürzen, aber suchen Sie es wenigstens jetzt gut zu machen. Im Namen unserer Partei aber auch im Namen der nichtmarxistischen Bevölkerung protestieren wir gegen diesen Wahlrechtsraub. Diesem Skandal muß ein Ende gemacht werden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR.Richter: Es ist überraschend, wenn von der Gegenseite Beschwerden die aber sicherlich nur erhoben werden, um zu zeigen, daß man Bemängeln kann ohne wirkliche Tatsachen anzuführen, denn es ist kein Beweis, wenn man sagt, es sind Leute ausgelassen, und sagt es sind Leute hereingenommen, die nicht in die Wählerliste gehören. Man könnte da vollständig auf jeden einzelnen Fall antworten. Ich kann versichern, daß die Zahl der Reklamationen diesesmal geringer sein wird, als je bei einer vorhergehenden Wahl. Doch ist es Tatsache, daß viele mutwillige Reklamationen von den Christlichsozialen erhoben werden; Sie führen z.B. an ein Mann seit tot, nachher mußte er einen Brief schreiben, daß er noch am Leben sei. (Zwischenrufe: Wo ist das geschrieben?)(Antwort: In Währing.) Selbst auf die Tatsache hin, daß Sie vielleicht die „Reichspost" verleugnen werden, muß ich feststellen, daß die „Reichspost" berichtete hatte, Stadtrat Rummelhardt sei nicht in der Wählerliste. Es war aber nicht wahr. Auch von dem ehemaligen Minister Hussarek hieß es, daß er nicht in die Wählerliste eingetragen sei. Wir konnten aber in jedem Fall die Unwahrheiten zur Behauptung feststellen. Die „Reichspost" aber fälschte in zwei Fällen den Todestag. Bei einem stellte es sich heraus, daß die „Reichspost" angab, der Mann sei am 4. gestorben, in Wirklichkeit starb er erst am 13. Ebenso auch verhielt es sich in einem zweiten ähnlichen Fall. Wie sieht es aber aus, wenn Sie behaupten, daß wir Leute aus parteipolitischen Gründen ausgelassen hätten? Wir wissen doch nicht, welcher Partei der Betreffende angehört und wissen nicht wie

en wählen wird. Was die tatsächlich zutreffenden Mängel der Wählerlisten betrifft müssen wir schon sagen, daß es gewiß bedauerlich ist, daß sie in einer Zeit angelegt werden mußten, wo so viele Parteien auf Urlaub sind. So können auch wir hinweisen, daß selbst Funktionäre unserer Partei nicht in der Wählerliste enthalten sind. Es ist auch selbstverständlich, daß nicht alle Beamten von den 400 zur Anlegung der Wählerliste Verwendeten schon Erfahrung in der Anlegung der Wählerlisten haben.

Nach Schluß des Reklamationsverfahrens wird man ja die genauen Ziffern erfahren und Sie werden sehen, daß die Zahl der Reklamationen geringer ist als je.

GR.Müller (Mei dling: chr.soz.) erklärt, es sei wohl auch früher vorgekommen, daß Wahlberechtigte in den Listen nicht enthalten waren, aber so viel Fälle, wie jetzt, wurden nicht gezählt.

GR.Richter (Soz.Dem.): Wieviel Reklamationen haben Sie?

GR.Müller: Wir haben noch nicht Zeit gehabt und nicht die Möglichkeit Ihnen auf alle Schwindeleien draufzukommen, die „Reichspost" wird schon nächstens mit den entsprechenden Daten aufwarten. Wir werden Ihnen nachweisen, daß Sie tausende Wahlberechtigte um ihr Wahlrecht bringen wollten. Tatsache ist, daß Leute, die nicht eine Legiti mation von einer sozialdemokratischen politischen Organisation vorweisen konnten, von den betreffenden Amtsleiter nicht in die Liste aufgenommen worden sind. (Hört -, Hörtrufe bei den Christlichsozialen.) Beispielsweise wurde der Polizeibezirksleiter Berner in die Liste nicht aufgenommen.

GR.Richter: Der war halt bei der Anlegung der Listen nicht in Wien.

GR.Müller: Er ist ein geborener Meidlinger. Der frühere Bezirksleiter Bilinkiewich, Hausbesitzer in Meidling, ist gleichfalls in der Liste nicht enthalten. Hingegen sind einige Wehrmänner doppelt eingetragen. Einmal als in der Trainkaserne wohnhaft, das zweitemal mit ihren privaten Wohnungsadressen. Es ist Ihnen auch zum Vorwurf zu machen, daß Sie 31 abgestrafte Verbrecher, von denen noch etliche in Stein sitzen, in der Wählerliste enthalten sind. Ist das nicht Material genug? Bezirksbekannte Persönlichkeiten, wie der Chef der Firma Rollinger und dessen Sohn, die niemals von Wien abwesend waren, sind in die Liste nicht aufgenommen worden. Kurzum wir können Ihnen nachweisen, daß tausende christlichsoziale Wähler in der Liste nicht enthalten sind, während viele Ihrer Parteigenossen, die zur Zeit der Anlegung der Listen von Wien abwesend waren, Aufnahme gefunden haben. Ostjuden, die erst kurz eingebürgert worden sind, Leute, die vor acht Tagen aus dem Arrest entlassen wurden, sind aber in der Wählerliste enthalten.

GR.Angermeyer (chr.soz.): ZU den Vorarbeiten für die Anlegung der Wählerlisten wurden ungeschulte Kräfte verwendet und Parteifanatiker, die in dem Bestreben möglichst viel Christlichsoziale aus den Listen auszulassen zu weit gegangen sind. Beispielsweise sind wohl die Abgeordneten Schönsteiner und Mataja in den Listen enthalten, aber nicht deren Frauen.

GRin.Motzko (chr.soz.): Ich war auch nicht drinnen!

GR.Angermeyer: Der Präsident des früheren Abgeordnetenhauses Dr. Gustav Gross fehlt in der Liste, dafür ist ein gewisser Guido Gross hineingenommen. Augenscheinlich eine absichtliche Verwechslung, die damit spekuliert, daß der Wähler den unrichtigen Vornamen übersieht. Eine in der Wehrgasse wohnende Hausmeisterin, bei der ein Jude und eine Jüdin wohnen, ist zweimal in der Liste enthalten, einmal mit ihrem richtigen Alter, das zweitemal verjüngt. Auch ihr verstorbener Mann findet sich in der Liste vor. Wahrscheinlich sollte für den toten Hausmeister der fremde Jude wählen gehen, für die verjüngte Hausmeisterin die Jüdin und schließlich die Hausmeisterin selber. Können Sie da leugnen, daß bewußt gefälscht worden ist.

GR.Hedorfer (Soz.Dem.): Bei der Reichsratswahl im Jahre 1911 haben wir gefälschte Wahldokumente auf einem Schubkarren zum Magistrat führen müssen. Und da wollen Sie noch von Schwindel reden?

GR.Grünbeck (chr.soz.): Bei Euch müssen wir für die falschen Zettel einen Streifwagen nehmen. (Großer Lärm und zahlreiche Zwischenrufe)

GR.Angermeyer schließt mit der Aufforderung an den Bürgermeister die für die geschilderten Vorgänge verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen.

GR.Bermann (Soz.Dem.):Wir dürfen wohl den Worten Richter's glauben, daß sich die Wählerlisten vorteilhaft von den Listen unter der christlichsozialen Verwaltung unterscheiden. Wir haben uns bestrebt, durch das System der häuserweisen Anlegung die Voraussetzungen für die richtige Wählerliste zu schaffen. Früher war nur eine ganz kurze Reklamationsfrist eingeräumt, während jetzt jeder das Recht hat festzustellen und auch die Möglichkeit, ob er in der Liste enthalten ist oder nicht. Fehler sind gewiß vorgekommen. Ich selbst habe nicht weniger als acht meiner engen Familienmitglieder, die nicht in der Liste enthalten waren, reklamieren müssen. Es handelt sich um Leute, die zur Zeit der Anlegung auf Urlaub waren. Das ist die einzige Fehlerquelle. Das wissen Sie ganz genau. Ihnen steht die Entrüstung sehr schlecht an. Es hätte Ihnen geziemt, daß Sie sich eher in Stillschweigen hüllen. Bei der Wahl Luegers in der Leopoldstadt, wo wir damals unsern Schumeier kandidierten, haben wir in einem christlichsozialen Agitationslokal 700 gefälschte Legitimationen weggenommen und Schumeier hat diese Legitimationen dem Landtage in seiner ersten Sitzung vorgelegt. Wer so viel Butter auf dem Kopf hat, soll nicht in die Sonne gehen.

GR.Feldmann (Deutschnational): Sie selbst müssen zugeben, dass die Anlage der Wählerlisten viel zu wünschen übrig lässt. Darum müssen Sie selbst dafür eintreten, dass die Reklamationsfrist ausgedehnt wird. Als freiheitliche Partei müssen Sie denen, die nicht in der Liste enthalten sind, die Möglichkeit geben, aufgenommen zu werden. Ermöglichen Sie, dass im Nationalrat das Gesetz derart geändert wird, daß die Reklamationsfrist bis knapp vor die Wahl erstreckt wird.

Damit ist die Debatte beendet.

Präsident Dr.Danneberg schliesst die Sitzung und erklärt, daß vor den Neuwahlen noch eine Landtagssitzung einberufen werden wird.

-.-.-.-.-.-.-.-

W i e n e r G e m e i n d e r a t .

Sitzung vom 21.September 1923.

Bgm.Reumann eröffnet um ½ 6 Uhr die Sitzung und hält den verstorbenen GRen.Rudolf Beer und Rudolfine Fleischner einen Nachruf, der von den Mitgliedern des Gemeinderates stehend angehört wird.

Sodann leistet der an Stelle des Gemeinderates Beer erschienene Ersatzmann GR.Bekeś die Angelobung.

Ohne Debatte werden die Geschäftsstücke 1 biseinschliesslich 6, 8 bis einschliesslich 11, 13 und 14, 16 bis einschliesslich 22, 24 bis einschliesslich 26, Post 27 wird abgesetzt, 28 bis einschliesslich 31, 34 bis einschliesslich 42, 44 bis einschliesslich 55, 57 bis einschliesslich 62, 65 bis einschliesslich 76, 78 bis einschliesslich 82, 85 bis einschliesslich 125, 127 bis einschliesslich 130, 136 und 137, 139 bis einschliesslich 145 und 149 und 150 angenommen.

StR.Breitner (Soz.Dem.) beantragt, daß der Wiener Holz- und Kohlenverkaufsgesellschaft, die mit einem Kapital von 60 Millionen Kronen begründet worden ist, eine Erhöhung des Stammkapitals auf 600 Millionen Kronen bewilligt werden soll. Die Gesellschaft wird trotz dieser Erhöhung auf Kredite angewiesen sein. Es entspricht aber den kaufmännischen Gepflogenheiten, daß zwischen den Krediten und dem Eigenkapital keine Allzugroße Spannung besteht.

GR.Zimmerl (chr.soz.): Wir wissen, daß die „Wihoko" im ersten Geschäftsjahre einen Verdienst von drei Milliarden aufweist, was einer fünftausendprozentigen Verzinsung des Gesellschaftskapitales gleichkommt. Wir verstehen nun sehr gut, warum die Gemeinderatsmehrheit unseren seinerzeitigen Antrag auf Mitbeteiligung der Angestellten am Gewinn abgelehnt hat. Bei derartigen Verdiensten will auch die Mehrheit die Angestelltenschaft nicht beteiligt wissen. Ueberdies gehen bei der Wihoko Dinge vor sich, die durchaus nicht einer geregelten Geschäftsgebarung entsprechen. Es gab Diebstähle von 15 Waggon Kohle. Und wir möchten schon einige Aufklärung darüber wieso derartige Skandale vorkommen können. Esist selbstverständlich, daß wir unter solchen Umständen dem Antrage unsere Zustimmung verweigern.

StR.Breitner: Die Gebarung der Wihoko ist selbstverständlich vollkomman einwandfrei und der Herr Vizebürgermeister Hoss hätte gewiß innerhalb der Gesellschaft selbst Gelegenheit über die Berechtigung derartiger Vorwürfe gegen Unternehmungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, Kontrolle zu üben.

Bei der Abtsimmung wird der Antrag des Referenten auf Erhöhung der Stammeinlage der Wihoko angenommen.

StR.Breitner referiert nun über das Bauprogramm der Gemeinde und führt aus: Die Mehrheit des Hauses steht auf dem Boden des Mieterschutzgesetzes und es wäre die schwerste Katastrophe, die die Bevölkerung treffen könnte, wenn dieses Gesetz aufgehoben würde. Denn es ist selbstverständlich, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine private Bautätigkeit, wie sie die Herren von der Gegenseite wünschten, überhaupt nicht möglich wäre. Denn selbst bei Valorisierung des Zinses käme das Kapital nicht auf seine Kosten. Es ist eigentlich seltsam, daß in einer Stadt, in der nun 300.000 Menschen weniger leben, als im Frieden, eine derartige Wohnungsnot herrscht. Die Erklärung dafür lässt sich aber in dem Umstande finden, daß die Wohndichte, die im Frieden 4.3 Personen auf den Raum war, bedeutend herabgesunken ist auf 3.5. Die Gemeinde Wien hat aber auch im Frieden den Wohnverhältnissen durchaus keine Aufmerksamkeit geschenkt. Wir kennen doch alle die Häuser mit den scheuslichen Lichthöfen, Gangküchen, Gangkabinetten, ja man hat früher gar nichts daran gefunden, dass mehrere Parteien ein Klosett gemeinsam benützten. Es herrschte nirgends eine so geringe Wohnkultur, als gerade in Wien. Wir wissen, dass die Aufrechterhaltung des Mietersohutzgesetzes gleichzeitig verbunden sein muß mit einer Bautätigkeit der Gemeinde Wien. Von privater Seite ist eine solche ja nicht zu erwarten, das sehen wir bewiesen durch den Umstand, daß bei weitestgehendem Entgegenkommen den Bauführern bei Einräumung einer dreissigjährigen vollständigen Steuerfreiheit und des Rechtes beliebigen Zins zu verlangen, dennoch abgesehen von ganz bedeutungslosen Villenbauten, nicht ein einziger Wohnbau fertiggestellt wurde. Die Erklärung für diese Tatsache finden wir darin, daß heute eben das Kapital vielseitig bessere Gelegenheit zu Spekulation und geschäftlicher Betätigung wahrnimmt. Breite Massen der Wiener Bevölkerung sind genötigt in Bezug auf Kost, Kleidung, Vergnügen, Bildung eingeschränkt zu leben. Einzig billig ist heute nur die Wohnung. Es ist also begreiflich, dass das Bestreben vorherrscht, sich auszudehnen. Das hörte sich aber auf, wenn wieder ein Viertel oder ein Fünftel des Einkommens für den Zins aufgewendet werden muß. Es herrscht eine vollständige Verkennung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn man sich vom Privatkapital eine Besserung der Wohnverhältnisse erwartet. Der Bund hat nach dem Krieg den Standpunkt eingenommen, daß er der Träger der Bautätigkeit sei. Erst später im Zuge des Sanierungswerkes hat sich der Bund von diesem Gebiet der Fürsorge zurückgezogen. So blieb die ganze Last auf den Schultern der Gemeinde, die daran geht, den Notwendigkeiten auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge zu erfüllen. 25.000 Wohnungen sollen in den nächsten fünf Jahren fertiggestellt werden. Es ist das eine Zahl, die angepasst ist der Zahl der Wohnungssuchenden, von denen wir nicht weniger als 20.000 mit I Qualifizierte aufweisen und angepasst ist andererseits den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde.Bei der Bautätigkeit der Gemeinde muß auch eine Anzahl neuer Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Es herrscht in Wien besonders auch eine drückende Not an Geschäftslokalen und Werkstätten. Es ist so ein großer Teil des im Erwerbsleben stehenden Nachwuchses gezwungen durch hohe Ablösesummen,durch Eheschliessungen u.s.w. in den Besitz solcher Lokalitäten zu gelangen. Das ist aber nun nicht für alle möglich und es gibt so in Wien Hunderte, die ihre Selbständigkeit nicht finden können. Es ist nun selbstverständlich, daß die Gemeinde diesem Umstande Rechnung trägt und bestrebt ist in ihren Neubauten jeden Raum zu nützen und wo es angeht, ein Geschäfts- oder Werkstättenlokal zu errichten. Auch nach einer anderen Richtung zieht die Gemeinde die Folgerung aus den obwaltenden Verhältnissen, nämlich dadurch, dass sie bestrebt ist nach Möglichkeit Wohnungen mit mehr als zwei Räumen zu schaffen. Es gibt doch eine Reihe von Berufen, die durch ihre Betätigung auf eine grössere Anzahl von Räumen angewiesen sind.Z.B. Aerzte, bei denen die Verbindung der Räume für die Ordination mit denen der Wohnung selbstverständlich ist, Auch noch viele andere Fälle, wie Rechtsanwalt, Architekt, Künstler, Schriftsteller. Auch für besonders kinderreiche Familien muß in dieser Hinsicht vorgesorgt werden. Es handelt sich der Gemeinde Wien bei Beschaffung der Wohnungen nicht bloß darum den Leuten Obdach zu bieten, sondern überhaupt die jetzt herrschenden, ganz unleidlichen Wohnverhältnisse zu verbessern. Und wir können ruhig sagen, die Bauten der Gemeinde Wien halten jeder Kritik durchaus Stand. Verschwendung von nutzbaren Raum gibt es nicht. Jedoch ist in jeder Hinsicht vorgesorgt für genügend Licht, Luft, Gärten, Spielplätze für die Kinder. Jede einzelne der Wohnungen hat eigene Wasserleitung, Klosett, Gas, Elektrizität. In einigen Bauten trachtete die Gemeinde durch gemeinsame Waschküchen mit technischer Ausstattung den Anforderungen der modernsten Wohnkultur Genüge zu leisten. Nun wird die Frage aufgeworden, kann die Gemeinde auch alle diese Pläne ausführen? Wir antworten darauf unter der Voraussetzung, dass die heute geltenden Verhältnisse andauern, ja. Die ganze Frage der Wohnungsbauten hat die Oeffentlichkeit sehr lebhaft beschäftigt. Man sagte, es handelte sich uns um eine Wahldemagogie. Wir aber haben dort fortgesetzt, was wir im Jahre 1919 vorgefunden haben. Die Bautätigkeit der Gemeinde ist eine unausgesetzt steigende. Im Bezug auf die zur Durchführung der geplanten Bauten notwendigen Bauflächen haben wir im weitesten Ausmasse durch Ankauf derartiger Bauflächen Vorsorge getroffen. Auch was die Aufbringung der 400 Milliarden Kronen, die zur Erbauung der geplanten Wohnungen notwendig sind, betrifft, sind wir uns gewiß, daß wir diesen Betrag aufbringen werden ohne Einführung neuer Steuern.Was die Durchführung der Erbauung von jährlich 5000 Wohnungen betrifft, so können wir schon sagen, daß das eine gewaltige Leistung ist, die nur erklärlich und möglich wird, durch die hervorragende Arbeit des Stadtbauamtes. Auch die Siedlerbewegung, die eine tiefe und innere Berechtigung hat, gewinnt immer mehr an Bedeutung, was gewiß die letzte Ausstellung klar bewiesen hat. Durch die Siedlerbewegung werden immer mehr neue Gebiete erschlossen, neue Verkehrsanlagen geschaffen, es erfolgte eine Ausgestaltung des Wasserleitungs- und Gasnetzes und der Anlagen der elektrischen Leitung. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die Ausgabe der gewiß ansehnlichen Beträge die wir für die Wohnungsbauten aufwenden, andererseits eine gewaltige Ersparnis bei der Ausgabepost für Krankenhäuser, Erholungsstätten, Irrenhäuser, ja Gefängnisse bedeuten. So ist die Bautätigkeit der Gemeinde die unerlässliche Ergänzung des Mieterschutzgesetzes. Eine Partei, die ernst genommen wird und ernst genommen will, kann selbstverständlich mit einem solchen Programm heraustreten, nur wenn sie gewiß ist, daß dem Programm keine Enttäuschung folgen wird. Wir sind uns sicher, daßwir alle vorgefassten Pläne restlos zur Durchführung bringen werden.

GR.Klimesch (Tscheche) gibt die Erklärung ab, dass er nicht mehr für den Klub der Sozialistischen und demokratischen Tschechoslovaken und Gemeinderat entspreche, weil dieser Klub nicht mehr existiere, er und sein Kollege Rusicka seien ausgetreten, die übriggebliebenen tschechischen Sozialdemokraten bilden nunmehr einen eigenen Klub. Die Vorlage über das kommunale Bauprogramm begrüsse Redner auf das wärmste, trotzdem er sich dessen bewusst sei, daß die notwendigen Billionen doch wieder aus den Taschen der Steuerträger gepresst werden müssen und trotzdem es sich zweifellos um eine Vorlage zur Wahlpropaganda handle. Mit dem Bauprogramm habe die Rathausmehrheit ihrer Wahlreklame die Krone aufgesetzt. Dieses Wahlmanöver werde auf das Verhalten der tschechischen Minorität bei den Wahlen nicht den geringsten Einfluss haben, denn sie könne die Wirkungen des nationalen Hasses, mit welchem die Rathausmehrheit, die Tschechen bisher verfolgte, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens nicht vertilgen. Bis auf den Teil der tschechoslovakischen Sozialdemokratie, welche mit der Rathausmehrheit den Wahlpakt abgeschlossen hat, werden alle Tschechoslovaken Wiens und Oesterreichs ihre Stimmen ausschliesslich den selbständigen tschechoslovakischen Kandidaten geben. Dieses Verhalten der Tschehen gilt auch für die Christlichsozialen. Der Wahlspruch aller treuen Tschechoslovakenwerde lauten: Keine einzige Stimme den deutschen Parteien!

GR.Bermann (Soz.Dem.): Ist das ihr Schwanengesang?

GR.Klimesch: Amen! Wenn Sie es wollen.

GR.Kunschak (chr.soz.) verweist zunächst auf die aus kommunalen Mitteln erbauten Wohnhäusern für die Strassenbahn und Gaswerksbediensteten, mit denen sich, was die sozialhygienische Bauweise anlangt, die paar kommunalen Bauten der jüngsten Zeit nicht messen können. Der kommunale Wohnungsbau muß allerdings zur Behebung der Wohnungsnot ergänzend eingreifen, aber er reicht nicht hin, um die Wohnungsfrage befriedigend zu lösen. Die Sozialdemokraten bezeichnen den Mieterschutz als unantastbar. Auf die Gefahr hin, daß ~~ich~~ meine jetzt folgende Erklärung von Ihnen wieder weidlich zu Wahlpropagandazwecken ausgeschrottet werden wird, erkläre ich hiemit: Der Mieterschutz ist sehr wohl abbaufähig und des Abbaues auch bedürftig. Seinerzeit haben die Sozialdemokraten, als die Lebensmittelzuschüsse abgebaut werden sollten, gleichfalls den Grundsatz aufgestellt, daß an diesem System nicht gerüttelt werden dürfe. Es ist doch dazu gekommen, und zwar mit der Zustimmung der sozialdemokratischen Volksvertreter, weil sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß es finanzpolitisch unmöglich ist, dauernd derartige Lasten auf das Staatsbudget zu nehmen und weil es ein volkswirtschaftlicher Unsinn ist, den Brotpreis durch staatliche Subventionen künstlich herabzudrücken. Wir sind dazu gekommen einen normalen Brotpreis einzuführen und die Welt ist daran nicht zugrunde gegangen, auch nicht die arbeitende Bevölkerung, er wurde einfach in das Lohnsystem eingebaut. Es hat sich eben als Ungerechtigkeit gegenüber der einheimischen Bevölkerung herausgestellt, dieses Protektionssystem für Wohlhabende und für Ausländer aufrecht zu erhalten. Aehnlich verhält es sich mit dem Mieterschutz. Dieser Schutz wird nicht nur den breiten Massen der Bevölkerung zuteil, sondern auch den Begüterten, der sich jeden Wohnungsluxus leisten kann. Diese Kreise sind also die eigentlichen Nutzniesser, die Schmarotzer des Mieterschutzes. Kein Mensch wird bestreiten können, dass es genug Menschen in Oesterreich gibt, die einen valorisierten Zins bezahlen können. Ist es da nicht ein Unsinn solchen zahlungskräftigen Leuten auf unbestimmte Zeit hinaus die Wohltaten des Mieterschutzes garantieren zu wollen? Dasselbe gilt von den Geschäftslokalen. Die Großbank, die draussen im Vorort ihre Filialen besitzt, geniesst denselben Mieterschutz, wie der kleine Geschäftsmann. Das ist doch ein blanker Unsinn. Aus diesem Grund ist ein Abbau des Mieterschutzes nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Endlich einmal müssen die wirtschaftlich starken Kreise aus diesem Mieterschutz ausgeschaltet werden. Wenn man die Mietzinse weiterhin künstlich niedrig hält, hält man auch die Steuerbemessungsbasis künstlich auf einem niedrigen Niveau und dadurch entgehen der Gemeinde und dem Staat eine Unmenge von Steuern und Einnahmen. Deshalb sagen wir, dass mit dem Fortschreiten unserer wirtschaftlichen Erstarkung auch der Mieterschutz allmählich abgebaut und auf jenen kleinen Kreis eingeschränkt werden muß, der wirklich schutzbedürftig ist. Das sozialdemokratische Dogma, das an dem Mieterschutz nicht gerüttelt werden dürfe, wird also die Christlichsozialen nicht abhalten, den Abbau doch ins Auge zu fassen und, sobald sich die Möglichkeit dazu ergibt, diesen Abbau auch praktisch durchzuführen. Zweifellos wird ein solcher Abbau auch zu einer Belebung der privaten Bautätigkeit beitragen. Denn viele von den wirtschaftlich Starken, die die Unannehmlichkeiten der privaten Miete nur auf sich nehmen, weil sie durch den künstlich niedergehaltenen Mietzins Vorteile geniessen, werden im Augenblicke der Valorisation des Zinses anders denken, die Mietwohnung wird für sie dann den Wert verlieren und sie werden es vorziehen sich wieder eigene Häuser zu bauen. Dadurch käme es eben zu einer Belebung der privaten Bautätigkeit.

Zweifellos stellt sich die Gemeinde Wien mit dem geplanten Bau von 5000 Wohnungen vier Jahre hindurch eine bedeutende Aufgabe. Aber wenn man den ganzen Plan gründlich erwägt, so bleibt diese Zahl weit hinter den wirklichen Bedarf an Wohnungen zurück, sie vermag es nicht die Wohnungsnot wirklich zu beheben. In früheren Jahren gab es immer tausende von Lehrstehungen. Der Redner zitiert statistische Ziffern und hält ihnen entgegen, daß gegenwärtig in Wien ein Abgang von 20.000 Wohnungen besteht. Man muß da erwägen, daß außerden Lehrstehungen noch Jahr für Jah durch Neubauten ein natürlicher Zuwachs an Häusern und Wohnungen erfolgte und trotzdem sind wir zu diesem Wohnungsdefizit gekommen. Wie will man da mit 5000 neuen Wohnungen im Jahr gegenüber dem steigenden Bedarf aufkommen? Die 5000 Wohnungen werden bestenfalls nur das Wohnungsdefizit des Jahres 1923 beheben können. Bei seinem Kalkul hat ~~sich~~ der Referent auch nicht dem bedeutenden Wohnungsabfall berücksichtigt, der in der Zeit des Verfalles der Häuser zu beobachten ist. In der Vorkriegszeit bestand eine systematische Hauspflege, während jetzt die Häuservernachlässigung und Häuserverlotterung notorisch ist und wir daran noch lange zu leiden haben werden. Mit den 5000 neuen Wohnungen wird also das Auslangen nicht gefunden werden können. Es sind aber gar nicht 5000 neue Wohnungen, denn in dieser Zahl sind auch nach den Eingeständnissen des Referenten die neuzuschaffenden Geschäftslokale inbegriffen. Auch hier ist der Bedarf weit grösser als vom Referenten angenommen wird. Man wird also die Zahl von 5000 Wohnungen sehr stark zugunsten der Geschäftslokale reduzieren müssen. Der Referent hat auch von einer Verringerung der Wohnungstüchtigkeit gesprochen. Aber das beweist nicht, daß die Leute heute besser wohnen. Denn die 20.000 Wohnungssuchenden sind durchaus nicht obdachlos, denn sie wohnen eben zum großen Teile bei ihren Angehörigen oder Freunden. Wir haben in Wien viele Ehepaare, die von einander getrennt leben müssen, weil sie nicht einmal ein Zimmer mit zwei Betten bekommen. Unter solchen Umständen ist es eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn Sie behaupten, daß die Wohnkultur in Wien eine Steigerung erfahren habe. Dabei ist noch zu bedenken, daß für die kommunale Bautätigkeit ganz bestimmte Grenzen gesteckt sind. Denn die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde für den Wohnungsbau kann nicht ins Ungemessene gesteigert werden. Wenn die gegenwärtige Gemeindeverwaltung erklärt, dass eine private Bautätigkeit unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ausgeschlossen ist, auf der anderen Seite aber der wirkliche Wohnungsbedarf durch die Gemeinde nicht gedeckt werden kann, so entsteht das Dilemma wie die Wohnungsfrage überhaupt gelöst werden könnte. Solange wir in diesem ka-

pitalistischen System leben, werden sich auch die Sozialdemokraten vergeblich bemühen, das kapitalistische Prinzip auszuschalten. Sie werden früher oder später zur Erkenntnis kommen, daß auf die Mitwirkung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform nicht verzichtet werden könne. Deshalb die Christlichsozialen: Man soll das eine tun und das andere nicht lassen Es bleibt Aufgabe der Gemeinde in der Wohnungsfrage und im Wohnungselend helfend einzugreifen, aber daneben muß es ihre Sorge sein, Mittel und Wege zu finden, dass eine private Bautätigkeit wieder ermöglicht werde, und um die Wohnungsnöt wirklich zu beheben.

Redner verweist gegenüber dem Vorwurf, daß die Christlichsozialen während ihrer Herrschaft aus Gemeindemitteln keine Wohnungsbauten aufgeführt haben, auf die großen Investitionen der Gemeinde in der damaligen Zeit für Schulen, Spitäler, städtische Unternehmungen, Gartenanlagen u.d.gl. Alle diese großzügigen Bauten und Anlagen aus Gemeindemitteln haben die Einnahmen der Gemeinde aufgezehrt und ihr die Möglichkeit genommen in grösserem Umfange sich an Wohnungsbauten zu beteiligen. Von allen diesen Leistungen ist die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung heute befreit. Die Gelder, die für diese Zwecke früher gebunden waren sind jetzt frei, aber trotzdem hatten sie bisher aus lufenden Geldern für den Wohnungsbau nichts übrig. Erst jetzt wollen sie Milliarden für solche Zwecke auf die Kassenbestände überweisen. Ob die Gemeinde diese Mittel aus den Kassenbeständen tatsächlich wird schöpfen können, steht noch dahin. Der Referent hat uns wohl im Finanzausschusse unter dem Siegel der Verschwiegenheit und des Gelöbnisses das Ergebnis der Steuern und Abgaben in den ersten drei Monaten des Jahres Bekanntgegeben. Aber er hat gleichzeitig hinzugefügt, daß es natürlich ausgeschlossen wäre, diesen Betrag auch für das restlichen Dreivierteljahre zu erwarten. Seither verhält er sich sehr schweigmsam und teilt uns nicht einmal unter dem Siegel der Verschwiegenheit und des Gelöbnisses mit, was im zweiten und dritten Quartal die städtischen Steuern eingetragen haben. Zweifellos ist ein rapider Rückgang eingetreten, weil schon viele dieser Abgaben im ersten Vierteljahr geleistet worden sind. Wir können den Referenten nicht zur Mitteilsamkeit zwingen, aber wir können daraus unsere Schlüsse ziehen, warum er jetzt so schweigsam ist. Aber man wird auch begreifen, daß wir unter solchen Umständen mit großem Mißtrauen seine Eröffnungen hinnehmen, Wie sollen wir ihm glauben, daß das Budget so tragkräftig ist um die geplanten neuen großen Lasten tatsächlich bestreiten zu können.

GR. Feldmann (deutschnational) bezeichnet es als begrüssenswert, daß die Gemeinde 25.000 Wohnungen bauen will. Es sei nur die Frage, ob dies ohne Steuern möglich ist. Es ist auch davon die Rede geredet worden, daß die Wohnbausteuer erhöht werden soll. Neue Steuerlasten kann die Bevölkerung nicht mehr auf sich nehmen.

GR. Hansa (Tscheche) bemerkt, daß durch dieses Bauprogramm nicht nur die Wohnungsnot, sondern auch die Arbeitslosigkeit gemildert werden wird. Er wünsche aber, daß auch die tschechischen Arbeiter bei der Verteilung dieser Wohnungen entsprechend berücksichtigt werden. Viele Magistratsbeamte machen gegenüber tschechischen Wohnungswerbern dumme Bemerkungen, indem sie ihnensagen, daß sie nach Tschechien gehen sollen. Wien ist doch eine große Stadt und kein Krähwinkel. Bei den Arbeiten sollen auch tschechische Arbeiter und Gewerbetreibende beschäftigt werden. Im Namen der tschechischen Gemeinderäte begrüsst Redner dieses kolossale Projekt.

StR. Breitner (Schlußwort): Es freut mich feststellen zu können, daß sich auch GR. Kunschak als Gegner des Mieterschutzes bekannt hat. diese Haltung deckt sich mit der Anschauung des obersten Führers der christlichsozialen Partei, der die Notwendigkeit des Abbaues des Mieterschutzes als politisches Wahlziel bezeichnet hat. Herr Kunschak hat es auch als Selbstverständlich hingestellt, daß wir Wohnungen bauen. Wir sind auch dieser Meinung, müssen aber sehr bedauern, daß nicht schon früher die christlichsoziale Verwaltung auf diesem Gebiete wenigstens irgendeine Leistung aufzuweisen in der Lage wäre. Ich habe die Voranschläge der Jahre 1908 bis 1913 studiert und nur eine einzige Post im Bezug auf das Wohnungswesen gefunden. Es sind dies sage und schreibe, 10 Kronen (Hört-Hörtrufe!), wobei ich um Ihr Verdienst nicht zu verringern anführe, daß es 10 Goldkronen waren, die offenbar für das Abonnement irgendeiner Zeitschrift eingesetzt worden sind. Wenn GR. Kunschak von den Wohnungsbauten der städtischen Unternehmungen gesprochen hat, so wird kein vernünftiger Mensch diese Bauten als Gemeindehäuser betrachten können. Sind sie doch ausschließlich aus den Beiträgen der Pensionsfonds geschaffen worden, also aus den Geldern, die von den städtischen Arbeitern selbst gezahlt worden sind. Es ist aber auch ganz ungerecht, wenn uns die Wohnbausteuer vorgeworfen wird. Sie vergessen wohl absichtlich, daß wir die ganzen Realsteuern aufgelassen haben und eben nur eine einzige Zweck-steuer eingeführt haben. Es ist etwas ganz ungeheuerliches gewesen, daß wir auf die 70 Millionen Goldkronen, die Sie aus den Mietzinsen herausgeholt haben, verzichteten. An Stelle dieser Steuer besteht heute nur die Verhältnismäßig kleine Wohnbauabgabe, die aber ausschließlich für den Bau neuer Wohnungen verwendet wird. GR. Kunschak hat eine große Reihe von Leistungen der christlichsozialen Gemeindeverwaltung angeführt. Ich weiß nicht, was er damit sagen wollte. Es wäre doch unmöglich, daß eine Verwaltung, die Jahr für Jahr aus der Bevölkerung eine erhebliche Zahl von Millionen Goldkronen herausgeholt hat, garnichts gemacht hätte, aber es muß doch festgestellt werden, daß diese Verwaltung für den Wohnungsbau gar nichts gemacht hat. Nicht deswegen, weil kein Geld dafür vorhanden war. Aber Sie konnten damals gar keinen anderen Standpunkt einnehmen, da im Gemeinderat 55 Hausherren gesessen sind, so daß Sie die private Bewirtschaftung der Wohnungen als oberstes Ziel erklären mussten. Sie haben deshalb auch die im Jahre 1883 geschaffene Bauordnung, die dem Baukapital alles erlaubte, nicht eingeengt. Daher ist es erklärlich, daß wir jene scheusslichen Lichthöfe, jene Räume ohne Belichtung und jene Gangküchen überall unter Ihrer Herrschaft erstehen haben sehen. Das war die Zeit, jenes ungeheuren Tiefstandes der Wohnkultur und wenn Sie nur die Bauordnung reformiert hätten, so hätte sich das Baukapital nicht mehr so gut verzinst, was Sie natürlich nicht haben wollten. In dieser Beziehung kann man also durchaus von einer Vernachlässigung der früheren Verwaltung sprechen. Der Vergleich mit den Brotzuschüssen ist an beiden Füssen gelähmt. Die Brotzuschüsse müssten abgebaut werden, weil sie ja nicht von einem Teil der Bevölkerung getragen worden sind, sondern durch das Banknotendrucken aufgebracht werden mussten. Wenn Sie den Hausherren den 15.000fachen Friedenszins auf Kosten des Staates geben wollten, dann wären wir ebenfalls dagegen. Die Erscheinung, daß die Hausbesitzer, durch das Mieterschutzgesetz hart getroffen werden, ist eben eine Kriegsfolge und keineswegs singulär. Ich will nicht von den Menschenopfern des Krieges sprechen, sondern ausschließlich bei der finanziellen Seite bleiben. Da müssen Sie doch zugeben, daß die Besitzer der Kriegsanleihen, Renten und Hypotheken viel mehr verloren haben, als die Hausbesitzer, die ja den Substanzwert noch besitzen. Der Hausbesitz ist schließlich nur eine Zufallsform des Besitzes und eine Ausnahme kann da durchaus nicht gemacht werden. Sie können also nicht verlangen, daß wir für die Valorisierung der Mietzinse sind.

GR. Kunschak: Sie rennen offene Türen ein!

StR.Breitner: Die Tatsache, daß Herr Seipel davon gesprochen hat, daß die Hausbesitzer wieder vom Ertrag ihrer Häuser leben können, werden Sie nicht ableugnen wollen. Das bedeutet aber eine Valorisierung der Mieten. Eine solche Valorisierung hat der Nationalrat und Gemeinderat Dr.Danneberg für eine bestimmte Schichte schon am 22.Dezember von der Regierung verlangt, und im Nationalrat beantragt, daß die Regierung bis längstens 22.Februar einen Antrag einbringt, der jene Personen, die ein bestimmtes Einkommen haben, verpflichtet, sich ein Eigenhaus zu bauen oder einen bestimmten Betrag für den Bau einer Wohnung herzugeben. Wir schreiben heute den 21.September und es ist seitens der Regierung nicht das allergeringste geschehen. Da könnten Sie Ihre Valorisierungsgelüste voll betätigen.

GR.Kunschak: Das ist ganz etwas anderes.

StR.Breitner: Freilich, ist das ganz etwas anderes, weil Sie wollen das dem Nutzen der Valorisierung der Mieten dieser Besitzenden die Hausherren haben sollen, während wir ihn der allgemeinen Wohnbautätigkeit zuführen wollen. Es ist auch bei unserer Wohnbausteuer dieses Prinzip hochgehalten. Die Skala dieser Steuer beginnt mit dem 40fachen Friedenszins und endet mit dem 500fachen im Frieden gezahlten Mietzins. Wenn GR. Kunschak gemeint hat, daß früher viele Wohnungen leer gestanden sind, so braucht doch nicht darauf hingewiesen werden, daß eben die Leute das Geld für die Miete nicht aufbringen konnten. Glauben Sie, daß sonst das Schandmal des Bettgeherwesens, der Kellerlöcher und des Zusammengepferchtseins möglich gewesen wäre? Sie haben wohl leerstehende Wohnungen im Frieden gehabt, dafür aber waren die Obdachlosenasyle überfüllt und die Leute haben in den Ziegelöfen übernachtet. Ich kann nur einen Ausspruch anführen, der so recht Ihre Wohnungspolitik charakterisiert und der in der Gemeinderatssitzung vom 17.Oktober 1911 gefallen ist. Damals wurde gesagt, daß es vom Standpunkt der Hausbesitzer begreiflich ist, wenn Sie keine Parteien nehmen, die keine Einrichtung, wohl aber viele Kinder haben. (Rufe: Skandal! Wer hat das gesagt?) Das hat niemand anderer als ihr heutiger Vizebürgermeister Hoss in diesem Saale gesprochen. GR.Kunschak hat auch gemeint, daß wir bei diesem Bauprogramm weiter gegangen wären, als wir es verantworten können. Dem gegenüber stelle ich fest, daß selbst, wenn wir nach dem 21.Oktober diese Stadt nicht verwalten würden wir eine solche Augenauswischerei nicht machen würden. Wir sind aber der festen Ueberzeugung, daß wir auch nach den Wahlen diese Verwaltung so wie jetzt weiter führen werden und da werden Sie uns doch nicht zumuten wollen, daß wir uns ein derartiges Kuckuksei legen. Ich kann nur wieder erklären, daß ich für dieses Programm jene volle Verantwortung übernehme, die dem Finanzreferenten zukommt. Ich erkläre nochmals, daß wir gegen jede, wie immer geartete Lockerung des Mieterschutzgesetzes sind, ob es sich nun um die Wiederherstellung der Hausherrenrente oder darum handelt, daß die Mieter auch wenn sie den valorisierten Zins zahlen, wieder aufs Pflaster geworfen werden können. Weil wir aber wissen, daß der Mieterschutz nurbestehen bleiben kann, wenn neue Wohnungen gebaut werden, so werden wir mit aller Kraft ans Werk gehen. Die Bevölkerung wird sich nicht darum kümmern, daß Sie nur für die Errichtung dieser Wohnungen sind, aber gegen die Bedeckung stimmen, weil sie weiß, daß sie auch für die Lohnerhöhungen der Straßenbahner, aber gegen die Tariferhöhungen gestimmt haben, sondern sie wird mit uns einer Meinung sein. (Lebhafter Beifall)

GR.Huber (chr.soz.) berichtigt tatsächlich, daß er niemals von einer Valorisierung der Mietzinse gesprochen habe, daß der Hausbesitzer 42% des Friedenszinses für Steuern, 10% für Betriebskosten und 15% für die Erhaltung des Hauses ausgeben musste, so daß ihm nur 33% übrig geblieben sind. Aber auch diese 33% sollen nicht valorisiert werden. Auch von einem Kündigungsrecht habe er niemals gesprochen. Er erkläre jedem, der ihm vorwerfe, daß er für den 15.000fachen Zins und für die Aufhebung des Kündigungsrechtes gesprochen habe, für einen gemeinen, lügnerischen Schurken. (Großer Lärm) Bürgermeister Reumann ruft GR.Huber wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung.

GR.Kunschak (chr.soz.) es wird behauptet, daßich die Wiederkehr der früheren Verhältnisse als Wahlziel aufgestellt hätte. Demgegenüber berichte ich, daß ich mit keinem Worte ein solches Verlangen gestellt habe, sondern im Gegenteil. Der Referent hat ferner behauptet, dass ich das Verlangen gestellt habe, daß die Hausherren des Verlustet, den Sie durch den Krieg erlitten haben, schadlos gehalten wurden. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich auch nicht einmal das Wort Hausherr oder Hausbesitzer im dem Mund genommen habe, weil ich die Frage wohnungspolitisch behandelt wissen wollte. Es wurde weiter behauptet, ich hätte erklärt, daß die Gemeindebautätigkeit eine unmögliche wäre und die private Bautätigkeit in Kraft treten müsse. Ich habe erklärt, daß ich vollstes Verständnis für die kommunale Bautätigkeit habe, es muß aber diese Tätigkeit auch mit dem privaten Kapital eine Verbindung finden. Ich habe mit keinem Wort von Kündigungsrecht gesprochen. Ich kann sagen, daß der Ansicht meiner Partei nach an einer Lockerung des Kündigungsrechtes nicht gedacht werden kann.

StR.Breitner Aus dem Haus wird die Wohnbausteuer bezogen welche eine Zwecksteuer ist. Ferner habe ich nur festgestellt daß Herr Kollege Kunschak sich als ein entschiedener Gegner des Mieterschutzgesetzes bekannt hat. Im Bezug auf das Kündigungsrecht hat der oberste Führer der christlichsozialen Partei in einer Versammlung auf der Wieden erklärt, daß es wieder so weit kommen müsse, daß der Hausherr den Mieter und der Mieter den Hausherrn frei suchen kann. Dieser Ausspruch wurde vom Bundeskanzler Seipel gemacht, welcher für die Politik der christlichsozialen Partei die Verantwortung trägt.

Es erfolgt nun die Abstimmung über das Bauprogramm. Die Durchführung der Schaffung von 25.000 Wohnungen wird einstimmig angenommen, gegen jenen Teil des Antrages, der einen Kredit von 100 Milliarden Kronen vorschussweise aus den Kassenbeständen pro 1924 vorsieht, stimmen die Christlichsozialen. Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es werden hierauf die Gegenstände 73, 74, 75, 76 ohne Debatte angenommen.

GR.Hiess beantragt, daß dem Verein „Die Bereitschaft" anlässlich seines 10jährigen Bestandes eine Subvention von 25 Millionen Kronen bewilligt werden soll.

GR.Motzko (chr.soz.) verlangt, daß auch der Charitasverband und die ihm angeschlossenen Vereine in Hinkunft von der Gemeinde subventioniert werden mögen, denn die Art und Weise der Erteilung der Subvention durch die jetzige Gemeindeverwaltung sei durchaus keine solche, daß sie eine objektive und neutrale genannt werden könne.

GR.Hiess erwidert, wenn es so wäre, wie Frau Motzko sagt, daß bei der Vergebung der Subventionen nachparteipolitischen Gesichtspunkten einseitig vorgegangen werde, wäre das nur ein Akt der Vergeltung, da die Christlichsozialen 22 Jahre hindurch nicht die geringsten Subventionen an Vereinigungen geleistet hatten, außer wenn deren Titel das Wort christlichsozial oder heilig beinhaltete. Ich sage, wir wollen selbst nicht gleiches mit gleichem vergelten, sondern wir sind bestrebt allen Vereinen Subventionen zukommen zu lassen, die für die Bevölkerung Wiens erspiessliches leisten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen und die Sitzung geschlossen.

-.-.-.-.-.-.-.-

R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Samstag, den 22. September 1923.

-.-

Sitzungen im Rathause. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags und der Gemeinderat am Freitag um 4 Uhr nachmittags Sitzung.

-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenbahnlinie 63. Vom Sonntag, den 23.ds. an wird die Linie 63 in der Fahrtrichtung von der Stadt wieder so wie früher durch die Preßgasse geführt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

Lieferungsausschreibung der Strassenbahnen. Für das Jahr 1923/24 werden die Bremsklötze für die städtischen Strassenbahnen im Wege der Ausschreibung zur Lieferung vergeben. Die öffentliche schriftliche Anbotverhandlung wird am Mittwoch, den 10.Oktober um 10 Uhr Vormittag in der Direktion der städtischen Strassenbahnen IV.,Favoritenstrasse 11 abgehalten. Die Bedingungen und Zeichnungen können im Bestellbüro der Hauptwerkstätte XIII., Siebeneichengasse 7 behoben werden. Es wird die Lieferung von rund 340.000 Kilogramm Bremsklötzen vergeben werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

Große Spenden für Wohlfahrtszwecke. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates teilte Bürgermeister Reumann mit, daß der Verein „Hilfe für Oesterreich" in Milwaukee für die notleidenden Kinder, erwerbsunfähigen Krüppel und Invaliden sieben Millionen Kronen und zwanzig Dollar, ein ungenannt sein wollender Spender für interkonfessionelle Wohltätigkeitszwecke fünf Millionen Kronen, die Gemeinschaft „Alt Wien" in New-York für mehrere namentlich genannte Vereine 3 3 Millionen Kronen, das Komitee des achten internationalen Kongresses der theosophischen Gesellschaft in Wien für Arme drei Millionen, der Verein „Deutschenhilfe" in Portland für das städtische Zentralkinderheim Herr Franz Dufek für Arme 1.4 Millionen, Herr Fritz Gutmann 1 Million, 1,270,000 Kronen, Herr Willi Raudnitz für arme Schulkinder eine Millia Kronen, das Marylandhilfskomitee in Baltimore für die städtische Kinderherberge am Tivoli 900.000 Kronen, der Josefstädter Waisenhausverein 500.000 Kronen, Herr Gustav Reitler für Arme 500.000 Kronen, Herr Peter Habig 500.000 Kronen, Herr Adolf Dufek für Arme 500.000 Kronen gespendet haben. Außerdem ist eine ganze Anzahl kleinerer Spenden eingelangt

-.-.-.-.-.-.-.-

Freiplätze der Gemeinde an der Hochschule für Welthandel. Für das Studienjahr 1923/24 werden an Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel in Wien fünf Freiplätze vergeben. Bewerber um diese Freiplätze müssen in Wien Heimatberechtigt und bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen sein, die Reife-Prüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloses sittliches Betragen aufweisen. Den Gesuchen sind Geburts- und Heimatsschein, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung beizulegen. Aus dem Mittellosigkeitszeugnis müssen auch die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Bewerbers und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, sowie ein allfälliger Genuß von Stipendien oder Freiplätzen für sich oder seiner Geschwister zu ersehen sein.

-.-.-.-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Montag, den 24.ds. die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Breitner.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Wiener Gaspreise. Durch den am Dienstag gefassten Beschluss des Stadtsenates ist der Wochenpreis für Gas mit 2100 Kronen festgelegt worden. Dies entspricht, da der Friedenspreis 17 Heller gewesen ist, einer Erhöhung um das 12.353fache und bleibt also hinter der Goldparität zurück, vor allem anderen aber hinter den Kohlenpreisen, die bekanntlich um das 26.000fache gestiegen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die anderthalbprozentige Wasserkraftabgabe und durch die Warenumsatzsteuer, letztere sowohl was den Bezug der Kohle, wie den Verkauf an die Konsumenten anlangt, eine mehrprozentige Verteuerung gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten ist. Dieses Ergebnis ist einerseits auf eine ganze Reihe von internen Sparmaßnahmen, maschinellen Verbesserungen, Ausdehnung des Absatzes, vor allem anderen aber darauf zurückzuführen, daß das Gaswerk in den letzten Jahren eigentlich eine große chemische Fabrik geworden ist, bei dem das Gas die Rolle des Nebenproduktes spielt. Für diese chemischen Erzeugnisse, die, wie Benzol, in die Schweiz exportiert werden, sind gute Preise zu erzielen, die eine Verbilligung des Gases bewirken. Wie die Verhältnisse in jenen österreichischen Orten sich gestaltet haben, in denen dem Gaswerke nicht diese Entwicklung gegeben wurde, zeigen die Gaspreise in folgenden Städten. Es kostete am 15.September 1923 ein Kubikmeter Gas in Baden 3000 Kronen, Bregenz 40 Goldheller = 5800 Kronen, Eggenberg 2750 Kronen, Feldkirch 35 Goldheller = 5075 Kronen, Gmunden 3300 Kronen, Graz 2700 Kronen, Ischl 4000 Kronen, Krems 3000 Kronen, Linz 3200 Kronen, Mistelbach 3000 Kronen, Mödling 2700 Kronen, Salzburg 2500 Kronen (Erhöhung bevorstehend), Steyr 3200 Kronen, St.Pölten 3000 Kronen, Traiskirchen 3413 Kronen, [illegible]ach 5000 Kronen, Wels 3300 Kronen, Wr.Neudorf 3265 Kronen, Wr.Neustadt 3000 Kronen.

Besonders bemerkenswert ist es, daß die Preise für Gas in der Tschechoslovakei, wiewohl ja die Gaskohle sich dort im Lande befindet, außerordentlich hoch sind. So beträgt der Gaspreis in Mährisch-Ostrau, also unmittelbar am Gewinnungsorte, 2.50 tschechoslovakische Kronen, was 5300 österreichischen Kronen gleichkommt. Auch in Prag sind ähnliche Verhältnisse. Heizgas stellt sich auf 2.15 tschechische Kronen, also 4558 österreichische Kronen, Lichtgas sogar auf 2.60 tschechische Kronen, das sind 5590 österreichische Kronen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Grillparzer Ausgabe der Stadt Wien. Vor anderthalb Jahrzehnten wurde unter der Leitung August Sauer's die große Grillparzer Ausgabe der Stadt Wien ins Leben gerufen. Durch die Ungunst der Zeit geriet sie ins Stocken. Durch einen neuen Vertrag der Gemeinde mit dem Kunstverlag A.Schroll und Co. ist nun diese Gesamtausgabe an den genannten Verlag übergegangen. Damit ist die Fortführung dieser Monumentalausgabe gesichert und die weiteren Bände werden in rascher Folge erscheinen. Hofrat Sauer, der berufen ste Grillparzer-Kenner, bleibt auch weiter der Herausgeber und eine Reihe jüngerer Forscher wird ihm zur Seite stehen. Bis Weihnachten sollen fünf neue Bänder der Ausgabe erscheinen. Außerdem geben vertragsgemäß im gleichen Verlage August Sauer und Edwin Rollett eine volkstümliche Ausgabe Grillparzers Heraus. Sie wird alle seine Meisterwerke enthalten und bereits auf den kri tischen Ergebnissen der großen Gesamtausgabe füßen. Auch von dieser Ausgabe sollen einige Bände bereits in den nächsten Monaten erscheinen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Das städtische Bäderwesen. Am Freitag, den 12.Oktober hält Stadtbaurat Ing.Johann Barousch um 7 Uhr abends im Kleinen Saale der Urania einen Vortrag über das städtische Bäderwesen in Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Samstag, den 22. September 1923 Abendausgabe.

Die Stromversorgung Wiens ohne ausländische Kohle gesichert.

In der nächsten Zeit wird dem Wiener Gemeinderate eine Vorlage zugehen, die das Ergebnis langer schwieriger Verhandlungen ist, die der die Gemeindeverwaltung Gemeinderat Professor Fränkel geführt hat. Es handelt sich um ein weitgreifendes Abkommen mit den oberösterreichischen Wasserkraftwerken. Die Gemeinde hat sich aus dem Partensteiner Wasserkraftwerke, das im Spätsommer 1924 bereits in Betrieb gehen wird, unter günstigen Verhältnissen 35 Millionen Kilowattstunden elektrischen Strom gesichert, die sich nach erfolgten maschinellen Ausbau der Anlage auf rund 53 Millionen Kilowattstunden erhöhen werden. Zu den Vollendungsarbeiten der Partensteiner Wasserkraftanlage hat die Gemeinde Wien keinerlei finanzielle Beihilfe zu leisten, sondern nur die Fernleitung herzustellen. Im übrigen handelt es sich dabei um ein Stromlieferungsabkommen.

Darüber hinaus erfolgt gemeinsam mit der oberösterreichischen Wasserkraftwerkegesellschaft die Gründung einer „Ennswasserkräfte A.G.", die unverzüglich daran gehen wird, baureife Projekte herzustellen.

Aber auch das eigene Bauprogramm der Gemeinde schreitet kraftvoll vorwärts. Die Arbeiten an dem Wasserkraftwerk in Opponitz vollziehen sich programmgemäß, wenn sich auch die Arbeiten im Berge oft sehr schwierig gestalten. Es ist nach den bisherigen Fortschritten möglich, daß im Sommer 1924 diese Wasserkraftanlage vollständig fertiggestellt sein wird.

Eine weitere Ergänzung erfolgt noch durch den Ausbau der Hochquellenwasserleitung in Gaming, die gleichfalls für die Stromerzeugung nutzbar gemacht werden wird. Schon am 26.ds. erfolgt dort der erste Stollenanschlag. Die Bauzeit dieses Werkes ist mit etwas mehr als zwei Jahren in Aussicht genommen.

Ohne die Ennskraftwerke vorläufig noch in Betracht zu ziehen, wird Ende 1925 das städtische Elektrizitätswerk einerseits aus den Wasserkräften und andererseits aus dem Zillingdorfer-und Ybbstaler Kohlenbergwerken so viel Strom bekommen, daß selbst, wenn eine weitere namhafte Steigerung des Konsums eintritt, nicht weniger als 80 Prozent des voraussichtlichen jährlichen Gesamtbedarfes von rund 350 Millionen Kilowattstunden aus inländischen Kraftquellen gedeckt werden. Der große Fortschritt kann wohl am besten daraus ersehen werden, daß im letzten Friedensjahre, in dem die Produktion weitaus geringer war, nur etwa drei Prozent des elektrischen Stromes nicht durch den Bezug von böhmischer und deutscher Kohle erzeugt worden sind. Hier handelt es sich also in wirklich greifbarer Weise um ein gewaltiges Stück Wiederaufbau, weil durch die Erschliessung früher unbenützter Kraftquellen die ausländische Kohle nicht mehr notwendig sein wird und dadurch unsere Zahlungsbilanz sich günstiger gestalten wird. Abgesehen davon, wird aber auch die inländische Elektrizitätsindustrie bedeutende Ausbreitungsmöglichkeiten erhalten und werden viele tausende Erd- und Bauarbeiter schon jetzt Arbeit und Verdienst finden. Die Herstellung der Wasserkraftanlagen in diesem Umfange, wird aber auch mit einer Verbilligung des elektrischen Stromes verbunden sein. Wie sehr gerade die starke Verbesserung der Stromerzeugung einem weiten Kreis der Wiener Bevölkerung entgegenkommt, beweist die Tatsache, daß in den vier Jahren der Nachkriegszeit die Zahl der elektrischen Anschlüsse in Wien sich nahezu verdoppelt hat. Während im Frieden das elektrische Licht fast ein Merkzeichen der Wohlhabenheit war, dringt es jetzt in einem geradezu stürmischen Tempo in alle Haushalte ein und auch die Industrie geht immer mehr zur Benützung des Kraftstromes über. Die städtischen Elektrizitätswerke vollziehen gegenwärtig in jeder Woche ungefähr 250 neue Anschlüsse.

Heute nachmittag fand im Rathause eine Pressekonferenz statt, in der Professor Gemeinderat Fränkel, als Präsident der WAG über die Versorgung Wiens mit elektrischen Strom folgendes mitteilte:

Die Gemeinde Wien sah sich durch die wachsenden Ansprüche der Licht- und Kraftkonsumenten veranlasst, eine weitaus greifende Aktion zur Sicherstellung von Wasserkräften zu unternehmen. Wie sehr der elektrische Strom sich in Wien eingebürgert hat, geht daraus hervor, daß Ende August 1919 die Zahl der Konsumenten 158.878 war, während sie Ende August 1923 bereits 287.321 betrug. Schon Ende des Jahres 1921 begann die Wasserkraftwerke A.G. (WAG) im Auftrage der Gemeinde Wien den Bau des Opponitzer Werkes. Aus diesem Werke wird Wien rund 47 Millionen Kilowattstunden Strom im Sommer 1924 beziehen können. Die Fernleitung dieses Werkes wird aber eine Leistungsfähigkeit von 180 Millionen Kilowattstunden haben, so daß auch andere Stromquellen auf sie übertragen werden können. Die Gemeinde Wien hat nahezu allein die Mittel für den Bau des Opponitzer Werkes und der Fernleitung beschafft.

In der nächsten Nähe des Opponitzer Werkes findet sich im Zuge der zweiten Wiener Hochquellenleitung zwischen Lunz und Kienberg-Gaming im Stollen ein Rohgefälle von nahezu 200 Metern. Die Energie des Wassers in dieser Gefällsstrecke soll nun für die Stromerzeugung benützt werden. Es muß ein neuer Stollen von etwa 7.8 Kilometer Länge geschlagen werden. Die WAG hat bereits gemeinsam mit den städtischen Elektrizitätswerken die Baueinleitungen für dieses Werk getroffen, die Bauvergebung ist erfolgt und am 26.ds. wird der Stollen angeschlagen werden. In längstens zweieinhalb Jahren wird auch die dort gewonnene Wasserkraft in die Fernleitung nach Wien abgegeben werden können.

Die Leistung des Opponitzer- und Wasserleitungswerkes genügt aber nicht, um den Bedarf an Wasserkraftenergie im Wiener Becken zu befriedigen. Es mußte also nach neuen Stromlieferungsquellen gesucht werden.

Dafür bietet sich nun eine günstige Gelegenheit. Im Spätsommer des nächsten Jahres wird das von der oberösterreichischen Wasserkraft A.G. (OWEAG) begonnene Großwasserkraftwerk an der großen Mühl bei Partenstein vollendet werden. Gemeinderat Professor Dr.Fränkel hat nun nach mühevollen über ein Jahr währenden Verhandlungen einen Stromlieferungsvertrag abgeschlossen. Nach diesem Vertrage bekommt Wien während 16 Stunden der Tageszeit durch fünf Wochentage und während fünf Stunden an Samstagen aus diesem Werke die Hälfte der Anfangsleistung. Dadurch sichert sich Wien 35 Millionen Kilowattstunden Strom, die später auf 53 Millionen gesteigert werden können.

Im Zusammenhange und im Anschluß an diese Stromlieferungsübereinkommen ist ferner auch für die weitere Entwicklung der Kraftversorgung Wiens der Ausbau der oberösterreichischen Ennskraft wichtig.Gemeinsam mit der Stadt Wien soll daher mit der OWEAG eine Ennswasserkräfte A.G. errichtet werden, die den Ausbau der Ennskraftstufen vorzunehmen haben wird. Die Gesellschaft wird sich sofort mit der Verfassung von baureifen Projekte für diese Kraftstufen befassen. Das Gründungskapital ist zunächst verhältnismäßig niedrig, mit mindestens 500 Millionen Kronen vorgesehen. Es wird später nach Bedarf erhöht werden, woran beide Vertragsteile gleichmäßig beteiligt sind. Aus der oberösterreichischen Enns können ungefähr 100-000 Pferdekräfte gewonnen werden. Nimmt der Wiener Gemeinderat die beiden festverbindlichen Angebote der OWEAG an, dann ist ein bedeutsamer und richtunggebender Fortschritt in der Umstellung der Energieversorgung der Stadt Wien auf Wasserkraftstrom erreicht. Die etwa 200 Kilometer lange Fernleitung von Wegscheid über Gresten nach Wien kann durch die Stromlieferungen aus dem Opponitzer-,Wasserleitungs- und Partensteinerwerke mit etwa 120 Millionen Kilowattstunden im Jahre bereits mit zwei Drittel ihrer Leistungsfähigkeit ausgenützt werden.

Präsident Gemeinderat Professor Fränkel wies darauf hin, daß es sich hier um keine Zukunftspläne, sondern um vollkommen reife Projekte handelt. Die Gemeinde Wien wird nach Ausführung dieser Werke auf diesem Gebiete eine führende Rolle einnehmen.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

250

Wien,am Samstag,den 22.September 1923.Dritte Ausgabe.

-.-

Die Einäscherung der Leiche der Gemeinderätin Fleischner.Heute nachmittags wurde im Krematorium der Stadt Wien die Leiche der Gemeinderätin Rudolfine Fleischner den Flammen übergeben.Vorher war im Zeremonienraum der Leichenhalle eine kurze Abschiedsfeier,zu der viele Gemeinderäte,Bezirksvorsteher,Bezirksräte und andere Gemeindefunktionäre erschienen waren.Bürgermeister Reumann hielt der verstorbenen Gemeinderätin einen tiefempfundenen Nachruf,in dem er vor allem darauf verwies,dass sie in nimmermüder Arbeit für das Wohl der Stadt Wien und deren Bewohner tätig war und diese angestrengte Arbeit ihr Leiden verschlimmerte.Im Namen der Stadtverwaltung dankte der Bürgermeister der Verstorbenen für die grossen Verdienste,die sie sich um die Gemeinde erworben hat,die ihr ein immerwährendes Gedenken bewahren wird.Dann sprachen noch für die weiblichen Gemeinderäte Marie Bock und für die Bezirksvertretung Alsergrund,wo die Verstorbene seit vielen Jahren wirkte,Bezirksvorsteher Schober,die der teuren Toten für ihre unermüdliche Tatkraft in zu Herzen gehenden Worten dankten. Nach Absingung des Trauerchors „Ruhe müder Wandrer" wurde der Leichnam den Flammen übergeben.

-.-.-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde beim Bürgermeister.Am Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei Bürgermeister Reumann.

-.-.-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde bei dem städtischen Wirtschaftsreferenten.Am Donnerstag den 27.d.entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Kokrda.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eine Riesenleiter für die städtische Feuerwehr. Gestern wurde in der Filiale Mariahilf der städtischen Feuerwehr die neue Spezialleiter, die vollkommen automatisch in Bewegung gesetzt wird, erprobt. Es handelt sich hier um eine Verbesserung der Ausrüstung der Feuerwehr, die weit über die Friedensverhältnisse hinausgeht. Es gibt in Oesterreich überhaupt keine Stadt, die über eine solche moderne Leiter verfügen würde. Die Gemeinde Wien hat es imInteresse eines modernen Feuerschutzes für unerlässlich erachtet, diese Riesenleiter, die dreißig Meter hoch ist, anzukaufen. Bis jetzt verfügte die städtische Feuerwehr über zwei Leitern, die je achtundzwanzig Meter hoch waren. Da aber nunmehr durch den Bau von Mansardenwohnungen höhere Leitern notwendig sind, hat die Gemeindeverwaltung schon vor Jahresfrist die nunmehr in Verwendung stehende dreißig Meter hohe automatische Schubleiter bestellt. Sie ist auf einem 70 pferdekräftigen Kraftwagen montiert und wurde von den Magirus-Werken in Ulm hergestellt. Die Kosten betragen ungefähr 400 Millionen Kronen. Die Leiter stellt ein wahres Wunderwerk der Technik dar. Sie wird nur von einem Mann bedient und erhält die treibende Kraft von dem Motor des Wagens, auf dem die Leiter aufgebaut ist. In kaum 45 Sekunden ist die Leiter, die aus vier Teilen zusammengesetzt ist, vollkommen automatisch auf dreißig Meter Höhe aufgestellt. Interessant ist, daß diese Leiter nur in einigen wenigen der grössten Städte des Kontinentes verwendet wird, weil sie nur für besonders hohe Objekte notwendig ist. Die Erprobung verlief vollständig zufriedenstellend, so daß nun die städtische Feuerwehr, die auch in den schlechtesten Zeiten immer auf der vollen Höhe gestanden ist, ein neues wichtiges Requisit in dem Kampfe gegen große Brände, sowie für verschiedene Hilfeleistungen erhalten hat. Es wurde auch bereits eine zweite Leiter in der gleichen Ausführung bestellt. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege der Modernisierung der Wiener städtischen Feuerwehr gemacht worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Montag, den 24. September 1923.

-.-

Die Bezirksvertretung Hietzing für die Elektrifizierung der Stadtbahn.

Am 22.ds. hielt die Bezirksvertretung Hietzing eine außerordentliche Sitzung, in der Bezirksvorsteher Schimon namens des überwiegenden Teiles der Bevölkerung des XIII.Bezirkes die Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn verlangte und folgenden Antrag einbrachte: Die elf Kilometer lange Wientallinie der Wiener Stadtbahn läuft fünf Kilometer durch Hietzing. In diesem Bezirkes befinden sich sechs Stationen und Haltestellen der Stadtbahn, wodurch allein schon das hohe Interesse dieses Bezirkes an der Stadtbahn gegeben ist. Der grösste Teil der Stadtbahnfahrgäste besteht aus Bewohnern Hietzings. Solange die Stadtbahn mit Dampf betrieben wird, haben die Anrainer über die Rauch- und Rußbelästigung geklagt. In allen gedeckten Einschnitten und Tunnels wird auch die Gesundheit der Fahrgäste durch die angesammelten giftigen Rauchgase gefährdet. In der Gesundheit am meisten gefährdet ist aber das Fahr- und Streckenpersonal der Stadtbahn selbst und es wäre daher auch aus diesem Grund begrüssenswert, wenn die Elektrifizierung möglichst rasch erfolgen könnte. Nicht unerwähnt dürfen auch die reichen Arbeitsgelegenheiten, bleiben, die durch die Elektrifizierung der Stadtbahn geschaffen werden. Endlich kommt noch in Betracht, daß durch den Anschluß der Linie 60 in Hietzing an die Stadtbahn eine direkte Verbindung mit Mauer hergestellt wird. Aus allen diesen Gründen ist es begreiflich, daß die Bevölkerung von Hietzing auf dieses modernisierte Verkehrsmittel bereit ungeduldig wartet und ihr Ansuchen mit dem der Bezirksvertretung vereint, daß die maßgebenden Faktoren mit der größten Beschleunigung dieses Werk der Gemeinde Wien ermöglichen sollen.

Für die christlichsoziale Fraktion des Bezirksrates erklärte Bezirksrat Taubeck, daß seine Partei selbstverständlich für dieses ungemein wichtige Projekt stimmen werde und wünsche, daß es möglichst bald der Verwirklichung zugeführt werden kann.

Der Antrag des Bezirksvorstehers wurde sodann einstimmig angenommen

-.-.-.-.-.-.-.-

Herabsetzung und Vereinfachung der Lagerhausgebühren. Am 1.Juli wurden die Lagerhaustarife bedeutend ermäßigt. Nun wird sich bereits am Freitag der Gemeinderat abermals mit Anträgen zu beschäftigen haben, die nebst einer begrüssenswerten Vereinfachung gegenüber dem früheren Tarif auch eine Gebührenherabsetzung enthalten. Die Vereinfachung der Gebühren wurde vor allem durch Zusammenziehung vom bisher besonders in Anrechnung gebrachten Tarifen erreicht. Auch wurden die Zuschläge für die Dezimalverwägung und für Einzelverwägung, sowie für das Egalisieren der Säcke herabgesetzt. Nach dem Antrage sollen auch die Zollbehandlungsgebühren für größere Mengen im Schleppumschlagverkehr ermässigt und die Anzeigegebühren für die normalen einmaligen Ankunfts-, Einlagerungs-, Durchzugs- und Ausgangsanzeigen aufgelassen werden. Der neue Tarif soll bereits am 1.Oktober angewendet werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

Verschiebung der Stadtsenatssitzung. Die für Dienstag einberufene Sitzung des Stadtsenates findet erst am Freitag statt.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z
Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

A B E N D = Wien, am Montag, den 24. September 1923. = A U S G A B E

-.-

Handarbeitsschulen an 15o Mädchenvolksschulen. Wiederholt wurde öffentlich darüber geklagt, dass schulpflichtige Kinder an den schulfreien Nachmittagen vielfach sich selbst überlassen sind, da es an Beschäftigungsanstalten für sie mangelt. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat der Stadtschulrat für Wien die Errichtung von Handarbeitsschulen an Mädchenvolksschulen beschlossen. Die organisatorischen Vorarbeiten wurden ungesäumt in Angriff genommen, so dass es möglich ist, bereits am 1. Oktober im Schulbezirke Wien an 15o Mädchenvolksschulen derartige Handarbeitsschulen zu eröffnen. Diese Schulen werden an fünf Nachmittagen, ausgenommen am Samstag, von ½3 Uhr bis 5 Uhr für Schülerinnen der Mädchenvolksschulen frei zugänglich sein. In diesen Kursen, die von den städtischen Handarbeitslehrinnen geleitet werden, sollen vor allem weibliche Handarbeiten betrieben werden. Es ist geplant, dassdie Kinder beschädigte Wäsche für das Elternhaus ausbessern oder neue Wäschestücke anfertigen. Für diese Kurse sind Anmeldungen ausschliesslich bei den Klassenlehrerinnen vorzunehmen. Das erforderliche Arbeitsmaterial ist zunächst von den Eltern der Mädchen beizustellen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Klassenlektüre für jedes Schulkind. Im städtischen Finanzausschuss beantragte heute amtsführender Stadtrat Breitner zur Nachschaffung von Klassenlektüre einen Zuschusskredit von 56oo Millionen Kronen. Der Antrag wurde angenommen und es wird nun möglich sein, die Klassenlektüre derart zu ergänzen, dass jedes Schulkind die in Betracht kommenden Bücher erhält, während bisher immer zwei Kinder gemeinsam diese Bücher benutzen mussten. Es werden nunmehr die Schulkinder den Lesestoff nach Hause nehmen können, was gegenwärtig nicht möglich gewesen ist. Diese wichtige Reform wird längstens bis zu Ende dieses Jahres durchgeführt sein.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Gartenwesen und Wasserversorgung. In diesem Jahre hat die Gemeindeverwaltung die städtischen Gartenanlagen gründlich instandsetzen lassen. Diese sehr umfangreichen Arbeiten sind nun grösstenteils beendet. In kürzester Zeit werden auch die grossen Arbeiten, die zur Umwandlung des Matzleinsdorfer-, des Währinger- und des Donaufelderfriedhofes notwendig sind, beendet sein und drei umfangreiche und prächtige Parkanlagen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Zahl der Gartenbänke, die im Kriege und in der ersten Zeit nach dem Kriege sich stark verringert hat, ist in diesem Jahre auf den Friedensstand gebracht worden. Der grösste Teil der neuen Bänke ist bereit geliefert worden.

Fertiggestellt sind auch die Zuleitungen von Wasser in die Siedlungen und Kleingärten. Alle im Voranschlag für das Jahr 1923 enthaltenen Wasserleitungsrohrlegungen sind bereits durchgeführt. Auch die im dritten Notstandsprogramm vorgesehene Versorgung der Siedlung „Am Bruckhaufen" mit Hochquellenwasser und die Sicherung des Leitungsstollens in Neubruck stehen vor der Vollendung. Es verbleibt nunmehr nur noch die Durchführung der Umlegung der „Kläfferbrünne" an der Hochquellenleitung, zu der in den nächsten Tagen mit der Arbeit begonnen werden wird. Die Stollenbauten für die Einleitung der Brunngrabenquelle in die Hochquellenleitung wurden bereits im vorigen Winter vollendet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Rechnungsabschlüsse der Gemeinde für 1921 und 1922. Dem gemeinderätlichen Finanzausschuss wurden heute die Rechnungsabschlüsse für das zweite Halbjahr 1921 und für das Verwaltungsjahr 1922 vorgelegt. Darin kommt zunächst zum Ausdruck, dass das Rechnungsamt die überaus grossen Schwierigkeiten, die sich aus den gewaltigen Buchungsrückständen der Kriegszeit und des ungeachtet dessen vollzogenen Ueberganges von der kameralistischen zur doppischen Buchhaltung restlos überwunden hat. Der Gemeindeverfassung entsprechend muss der Rechnungsabschluß für ein abgelaufenes Verwaltungsjahr binnen neun Monaten dem Finanzausschuss unterbreitet sein. Wien ist die einzige große öffentliche Körperschaft, die seit Kriegsende ohne jedes Budgetprovisorium ihren Haushalt geführt hat und nun erfolgt auch die Rechnungslegung vollkommen termingemäss.

Was die Ergebnisse der beiden Gebarungsperioden anlangt, so zeigen sie, dass die Gemeinde bereits vom Juli 1921 an das vollständige Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt hat. Darin ist auch durch die schwersten Erschütterungen des Geldwertes, wie sie in den Sommermonaten des vergangenen Jahres eingetreten sind, nicht geändert worden. Die unausgesetzt betriebenen Sparmassnahmen auf der einen Seite, das neuartige Steuersystem mit seinem Aufbau nach Prozenten und den kurzen Einzahlungsfristen, die eine automatische Angleichung an die Veränderungen des Geldwertes bewirkten, haben sich voll bewährt. Für das zweite Halbjahr 1921 stehen unvorhergesehenen Mehrausgaben von 6184 Millionen Kronen, Mehreinnahmen von 9238 Millionen Kronen im Vergleich zu den Ansätzen des Voranschlages gegenüber. Dieses Ergebnis ist nahezu ausschliesslich durch die Finanzgruppe erzielt worden und nur die Unternehmungen haben noch mit 2o9 Millionen Kronen daran Anteil. Sonst ergibt sich in allen Gruppen, auch dort wo es zu Gebührensteigerungen, wie etwa bei den Bädern, Schlachthäusern, Märkten, Platzzinsen u.s.w. gekommen ist oder Sparmassnahmen einsetzten, doch ein Mehraufwand, der naturgemäss am stärksten in der Personalgruppe ist. Als Endergebnis ist festzustellen, dass sich das präliminierte Defizit von 15oo Millionen Kronen in einem Uebersschuss von 1555 Millionen Kronen verwandelt hat. Die Aufstellung über das Gemeindeeigentum bietet, wie dies allgemein der Fall ist, kein entsprechendes Bild, da Kronen der verschiedensten Wertung zusammengerechnet sind. Wie sehr sich die Währungsverhältnisse seither geändert haben, erweist am besten die Gesamtausgabensumme dieses Halbjahres, die kaum 13 Milliarden Kronen ausmacht. Ganz anders ist schon das Bild des Abschlusses für das Jahr 1922. Die Gesamtausgaben betragen 673 Milliarden Kronen, während es nach dem vom Gemeinderat genehmigten Voranschlag nur etwas über 31 Milliarden Kronen hätten sein sollen. Es ist also eine Steigerung um das einundzwanzigfache eingetreten. Damit haben die Einnahmen nicht nur vollen Schritt gehalten, sondern sie zeigen vielmehr eine Erhöhung um das Siebenundzwanzigfache. Teils im Zuge der Geldentwertung, teils als eine Wirkung vorgenommener Gesetzesänderungen weisen alle Steuerkategorien bedeutende Mehrerträgnisse auf. Die Personalausgaben haben 18o Milliarden Kronen statt der vorgesehenen 8 Milliarden Kronen erfordert. Das Endergebnis ist ein Uebersschuss von 38 Milliarden Kronen statt des vorhergesehenen Abganges von 53oo Millionen Kronen. Als Rücklage für Valorisierungansprüche hinsichtlich ausländischer Verbindlichkeiten auf Grund des Friedensvertrages sowohl für eigene Anlehen als auch für Beteiligungen der Gemeinde an solchen Anlehen (Land Niederösterreich, in Liquidierung befindliche niederösterreichische Hypothekenanstalt, Donauregulierungskommission, Verkehrsanlagen) ferner für Herstellungsarbeiten und Investitionen, die seit Kriegsausbruch unterblieben sind, wurden 272 Milliarden Kronen ausgeschieden. Die Kassabestände am 3o. Dezember 1922 sind mit 298 Milliarden Kronen ausgewiesen. Von der Ermächtigung zur Aufnahme eines Investitionsanleihens von 5 Milliarden Kronen ist kein Gebrauch gemacht worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl .H o n a y

252

Wien,am Dienstag,den 25.September 1923.

-.-

Freiplätze der Gemeinde Wien an der Hochschule für Welthandel.Für das Studienjahr 1923/24 werden an Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel in Wien fünf Freiplätze verliehen.Bewerber um diese Freiplätze müssen in Wien heimatsberechtigt und bedürftige Absolventen der Gymnasien,Realschulen und Staatsgewerbeschulen sein,die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloses sittliches Betragen aufweisen.Die Gesuche sind an den Wiener Magistrat,Abteilung 8,Neues Rathaus zu richten.Beizulegen sind der Geburtschein,der Heimatschein,ein Armuts-oder Mittellosigkeitszeugnis,aus dem die Erwerbs-Vermögensverhältnisse und Familienverhältnisse des Gesuchstellers und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen zu ersehen sein müssen.Anzugeben ist auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister.Ferner sind die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

-.-.-.-.-.-.-.-

Eröffnung der neuen Strassenbahnlinien in die Freudenau und nach Strebersdorf.Am Samstag den 29.d.werden die beiden neuen Strassenbahnlinien in die Freudenau und nach Strebersdorf eröffnet.Die beiden Linien werden vorerst von den Mitgliedern des Gemeinderates und den Vertretern der Presse befahren und sodann dem allgemeinen Verkehr übergeben.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Brücken-und Kanalbauten der Gemeinde.Im Voranschlag der Gemeinde für das Jahr 1923 und in den drei Notstandsprogrammen waren die Instandsetzungsarbeiten für 35 Brücken vorgesehen.Nunmehr sind bereits 25 Brücken vollständig repariert und die übrigen 10 Brücken werden in der nächsten Zeit instandgesetzt werden.Kanalbauten hat die Gemeinde in diesem Jahre 19 vorgesehen,wovon 15 bereits vollendet sind.Zwei Kanalbauten werden in einigen Tagen fertiggestellt und für weitere Kanalbauten in der Alsbach-und Hetzendorferstrasse sind die Vorlagen in Ausarbeitung.Sie können wegen der grossen Wasserführung nur im Spätherbst durchgeführt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

Unberechtigter Gebrauch des Roten Kreuzes.In der letzten Zeit wurden, wie das Bundeskanzleramt feststellte,häufig bei Ausflügen von Vereinen und bei Strassenkundgebungen von einzelnen Teilnehmern Armbinden mit dem Abzeichen des Roten Kreuzes getragen.Dadurch sollte die Bestimmung jener Personen für eine eventuelle Hilfeleistung ersichtlich sein.Nun ist die Verwendung des Roten Kreuzes auf weissem Grunde im öffentlichen Verkehr,sowie der Gebrauch des Wortes „Rotes Kreuz" oder „Genfer Kreuz"mit Rücksicht auf die bestehenden internationalen Vereinbarungen durch das Gesetz vom 23.August 1912 nur der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze,deren Hilfs-und Zweigvereinen,dem Deutschen Ritterorden,dem souveränen Maltheser Ritterorden und den Organen dieser Körperschaften gestattet,sonst aber verboten und strafbar.Es wirddaher aufmerksam gemacht,dass die inländischen Verwaltungsbehörden über Weisung des Bundeskanzleramtes im Interesse der Allgmeinheit strenge darauf achten müssen,dass diese internationalen Vereinbarungen eingehalten werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Lichtbildervortrag über die „Erholungsfürsorge für Wiener Kinder".Am 27.d.um ½8 Uhr abends hält der Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes Dr.Franz Breunlich im grossen Saale der Urania einen Lichtbildervortrag über „Die Erholungsfürsorge für Wiener Kinder im Sommer 1923„.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Dienstag,den 25.September 1923.Abendausgabe.

-.-

Ankunft eines Kinderzuges.Am Donnerstag,den 27.d.um 18.27 Uhr erfolgt die Ankunft des Kinderzuges aus St.Wolfgang am Westbahnhof.Die Eltern werden ersucht,die Kinder abzuholen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Durchfahrt durch die Khevenhüllerstrasse.Der Magistrat teilt mit,dass die Durchfahrt durch den engen,unteren T il der Khevenhüllerstrasse in Währing für jedes Fuhrwerk nur im Schrittempo gestattet ist.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Lastkraftwagenverkehr durch die Lampigasse. Infolge Kanalbauten ist der Lastkraftwagenverkehr durch die Lampigasse in der Strecke zwischen der Nordpolstrasse und der Rausoherstrasse nicht gestattet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Verlängerung der Reklamationsfrist.Mit Rücksicht auf die Dienstag im Verfassungsausschusse des Nationalrates beschlossene Verlängerung der Reklamationsfrist,die voraussichtlich Samstag im Bundesgesetzblatte publiziert werden wird,werden die Wählerlisten von Samstag,den 29.September bis einschliesslich Dienstag,den 2.Oktober zu Reklamationszwecke wieder aufliegen.Da die bisherige vierzehntägige Reklamationsfrist mit gestern(Dienstag),abgelaufen ist,können in der Zwischenzeit bis einschliesslich Freitag keine Reklamationen entgegengenommen werden. Wohl aber werden die Wählerlisten in den für die Reklamationen bisher bestimmten Amtsstellen und Stunden.also von 8 bis 12 Uhr und von 3 bi s 7 Uhr zur allgemeinen Einsicht aufliegen.

Das bis Dienstag,den 25.d.mittags festgestellte Ergebnis des Reklamationsverfahrens ist,dass 45.784 Wahlrechtsreklamationen eingebracht wurden,von denen gegen 2ooo die Ausscheidung angeblich Nichtwahlberechtigter verlangen,hauptsächlich mangels der Bundesbürgerschaft oder wegen Wahlausschliessungsgründe.Mit Rücksicht auf die Wählerzahl von rund 1.1 Millionen ergibt sich somit ein Reklamationsperzentsatz von rund vier.Hingegen hat sich bei der allgemeinen Reichsratswahl im Jahre 1911 bei einer Wählerzahl von nur 396.61o eine Reklamationszahl von 42.o84,bei der allgemeinen Reichsratswahl im Jahre 19o7 bei einer Wählerzahl von nur 366.74o eine Reklamationszahl von 38.411 ergeben, somit bei beiden Wahlen ein Reklamationsperzentsatz von rund 1o.5.

Das Reklamationsverfahren hat also ergeben,dass trotz der ungünstigen Zeit,in der die Wähleraufnahme vorgenommen werden musste, eine weit vollständigeere Liste zustande gekommen ist,als in früheren Jahren.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bürgermeister Reumann bei den Favoritner Kleingärtnern.Heute nachmittags nahm Bürgermeister Reumann an einer gemeinderätlichen Begehung der Schrebergärten an der Quellenstrasse in Favoriten teil. Er wurde von dem Obmann des Kleingartenausschusses Gemeinderat Hofbauer begrüsst,worauf der Bürgermeister in einer kurzen Ansprache mit grosser Befriedigung hervorhob,dass die Mitglieder dieser Kleingärtnergruppe ohne Unterschiedder Parteizugehörigkeit aus der ehemaligen wüsten Schuttabladestätte blühende Gärten gemacht haben.Die Begehung durch die sachkundigen Organe ergab,dass diese Kleingartenanlagen musterhaft gepflegt sind und auf einer hohen Stufe stehen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

253

Wien, Mittwoch, den 26. September 1923.

-.-

Die Teilnehmer der internationalen Hochschulkurse im Rathause. Heute Mittag erschienen die Teilnehmer der internationalen Hochschulkurse im Rathause. Sie wurden in Vertretung des Bürgermeisters, der anlässlich des Stollenanschlages für das Wasserkraftwerk der Hochquellenleitung sich nach Kienberg-Gaming begeben hatte, von dem amtsführenden Stadtrat Prof. Dr. Tandler empfangen, der folgende Begrüssungsansprache hielt:

Die geographische Lage und die historische Entwicklung haben auf der einen Seite im geschichtlichen Werden des europäischen Kontinents die Stadt Wien zum Mittelpunkt eines Großstaates gemacht. Auf der anderen Seite haben besonders günstige Bedingungen ökonomischer Natur und hervorragende Institutionen kultureller und wissenschaftlicher Art seit jeher die Stadt Wien zum Orte der verschiedensten Zusammenkünfte und Kongresse bestimmt. Daran hat auch der auf den Krieg folgende Zusammenbruch des Reiches nichts geändert. Die Zahl der Kongresse in Wien hat eher zu - als abgenommen. So wie dieses Wien in zwangsläufiger Notwendigkeit infolge der gegebenen geographischen Verhältnisse unter historischen Entwicklungen mit allen seinen Institutionen, mit seiner Kultur, seiner Industrie, seinem Handel, seiner Universität und den übrigen Hochschulen entstanden ist, so ist auch hier in Wien aus denselben Gründen ein Volk gewachsen, das in seiner Entwicklung alle Kennzeichen dieses Werdeganges trägt. Die hier zusammenströmende Menschheit hat in inniger Vermischung der verschiedensten Rassen-und Volkscharaktere schließlich ein Volk gezeugt, daß, wie selten ein zweites, kulturbegabt und künstlerisch veranlagt ist, zwei Voraussetzungen für das Blühen und Gedeihen Wiener Kultur und Wissenschaft, die ebenso wichtig sind, wie politische Machtstellung und materieller Reichtum. Auch in den Tagen der Not haben die unbesiegbare Hoffnungs- und Arbeitsfreudigkeit, der unstillbare Durst nach Kultur und künstlerischer Betätigung und die damit untrennbar verbundene Hochachtung vor den Leistungen der Wissenschaft unsere Kultur- und Forschungsinstitute zumindest ebenso gehalten und gerettet, als die materiellen Unterstützungen des unsere Leistungen anerkennenden Auslandes. Wir können heute mit einer gewissen Zuversicht über die Not der Vergangenheit sprechen, nicht weil unsere ökonomische Lage sich gebessert hat, sondern deshalb, weil unsere Wissenschaft und ihre Träger aus der uns auferzwungenen Isoliertheit endgiltig befreit sind, wie die internationalen Hochschulkurse beweisen. Die gegenwärtige Gemeindevertretung hat in enger Zusammenarbeit mit dem ganzen werktätigen Volke Wiens unsere Stadt vor dem ökonomischen undkulturellen Zusammenbruche bewahrt. Sie hat damit Bedingungen geschaffen, die für die Existenz der Wissenschaft von allergrößter Bedeutung sind. Wenn sie diesen Verpflichtungen nicht in der gewünschten großzügigen Weise bisher nachkommen konnte, so liegt dies an der materiellen Not der unmittelbaren Vergangenheit, denn wir sind der Ueberzeugung, daß an Stelle huldvoller, dynastischer Munifizenz, die zur Gründung von Universitäten geführt hat, die Wissenschaftfördernde, pflichterfüllende Demokratie treten muß. Was Gnadenakt des Einzelnen in der Vergangenheit war, muß Pflichterfüllung der Gesamtheit in der Gegenwart sein. So hat die Gemeinde die wissenschaftlichen Zusammenkünfte und Veranstaltungen der letzten Zeit in jeder Beziehung unterstützt. Sie hat vor kurzem Stipendien für Schüler unserer Hoch- und Mittelschulen im Betrage von 100 Millionen Kronen gestiftet und sich bemüht, durch die Ausschreibung von Preisen in einem gleich hohen Gesamtwerte für darstellende Kunst, Dichtung und Musik unsere Kunst wieder zu beleben und Kultur zu fördern. Dabei sei vollkommen abgesehen, von den ganz ungeheuren Ausgaben der Gemeinde für die Volksschulen und für die Volksbildung, die doch schließlich und endlich mit zu den Fundamenten der Wissenschaft und des Lehrens zählen müssen. Dem denkenden Universitätslehrer, der sich nicht zurückgezogen hat, hinter die Aussichtssperrenden Mauern seiner Fachwissenschaft, sondern sich dem Zusammenhang mit der Welt und mit dem Leben gewahrt hat, dürfte es kaum zweifelhaft sein, daß die Fortschritte der Wissenschaft und die tiefgreifenden Veränderungen im sozialen Gefüge der Völker nicht ohne Einfluß bleiben könne auf die Stellung und Organisation der Universität. Ob und wie beispielsweise für die Zukunft die beiden Hauptpfeiler des Universitätsbetriebes Forschung und Lehre, zusammengehalten werden können, in welcher Art die Verpflichtung der Universität, Fachmänner, wie Aerzte, Anwälte und Lehrer auszubilden, mit der zweiten Verpflichtung, den Aufgaben der Forschung zu dienen, vereinbar sein werden, ist heute noch ein Problem. Nicht minder problematisch ist die Einstellung der Universität zum Volksganzen. Die von den Universitäten gleichsam als Lichtquelle ausströmende Aufklärung hat die Wißbegierde der Maßen und deren Wissensdurst entfacht. Wir stehen am Anfange einer Evolutionsperiode des Hochschulbetriebes und es wäre falsch, sich diesem Gedanken zu verschließen. Die Not der Zeit hat bei uns den arbeitenden Studenten gezeugt. Die Not des Geistes zeugt den studierenden Arbeiter. Die Universitäten sollen die wahren Freistätten aller jener sein, die sich in geistiger Not befinden. Ueber das Getriebe des Alltags, über den Kampf der Klassen und der Nationen ragt in kristallener Klarheit hoch hinaus die allverbindende Wissenschaft und die allversöhnende Menschlichkeit. Haben auch der Krieg und alles das, was sich nach ihm noch abspielt, bis zum heutigen Tage die klaren Höhen der Wissenschaft und der Menschlichkeit für die Völker aller Nationen vielfach in den Nebel menschlicher Gemeinheit gehüllt, so ist doch da und dort durch den Windhauch klarer Vernunft dieser Nebel zerrissen worden und jene internationalen Beziehungen wurden wieder angeknüpft, ohne die es eben keine Aussicht auf Wissenschaft und Menschlichkeit gibt. Gerade der Umstand, daß Gelehrte aller Nationen hier in den Internationalen Hochschulkursen zusammengekommen sind, zeigt, daß es zu dämmern beginnt. Uns Wiener freut es, daß dieser Dämmerschein gerade hier an unserer Universität und in unserer Stadt, die wir lieben mit jeder Faser unseres Herzens, aufscheint. Wir sind stolz, daß Sie gekommen sind und danken Ihnen dafür.

Auf die Ansprache des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler erwiderte Universitätsprofessor Dr. Beeth, der ausführte:

Im Namen des Komitees der internationalen Hochschulkurse gestatte ich mir für die so außerordentlich freundlichen und vom tiefsten Verständnis für die Wissenschaft zeugenden Worte unseren allerinnigsten Dank auszusprechen. Für die Teilnehmer der internationalen Hochschulkurse ist es von ganz besonderem Wert, daß sie in diesem Hause begrüsst werden und wir alle empfinden in tiefster Seele die große geistige Not diesseits und jenseits des großen Ozeans. Wir wollen mitwirken, daß die Vorschläge zur Regeneration der Bildung mehr werden, als eine nebelhafte Tat. So viel auch bereits gesprochen worden ist über die Reform der Universitäten und des Hochschulwesens, so glaube ich, daß alle Kollegen durchdrungen sind von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Neuorientierung. Die internationalen Hochschulkurse umfassen eine große Zahl von Teilnehmern aus den verschiedensten Kulturländern und wir wollen aussprechen, daß wir hoffen, imstande zu sein, einen bescheidenen Anfang in der Evolution, der die Menschheit entgegengeht, zu machen. Wir sind glücklich, daß wir hier so bewillkommnet worden sind. Wir wissen das außerordentlich zu schätzen und sprechen dafür unseren verbindlichsten Dank aus.

Die Reden wurden sodann auch in die englische Sprache übersetzt, worauf die Teilnehmer unter sachkundiger Führung die Räume des Rathauses besichtigten.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

ABEND- Wien,am Mittwoch,den 26.September 1923. AUSGABE

-.-

Das Hochbauprogramm der Gemeinde. Im Voranschlag der Gemeinde für das Jahr 1923 und in den drei Notstandsprogrammen sind insgesamt 41 Hochbauten enthalten. Der grösste Teil betrifft selbstverständlich Wohn-Hausbauten, von denen 18 noch in diesem Jahre vollständig fertiggestellt sein werden, wodurch 1383 Wohnungen zuwachsen. Davon sind bereits bezogen die 71 Wohnungen in der Drorygasse auf der Landstrasse und die 7o Wohnungen der neuen Wohnhauskolonie in Gross-Jedlersdorf. Vom 1. bis 1o. Oktober werden fertiggestellt die Wohnhausbauten in der Triesterstrasse mit 62, in der Lorystrasse mit 54, auf der Schmelz mit 128, in der Pfenninggeldgasse mit 56, in der Balderichgasse mit 55 und in der Staudgasse mit 36 Wohnungen. Bis Ende November werden fertig die Wohnhausbauten in der Schegargasse mit 6o, in der Vorgartenstrasse mit 1o1, in der Engerthstrasse mit 128, in der Justgasse mit 115 und die Siedlung Kagran mit 1oo Wohnungen. Bis zum Schluss dieses Jahres werden vollendet die Siedlung in Simmering mit 72 und die Siedlung in der Hermesgasse mit 65 Wohnungen.

Von den übrigen Hochbauten ist bereits fertiggestellt die Leichenhalle am Zentralfriedhof und bis zum Jahresschluss werden auch die beiden Volksbäder in Meidling und in Ottakring vollständig vollendet sein. Ferner wird bereits an der neuen Kinderübernahmsstelle in der Sobieskygasse gearbeitet.

In Ausführung begriffen sind dann noch die Wohnhausbauten in Meidling, wo der Fuchsenfeldhof um 281 Wohnungen erweitert wird, auf der Schmelz, wo zu der grossen Wohnhausanlage noch weitere 6o Wohnungen dazukommen, so dass diese Wohnsiedlung vollständig ausgebaut sein wird, der Ausbau der Siedlung in der Hermesgasse mit 3o Wohnungen, der Ausbau der Wohnhausanlage in der Engerthstrasse mit 55, in der Triesterstrasse mit ebenfalls 55, am Margaretengürtel mit 14o, in der Lorystrasse mit 59, in der Balderichgasse mit 85, in der Vorgartenstrasse mit 115 Wohnungen. Ferner wird ein Wohnhaus in der Rögergasse am Alsergrund mit 42 und in der Spallartgasse mit 86 Wohnungen errichtet. Die Siedlung Rannersdorf wird um 12 Wohnungen erweitert. Das Stadtbauamt rechnet zuversichtlich, dass diese Wohnhausbauten längstens im Mai 1924 fertig werden, wodurch 12o4 Wohnungen geschaffen werden.

Ausserdem werden im Stadtbauamt gegenwärtig die Entwürfe für einen Wohnhausbau in der Lechnergasse auf der Landstrasse mit 6o Wohnungen für eingebaute Möbel, für einen Wohnhausbau in der Freudenau mit 3o Wohnungen und für einen Wohnhausbau in der Paulinengasse in Währing mit 55 Wohnungen ausgearbeitet.

Neben diesen Entwürfen für Wohnhäuser wird noch an den Plänen für das Volksbad am Bürgerplatz in Favoriten, für das Maschinenhaus in der Grossmarkthalle, für das Jugendamt in Floridsdorf, für das Kindergartengebäude am Matzleinsdorfer Friedhof, für ein Pflegerinnenheim im Versorgungsheim in Lainz und für einen Umbau der dortigen Anstaltsküche gearbeitet.

Zu dieser umfangreichen Arbeit, die das Stadtbauamt geleistet hat, kommen aber noch die bereits durchgeführten Instandsetzungen der städtischen Badeanlagen, der Amtshäuser, des Zentralviehmarktes und Schlachthofes St.Marx, einiger Marktanlagen in den Bezirken, die gewaltigen Strassenarbeiten, die den Umfang der Vorkriegszeit weit übertreffen, die Brückenbauten, die Kanalbauten, die Wasserversorgungsarbeiten, die Instandsetzung der alten und die Herstellung neuer Gartenanlagen, die Reparaturen an den Schulgebäuden, Kindergärten, Heilanstalten, Waisenhäuser, Jugendämter und Pflegeanstalten, die Ausgestaltung der Baustoffwerke, des Fuhrwerksbetriebes, vor allem der Mehrichtabfuhr, der Strassenbeleuchtung u.s.w.

Es muss rühmend hervorgehoben werden, dass alle Angestellten des Stadtbauamtes mit vollster Hingabe sich diesen grossen Arbeiten gewidmet haben, sonst wäre es unmöglich gewesen, dass die angeführten Ergebnisse erzielt hätten werden können, da keinerlei neues Personal aufgenommen worden ist. Das neue grosse Wohnbauprogramm wird an das Stadtbauamt neue grosse Anforderungen stellen. An dem Wiederaufbau Wiens hat vor allem dieses Amt den allergrössten Anteil.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Haushaltungsschule der Stadt Wien. Mit 1. Juli 1923 hat die Gemeinde die bis dahin in einem städtischen Objekt von einem Privatverein betriebene Haushaltungsschule übernommen. Nach den heute von dem zuständigen Ausschuss für Wohlfahrtsangelegenheiten gefassten Beschlüssen, wird diese Schule bedeutend erweitert und auf neue Grundlagen gestellt werden. Es wird nunmehr diese wichtige Anstalt in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil umfasst ein Internat für zwölf Mädchen, in dem der Nachwuchs für das gelernte Küchenpersonal der städtischen Humanitätsanstalten herangezogen werden soll. Der zweite Teil besteht in einem Externat, das eine Hauswirtschaftsschule darstellt, in der die rein praktischen Erfordernisse eines einfachen Haushaltes gelehrt werden. Daran schliesst sich aber auch eine Haushaltungsschule, in der die zur Herstellung einer preiswürdigen Kost und zur Führung einer grösseren Haus-oder Gastwirtschaft notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten (Köchinnen, Wirtschafterinnen, Gastwirtinnen) vermittelt werden sollen. Dazu kommen noch Spezialkurse für Kochen, Schneiderei und Näherei, allenfalls auch Kurse für Krankenkost und Einsieden von Obst. Vor ausetzung für alle Bewerberinnen ist das erreichte vierzehnte Lebensjahr und die Vollendung der Volksschule. In die Hauswirtschafts-und Haushaltungsschule können je 36 Schülerinnen, in den zwei Vormittagskochkursen 32, in den zwei Abendkochkursen 4o, in den Abendschneidereikurs 2o, in den zwei Abendweissnähkursen 4o Schülerinnen aufgenommen werden. Es ist also eine erhebliche Zahl vom Mädchen, die abgesehen von den nur einige Tage dauernden Einsiedekochkursen ihre Ausbildung erhalten werden. Das Schulgeld für die Hauswirtschaftsschule wurde, da dieser Zweig vorwiegend den ärmeren Schichten der Bevölkerung dient, mit 1oo.ooo Kronen monatlich bemessen, das der Haushaltungsschule mit monatlich 13o.oo Kronen. Das Entgeld für die Kurse regelt sich nach deren Dauer. Die Verköstigung ist auf Grund der jeweilig zu errechnenden Selbstkosten zu ersetzen. Der Magistrat wurde gleichzeitig ermächtigt, Schulgeldermässigungen eintreten zu lassen und es erfolgt überdies die Widmung von fünf vollständigen Freiplätzen, mit denen auch die Nachsicht der Auslagen für die Verköstigung verbunden ist. Mit dieser Haushaltungsschule hat die Gemeinde ihren so ausgedehnten Fürsorgeapparat einen neuen Zweig hinzugefügt. Der Ausschuss hat die Anträge einstimmig genehmigt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Das Grab Gustav Klimt's. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtswesen beantragte amtsführender Stadtrat Professor Tandler, daß die Grabstätte des Malers Gustav Klimt in Würdigung seiner großen künstlerischen Leistungen dauernd auf Kosten der Gemeinde auszuschmücken sei. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Verschiebung der Gemeinderatssitzung. Die für Freitag einberufene Sitzung des Gemeinderates wurde abgesagt. Die nächste Gemeinderatssitzung ist am Dienstag, den 2. Oktober um 4 Uhr nachmittags.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Donnerstag,den 27.September 1923.Abendausgabe.

-.-

Die Zahl der Reklamationen.Nunmehr liegt das Ergebnis der in den einundzwanzig Wiener Bezirken eingebrachten Reklamationen vor.Bis einschliesslich Dienstag nachmittag langten 55.359 Reklamationen ein.Davon verlangen 2446 die Ausscheidung angeblich nicht wahlbe-rechtigter Personen aus den Wählerlisten.Es beträgt also die Ge-samtzahl aller Reklamationen nicht mehr als fünf Prozent der Wahl-berechtigten,während sie in der Zeit vor dem Kriege bei den Wahlen doppelt so hoch war.

Der Magistrat macht aufmerksam,dass die Wählerllisten am Freitag den 28.d.in den Amtslokalen der Bezirke eingesehen werden können. Neue Reklamationen können vom Samstag den 29.d.überreicht werden. Die Reklamationsfrist endet am Dienstag,den 2.Oktober.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

254

Wien,am Freitag,den 28.September 1923.

-.-

Die Bezüge der städtischen Angestellten.Die Verhandlungen zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Verband der städtischen Angestellten sowie der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten sind nunmehr beendet.Der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser konnte namens der Gemeindevertretung auf die Wünsche dieser beiden Gruppen,zu der die Verwaltungsbeamten,die Verwaltungsangestellten,die Lehrer und die Angestellten der städtischen Unternehmungen gehören,eingehen. Die städtischen Angestellten haben bereits im Juli einen Vorschuss auf die von der Bundesregierung seinerzeit in Aussicht genommene Regulierung der Bezüge der Bundesangestellten erhalten.Dieser Vorschuss war für mehrere Monate bemessen und die Gemeindeangestellten verlangten nun,dass ihnen nach Ablauf dieser Frist ein weiterer Vorschuss gewährt werden möge.Die Verhandlungen haben nun ergeben,dass diesen Angestelltengruppen ein weiterer mehrmonatlicher Vorschuss gewährt wird.Dabei erhalten alle Gruppen grössere Beträge als das letztemal und es werden die mittleren und oberen Gruppen,die in ihren Bezügen am meisten hinter ihren Friedensgehältern zurückgeblieben sind,stärker berücksichtigt.Der Vorschuss für diese mehrmonatliche Frist bewegt sich je nach der Verwendungsgruppe und der Länge der Dienstzeit in einer Höhe von etwa 5oo.ooo Kronen bis über zwei Millionen Kronen.Die Pensionisten erhalten einen nach den gleichen Grundsätzen,wie bei den aktiven Angestellten bemessenen Vorschuss.Die Auszahlung soll am 4.Oktober erfolgen.Personalausschuss, Stadtsenat und Gemeinderat werden sich mit den notwendigen Anträgen bereits am Montag und am Dienstag beschäftigen.

-.-.-.-.-.-.-

Die Verhandlungen mit den Strassenbahnern beendet.Nunmehr sind auch die Verhandlungen mit den Strassenbahnbediensteten,die der Personalreferent Stadtrat Speiser mit dem Verband der Handels-und Transportarbeiter und dem Hauptausschuss der Strassenbahner führte,einvernehmlich abgeschlossen worden.Die Strassenbahner haben im Mai die letzte Regulierung ihrer Bezüge erhalten und es wurde ihnen nun neuerdings in Anerkennung der intensiven Arbeitsleistung und im Rahmen der finanziellen Möglichkeit eine Lohnregulierung gewährt,die bei dieser Gruppe von Gemeindeangestellten dauernd ist,weil sie in keinem Zusammenhang mit den Bundesangestellten stehen.Es wurden die Lohnbemessungsgrundlagen erhöht,ebenso werden bei den Alterszulagen und einigen Nebenbezügen Verbesserungen vorgenommen.Die monatliche dauernde Bezugserhöhung der reinen Lohngrundlagen für die Strassenbahnangestellten wird sich zwischen rund 15o.ooo bis 23o.ooo Kronen bewegen.Eine Erhöhung des Strassenbahntarifes ist mit Rücksicht auf die günstige Gestaltung der Frequenz und die intensive Arbeitsleistung der Bediensteten nicht notwendig.Heute fand bereits eine Vertrauensmännerkonferenz der Strassenbahner statt,die im Handels-und Transportarbeiterverband organisiert sind,dem die überwiegende Mehrheit der Strassenbahnangestellten angehört und mit dem die Gemeinde auch den Arbeitsvertrag abgeschlossen hat,in der das Ergebnis der Verhandlungen einstimmig angenommen worden ist.Stadtrat Speiser hat ferner die Verhandlungen mit den Bediensteten der anderen städtischen Werke über die durch diese Regulierungen notwendig werdenden Angleichungen aufgenommen.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Freitag,den 28.September 1923.Abendausgabe.

-.-

Kein Zwangsabbau der Lehrer in Wien.Heute sprach eine Abordnung des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft,bestehend aus den Vertretern aller Kategorien,bei dem Bürgermeister Reumann vor,der sie im Beisein des Personalreferenten Stadtrat Speiser und des Präsidenten des Stadtschulrates Nationalrat Glöckel empfing.Obmann Oberlehrer Denk erklärte,dass die Lehrerschaft wohl wisse,dass trotz des bisher von der Gemeinde ihr immer wieder bewiesenen ausserordentlichen Entgegenkommens,durch den bestehenden furchtbaren Schülerrückgang,der Zwangsabbau auf einer breiteren Grundlage als ursprünglich angenommen wurde,durchgeführt werden könnte.Dieser Umstand ist es,der die Sorge der Lehrerschaft und die Unruhe im Schulwesen wegen des bevorstehenden Zwangsabbaues im erhöhten Maße hervorruft.Trotzdem bringt die Lehrerschaft die Bitte vor,mit Rücksicht auf das allgemeine Abbauelend und die durch die Schulreform bedingt erhöhte Arbeitsleistung,von einem Zwangsabbau gänzlich abzusehen.Die Lehrerschaft würde eine solche Entscheidung als einen neuerlichen Beweis der Schul-und Lehrerfreundlichkeit der Gemeinde auffassen.Präsident Glöckel unterstützte das Ersuchen vom Standpunkte der Schulverwaltung aus,die sich die Durchführung der Schulreform zum Ziele setzt und die geleistete Arbeit der Lehrerschaft dankbar anerkennt.Auch Stadtrat Speiser erklärte sein Einverständnis mit dem Ansuchen,obwohl die Gemeinde schon bedeutende Opfer durch die Einführung des Nachmittagsunterrichtet in weiblichen Handarbeiten gebracht hat.Bürgermeister Reumann erwi derte, dass er die Arbeit der Lehrerschaft anerkenne und gerne bereit sei,sich für die vollständige Unterlassung des Zwangsabbaues einzusetzen.Er brauche nicht zuerst betonen,dass diese Massnahme keineswegs als Wahlmanöver aufzufassen ist,da die heutige Mehrheit des Gemeinderates wiederholt bewiesen hat,dass sie sich ausschliesslich von sozialen und kulturellen Notwendigkeiten leiten lasse.Er freue sich sehr,der Wiener Lehrerschaft diese frohe Botschaft übermitteln zu können und wünsche,dass sie auch in Zukunft eine Stütze der Schulrefomm sein werde.Die Abordnung dankte dem Bürgermeister für dieses Entgegenkommen und bemerkte,dass Wien nunmehr das einzige Bundesland sei,das auf den Zwangsabbau verzichtet und dadurch in so grosszügiger Weise die Interessen der Lehrerschaft wahre.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .
Herausgeber und verantw. Redakteur.
K A R L H O N A Y .
Samstag den 29. September 1923. Abendausgabe.

Zwei neue Strassenbahnlinien. Heute nachmittags wurden die beiden neuen Strassenbahnlinien in die Freudenau und nach Strebersdorf dem allgemeinen Verkehr übergeben. Die Linie in die Freudenau trägt die Zahl 11 und fährt durch die Engerthstrasse - Wehlistrasse. Sie wurde am 4. Juni zu bauen begonnen, hat eine Länge von 3.4 Kilometer und ist für die dort befindlichen zahlreichen Industrie- und Transportunternehmungen von grosser Bedeutung. An der neuen Linie liegt auch der Sportplatz der Hakoah, sowie viele Kleingärten. Interessant ist, dass im zweiten Bezirk die Wiege der elektrischen Strassenbahnstand, es wurde nämlich die erste elektrische Linie am 28. Jänner 1897 vom Bahnhof Vorgartenstrasse aus eröffnet.

Die zweite neue Linie erschliesst den zu Floridsdorf gehörenden Bezirksteil Strebersdorf. Mit ihrem Bau wurde am 1o. Juli begonnen, sie hat eine Baulänge von 1.76 Kilometer und vermittelt den Verkehr mit dem nördlichsten Punkte Wiens. Der Endpunkt dieser Linie ist von der Mitte der Stadt am weitesten entfernt, nämlich nicht weniger als 9' Kilometer. Da auch auf dieser Linie der gewöhnliche Fahrpreis zu entrichten ist, so kann man jetzt von Hütteldorf nach Strebersdorf, also eine Strecke von 23 Kilomter, um 16oo Kronen im Vorverkauf, oder um 17oo Kronen mit dem auf dem Wagen gelösten Fahrschein, fahren. Die neue Linie erhielt die Zahl 132.

Bevor die beiden Linien dem allgemeinen Verkehr übergeben wurden, fanden kurze Eröffnungsfeiern statt, zu der die Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates geladen waren. An dem Endpunkte der Linie in die Freudenau begrüsste der Bezirksvorsteher der Leopoldstadt Berdiczower die Erschienenen und dankte namens der Bevölkerung des Bezirksteiles der Gemeindeverwaltung für die neue wichtige Verbindung. Vizebürgermeister Emmerling betonte in seiner Erwiderung, dass die Gemeinde nunmehr wieder einen neuen Bezirksteil an die Grosstadt angeschlossen habe, was in diesem Gebiete der grossen Hafenanlagen von besonderer Wichtigkeit sei. Möge dieses neue Verkehrsmittel für den Bezirksteil ein Anlass zur weiteren günstigen Entwicklung sein. Hierauf trugen zwei Kinder sinnige Gedichte vor und ein kleines Mädchen überreichte dem Vizebürgermeister einen prächtigen Blumenstrauss.

In Strebersdorf wurden die Teilnehmer an der ersten Fahrt, die in Sonderwagen unternommen wurde, von dem Bezirksrat Waltenberger begrüsst, worauf Bezirksvorsteher Bretschneider für die Bezirksvertretung der Gemeindevertretung herzlich dankte, dass sie nunmehr das Versprechen, dass diesem Bezirksteil schon bei der Einverleibung gegeben worden ist, erfüllt hat. Vizebürgermeister Emmerling erklärte, dass auch diese Linie einen Teil des Notstandsprogrammes darstelle und sowohl der Herstellung einer guten Verbindung, als auch der Linderung der Arbeitslosigkeit gedient hat. Wurden doch bei den zwei neuen Linien mehr als 12.ooo Arbeitsschichten geleistet. Mit dieser Linie wird nun der letzte Teil der Grosstadt verbunden und die Kultur an den Rand der Stadt getragen. Mit einem Liede des Gesangsvereines „Frohsinn" wurde sodann die kurze Feierlichkeit beendet und die Linie dem Verkehr übergeben.

-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzungen im Rathause. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat eine Sitzung am Dienstag um 10 Uhr Vormittag. Am gleichen Tage um ½4 Uhr nachmittags findet eine Sitzung des Wiener Gemeinderates als Landtag statt, an der sich eine Gemeinderatssitzung anschliesst.

-.-.-.-.-.-.-.-

Neue Fernsprechnummer des Invalidenamtes. Das Invalidenamt Wien (Magistratsabteilung 11 hat nun die Fernsprechnummer 27.575 Serie.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Samstag, den 29. September 1923.

255

Strassenpflege und Kehrichteinsammlung. Heute Vormittag wurden die neuen Betriebsmitteln des städtischen Fuhrwerksbetriebes vor dem Rathause vorgeführt. Dazu waren erschienen Bürgermeister Reumann, die amtsführenden Stadträte, viele Gemeinderäte und Bezirksvorsteher. Amtsführender Stadtrat Siegel wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß die Gemeinde sich entschlossen hat, den gesamten Fuhrwerksbetrieb zu automobilisieren. Sie folgt damit dem reichsdeutschen Vorbild, wo schon längst das gesamte städtische Fuhrwerk mit Maschinen betrieben wird. Für die Gemeinde Wien kommt vor allem die Strassenreinigung und die Kehrichtabfuhr in Betracht. Seit 27.ds. sind bereits die neuen Kehrichtabfuhrwagen System „Colonia" in Verwendung und es wird der Wiener Mistbauer bald der Vergangenheit angehören. Dadurch werden die ständigen Klagen über die Staubentwicklung und die Belästigung der Passanten verstummen. Die Gemeinde geht aber noch weiter und wird den gesamten Fuhrwerksbetrieb sowohl für den Transportvon Lasten als auch die Sprengwagen für die Strassenpflege automobilisieren.

Der Leiter des städtischen Fuhrwerksbetriebes Oberbaurat Brabbee erklärte hierauf die Funktion des neuen Kehrichtabfuhrsystems an den aufgestellten Wagen. Die Gemeinde hat sich im Frühjahre nach längeren Studien entschlossen, ein einwandfreies Kehrichtabfuhrsystem einzuführen. Es werden in den Häusern Kübeln aus verzinktem Eisenblech aufgestellt, die ungefähr 90 Liter fassen können. Die Konstruktion ist vollständig von der Leitung des Fuhrwerksbetriebes ausgefüllt worden. In den meisten Häusern wird bereits auf sechs Parteien ein solcher Kübel kommen, der mit einem vollständig dicht verschliessenden Deckel versehen ist, so daß jede Staubentwicklung unterbleibt. Für ganz Wien werden rund 100.000 solcher Kübel erforderlich sein. Die Abfuhr des Kehrichts wird mit Kraftwagenzügen besorgt. Ein solcher Wagen nimmt den Inhalt von rund 200 Kübeln auf. Ein Wagenzug kann die ständige Kehrichtabfuhr für ungefähr 7000 Parteien besorgen. Für Wien werden rund 70 solcher Züge notwendig sein. Bis März 1924 werden die im Programm vorgesehenen 18 Kehrichtabfuhrzüge fertiggestellt sein, während die vollständige Durchführung der Reform des Mistbauers ungefähr zwei Jahre beanspruchen wird.

Es wurden hierauf die einzelnen Typen vorgeführt. Den Anfang machte der nun verschwindende Kehrichtwagen, der noch von Pferden gezogen wird, worauf die neuen Kraftwagenkehrichtzüge vorgeführt wurden. Hierauf fuhren die 40 Sprengautomobile, die die Gemeinde besitzt, vor. Die Leistungsfähigkeit eines solchen Wagens beträgt 250.000 Quadratmeter täglich, so daß mit diesem Wagenpark täglich fünf Millionen Quadratmeter Strassenfläche zweimal bespritzt werden können. Darunter befinden sich einige Wagen, die es ermöglichen, daß eine 12 Meter breite Strasse ausgiebig bespritzt werden kann. Die Gemeinde beabsichtigt, den Sprengautopark bis auf 90 Stück zu erweitern. Zum Schluß wurden die neun Autokehrzüge vorgeführt. Jeder dieser Kehrzüge ist mit drei Kehrmaschinen versehen, die auf einmal sechs Meter Strassenbreite säubern. Bei einer täglichen Fahrtleistung von 50 km können daher mehr als zwei Millionen Quadratmeter Strassenfläche gereinigt werden. Die Zahl dieser Kehrzüge wird im nächsten Jahre noch um drei vermehrt werden.

Zum Schlusse wies Bürgermeister Reumann darauf hin, daß die Gemeindeverwaltung schon seit mehr als zwei Jahren bemüht ist, die Strassensäuberung und die Kehrichtabfuhr zu modernisieren. Der Bürgermeister dankte in herzlichen Worten allen städtischen Angestellten und Arbeitern, die dieses wichtige, im gesundheitlichen Interesse der Wiener Bevölkerung gelegene Werk, in so ausgezeichneter Weise ermöglicht haben.